



KIEL BEGRÜNEN

*Wahlprogramm von
Bündnis 90/Die Grünen Kiel
zur Kommunalwahl 2023*



Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
Eine lebenswerte Stadt	3
Verkehrswende für alle	3
Nahverkehr attraktiver und leistungsfähiger machen	5
Ticketpreise senken	6
Fährverkehr stärken, Fördequerung erleichtern	7
Kiel zur Fahrradstadt machen	8
Gute Regeln für gutes Radfahren	10
Mikromobilität sinnvoll einsetzen	11
Fußverkehr stärken	11
Abhängigkeit vom Auto verringern	13
Parkraumbewirtschaftung ausweiten	15
Stressfrei pendeln	17
Klimafreundliche Logistik etablieren	18
Verkehrslandeplatz weiter denken	19
Eine lebenswerte Stadt braucht eine gesunde Umwelt	20
Abfall vermeiden, verringern, wiederverwenden und recyceln	20
Flächen effizient und nachhaltig nutzen	23
Umweltbildung fördern	24
Gesunde und ökologische Ernährung ermöglichen	25
Vor Emissionen schützen und Luft rein halten	25
Den Stellenwert des Sports erhöhen	27
Vereinsport neu ausrichten	27
Kiel zum Zentrum für Wassersport machen	29
Öffentlichen Raum für den Sport öffnen	31
Verwaltung bürger*innennah aufstellen	32
Verwaltung digitalisieren	32
Digitalisierung nachhaltig gestalten - Green IT	33
Kiel zur Smart City Modellregion ausbauen	34

Gute Arbeit in der Verwaltung	34
Kommunikation mit den Bürger*innen ausbauen	36
Öffentliche Werbeflächen fair nutzen	36

Sicherheit durch Prävention - Freiheiten erweitern **37**

Öffentlichen Raum sicher gestalten	37
Kommunalen Ordnungsdienst sinnvoll einsetzen und Polizei entlasten	39
Feuerwehr und Katastrophenschutz gut ausstatten	40
Häusliche Gewalt verhindern	40
Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen	40
Kiel sauber halten	41

Kunst und Kultur - Kiel als Kreativzentrum festigen **42**

Kulturareale verankern	43
Digitale Kultur etablieren	43
Unterstützen, was unsere Unterstützung braucht	43
Kulturzentrum mitten in der Stadt einrichten	44
Kiel zum Klingen bringen	45
Club- & Feiernkultur in Kiel ausbauen	45
Schlossareal entwickeln	46
Theater gut ausstatten	46
Erinnerungskultur & Museen - Kiel arbeitet auf	47
Künstler*innen mehr Platz verschaffen	48
Kunst auch international denken	48
Mit Kultur das Klima schützen	49

Eine Stadt für alle **50**

Wohnen ins Zentrum rücken **50**

Neubaugebiet Holtenau Ost	51
Wohnen bezahlbar machen	51
Aktive Bodenpolitik einführen	53
Flächen effizient und daher ökologisch nutzen	53
Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern	55
Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung	55
Innenstadt attraktiv entwickeln	58

Soziales – Zusammenhalt festigen **59**

Armut bekämpfen	59
Soziale Teilhabe ermöglichen	60
Stadt barrierefrei umgestalten	61
Kiel fit machen für eine alternde Gesellschaft	63
Digitale Teilhabe sicherstellen	64

Offene Gesellschaft stärken	65
Migrant*innen bei der Organisation unterstützen	65
Zuwanderungsbehörde bürger*innennah aufstellen	66
Geflüchtete willkommen heißen	66
Internationale Studierende anziehen	67
Rassismus und jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen	68
Gleichstellung aller Geschlechter verwirklichen	69
Feministisch handeln	69
Queeres Leben in der Gesellschaft verankern	70
Auf Gesundheit achten	72
Für einen guten Start ins Leben	72
Städtisches Krankenhaus qualitativ verbessern - Mitarbeiter*innen besser bezahlen	72
Suchtkrankheiten mit Unterstützung begegnen	73
Bedarf der psychiatrische Gesundheitsversorgung decken	73
Pflege besser ausstatten	74
Bürger*innen beteiligen	75
Ehrenamt stärken	75
Kommunale Gremien stärken	75
Projektbezogene Beteiligung ausbauen	76
Beteiligung auch beim Geld ermöglichen	77
Menschen ohne Wahlrecht beteiligen	77
Kinder, Jugend & Familien	78
Familien in Kiel stärken	78
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege qualitativ ausbauen	79
Demokratiebildung weiterentwickeln	80
Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Kinder und Jugendliche verbessern	80
Fachkräftemangel in den sozialen Arbeitsfeldern entgegenreten	81
Jugendverbandsarbeit sichtbar machen	81
Diversität, Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit angehen	82
Schule und Bildung	84
Schulen sanieren und bauen	85
Schulen im Quartier	86
Schule als Lebensort begreifen	86
Teilhabe in Schulen bestärken	86
Schulen diskriminierungsfrei gestalten	87
Inklusion in Schulen zum Standard machen	87
Im Ganzttag gut lernen	88

Kräfte an den Schulen bündeln	88
Schulen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unterstützen	89
Schulen digitalisieren	90
Die Potenziale außerschulischer Bildung nutzen	90
Ausbildung fördern	91

Eine Stadt, die an die Zukunft denkt **92**

Klimakrise stoppen **93**

1,5-Grad-Ziel erreichen	93
Klimaanpassung angehen	94

Kieler Energie- und Wärmewende **96**

Bauen klimafreundlicher gestalten	96
Ökologischer mit Flächen umgehen	98
Sanierungen vorantreiben	98
Wind & Solar deutlich ausbauen	99
Stadtwerke in Stadthand bringen	100

Naturschutz **102**

Ostsee schützen	102
Wälder & Moore erhalten und vernässen	103
Tierschutz forcieren	104

Wirtschaft transformieren **105**

Kiel als kreative und innovative Stadt für Gründer*innen, Wissenschaft und Unternehmen gestalten	105
Gewerbeflächen effizient nutzen	107
Nachhaltig wirtschaften	107
Nachhaltiger Tourismus - Hafen dekarbonisieren	109
Maritime Wirtschaft stärken	110
Sozialwirtschaft unterstützen	111
Nicht aufrüsten aber ausrüsten	112
Neue Arbeit und gut arbeiten	112
Chancen der KielRegion nutzen	113

Finanzpolitik nachhaltig gestalten **114**

Haushalt transparent gestalten	114
Haushalt wirkungsorientiert aufstellen	115
Haushaltsmittel auskömmlich einnehmen und effizient ausgeben	116
Nachhaltig investieren und Klimaschädliches deinvestieren	117

Präambel

Liebe Kieler*innen,

wir wollen mit Ihnen und Euch gemeinsam Kiel begrünen. Denn Grün verändert die Welt und selten war Veränderung so notwendig wie jetzt– davon sind wir überzeugt. Rezession, der russische Invasionskrieg in der Ukraine, die ökonomischen und sozialen Folgen der Klimakrise und der Pandemie und viele weitere Herausforderung machen Veränderungen notwendig. Ob im Bund, im Land oder in der Kommune zeigen wir Grünen, dass wir diese Herausforderungen annehmen und stemmen können. Politik, die ihre Verantwortung wahrnimmt, anstatt Probleme zu verschieben, die Zukunft gestalten will, anstatt sie einfach nur auf sich zukommen zu lassen: Das sind unsere Ansätze. Mit Ideen, mit Mut und einem Anspruch an das eigene Tun möchten wir eine Politik machen, die wirklich bewegt, statt nur zu versprechen. Auf den folgenden Seiten möchten wir Euch und Ihnen, den Wähler*innen, zur Kommunalwahl 2023 unsere Vision einer klimagerechten, vielfältigen, kreativen und innovativen Landeshauptstadt Kiel vorstellen.

Seit vielen Jahren ist in Kiel frischer Wind zu spüren, was nicht nur mit der Ostsee vor unserer Haustür zu tun hat. Die größte deutsche Stadt am Meer hat sich in ein Zentrum für Innovation, Nachhaltigkeit und Kreativität verwandelt. Dabei haben wir in den vergangenen 20 Jahren in Kiel politische Verantwortung übernommen und wollen uns für weitere 5 Jahre darum bewerben.

Viel hat sich in den vergangenen Jahren durch unsere Politik bewegt. Durch unsere langfristigen Bemühungen haben wir wieder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft etabliert, die den steigenden Wohnungspreisen langfristig entgegenwirken wird. Kiel ist sicherer Hafen und hat sich vor allem 2015 und 2022 als humanitäres Zentrum für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, gezeigt. Durch uns konnten weitere Frauenhausplätze geschaffen werden und durch eine veränderte Förderrichtlinie können diese länger Bestand haben. Die Servicekräfte des Städtischen Krankenhauses werden in den nächsten Jahren wieder in Tarifverträge eingegliedert. Wir haben die Schulsozialarbeit gestärkt und eine Pilotschule „Digitalisierung“ auf den Weg gebracht.

Durch Grünes Engagement für die Kieler Kreativzentren konnten diese in den vergangenen Jahren gestärkt und ausgebaut werden. Während sich beispielsweise der Anscharcampus zunehmend zu einem kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum in Kiel entwickelt hat, wurde das Fortbestehen der Alten Mu in Kooperation mit dem Land gesichert. Wir haben endlich die Vision einer qualitativ hochwertigen Stadtbahn auf den Weg bringen und auf eine solide politische

Basis stellen können. Wir konnten Busticketpreissenkungen durchsetzen und einige Straßen zu Fahrradstraßen umwidmen sowie autofrei oder -arm gestalten. Projekte wie die Veloroute 10 und der Holstenfleet zeigen, dass dies die Stadt deutlich aufwerten kann. Diesen Weg wird die Stadt mit Projekten wie der Ostküstenpremiumroute weitergehen.

Die Stadt Kiel hat im Jahr 2019 auf unsere Initiative hin den „Climate Emergency“ ausgerufen. Dies stärkt den Klimaschutz im Handeln der Verwaltung und der Ratsversammlung dauerhaft. Wir sehen die drastischen Veränderungen, die durch die Klimakrise entstehen und fokussieren unsere Politik darauf, diese soweit wie möglich einzudämmen. Dafür wurde die Stadt mehrfach ausgezeichnet.

Diesen Weg wollen wir in den nächsten Jahren weitergehen und bitten dafür um Euer und Ihr Vertrauen und Eure und Ihre Unterstützung. Die folgenden Seiten sind im monatelangen Austausch mit Expert*innen, Fachpolitiker*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entstanden. Dieser Austausch endet allerdings nicht mit Beschluss dieses Programms oder dem Wahldatum. Wir laden Dich und Sie ein, mit uns in den nächsten Jahren umzudenken und zu gestalten.

Eine lebenswerte Stadt

Ein zentrales Element unserer Politik ist die Erhöhung der Lebensqualität für die Bewohner*innen unserer Stadt. Eine gute Lebensqualität entsteht aus einer offenen und inklusiven Stadtentwicklung und einer Kommunalpolitik, die auf die Bedürfnisse der Bürger*innen eingeht.

Wir wollen die Stadt durch eine innovative Planungsweise näher zusammenbringen und effizienter gestalten. Wir begreifen die Stadt in Quartieren, in denen wir wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Dieses neue Verständnis von Stadtentwicklung führt zu einer Verkürzung der Wege innerhalb der Stadt und schafft Aufenthaltsqualität und Begegnungsräume in der Stadt.

Durch Radwege, auf denen man gerne fährt, einen hochwertigen und bezahlbaren Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Fußwege, die zum Spazieren einladen und einen effizient organisierten Autoverkehr entlasten wir die Straßen, senken den Lärm- und Verschmutzungspegel und öffnen die Räume, die unsere Stadt hat. Die Anliegen der Anwohner*innen in den Innenstadt-Quartieren (Lärmschutz, Anwohner*innenparken, Rückbau von Parkplätzen zugunsten der Aufenthaltsqualität etc.) sollen in der Verkehrsplanung einen höheren Stellenwert haben als Durchgangsverkehr. Durch eine Stadtnatur, die zum Entdecken einlädt, und ein originelles kulturelles und sportliches Angebot, auch und gerade im öffentlichen Raum, bringen wir die Bewohner*innen dazu, mit der Stadt zu interagieren und sie zusätzlich für sich zu entdecken. Wir wollen die grünen Flächen unserer Stadt schützen und im besten Falle vergrößern und ausbauen.

Verkehrswende für alle

Wir Kieler Grünen stehen für eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer*innen in den Blick nimmt. Unser Ziel ist eine faire, effiziente und bedarfsgerechte Verteilung des knappen öffentlichen Raumes auf alle Mobilitätsformen. Wir werden so planen, dass möglichst alle gut, sicher, schnell, bequem und klimaschonend an ihr Ziel kommen. Unsere Verkehrspolitik steht im Kontext unserer Klimaziele, ist sozialpolitisch orientiert und berücksichtigt die knappen Ressourcen, die eine Kommune wie Kiel für Ausbau und Umbau der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung hat.

Bereits in den vergangenen Jahren konnten wir in Kiel Verbesserungen in verschiedenen Ver-

kehrsbereichen erwirken und unterstützen. Die Stadtbahn ist auf dem Weg, Realität zu werden. Kiel gilt inzwischen als eine der besten Fahrradstädte Deutschlands, und im Jahr 2021 war Kiel auf unsere Initiative hin in ganz Schleswig-Holstein die einzige Stadt mit sinkenden Ticketpreisen. Diesen Weg wollen wir in den nächsten Jahren weiter beschreiten, ihn beschleunigen und die Bürger*innen daran beteiligen.

Wir werden:

- die Stadtbahn vorantreiben,
- die Ticketpreise weiter senken,
- das Pendeln aus dem Umland mit dem ÖPNV verbessern,
- die Möglichkeiten der Digitalisierung im (Nah-)Verkehr ausschöpfen und Verkehrsdaten in Kiel umfangreicher erheben und besser zugänglich machen,
- den Kieler Fährverkehr deutlich ausbauen und alltagstauglicher machen,
- weitere Velorouten nach den Planungen des Veloroutennetzplans schaffen sowie die Umsetzung bestehender Planung forcieren und
- den ruhenden Verkehr durch Parkraumbewirtschaftung, Park & Ride und Quartiersparkhäuser oder -tiefgaragen effizienter gestalten.

Die Stadt- und Verkehrsplanung war und ist bis heute vor allem auf Autofahrer*innen mit Pendelwegen ausgelegt. Das spiegelt sich darin wider, dass die Bedürfnisse von anderen Verkehrsteilnehmenden – seien es Kinder, Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit Behinderung, Eltern, Pflegende etc. nicht ausreichend beachtet werden. Die Wege, die Menschen zurücklegen, gehen weit über den einfachen Weg von und zur Arbeit hinaus. Vielmehr verbinden Menschen ihre Wege miteinander, fahren von einem Ort zum nächsten und holen unterwegs möglicherweise noch das Kind aus dem Kindergarten ab. Zusätzlich stellt sich für viele aktuell nicht die Frage, wie sie von einem Ort zum anderen kommen, sondern ob sie überhaupt mobil sein können. Diese Bedürfnisse zu berücksichtigen, bedeutet einen Zugewinn an Lebensqualität für alle Personen durch mehr Sicherheit im Verkehr und weniger Lärm- und Luftverschmutzung. Deshalb wollen wir Fahrradfahren und Zufußgehen sicherer und schneller machen, allen Menschen den Zugang zu öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) finanziell erleichtern und die Nutzung durch Qualitätsverbesserungen und dichtere Taktungen um ein Vielfaches attraktiver machen.

Wir wollen den barrierefreien Umbau von Fußwegen sowie Einstieg in Bus und Bahn beschleunigen.

nigen. Durch den Umstieg der anderen Verkehrsteilnehmer*innen profitieren auch die Personen, die auf ein Auto angewiesen sind, von weniger befahrenen Straßen und weniger Stau.

Daher muss eine Verkehrswende die Bedürfnisse aller in der Stadt lebenden Menschen in den Blick nehmen, unterschiedliches Mobilitätsverhalten ebenso wie unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse. Das werden wir bei sämtlichen Baumaßnahmen berücksichtigen. Außerdem wollen wir die Erhebung von Verkehrsdaten in Form von Open Data deutlich verstärken, um die Verkehrsinfrastruktur sinnvoll umzubauen und effizienter zu gestalten. Hierzu streben wir vermehrt wissenschaftliche Kooperationen mit den Kieler Hochschulen an.

Nahverkehr attraktiver und leistungsfähiger machen

Die Taktung der Busse zu steigern, ist aufgrund fehlender Busfahrer*innen, der Überlastung der Straßen und dem Nadelöhr am Hauptbahnhof, durch das fast alle Busse fahren, derzeit schwierig umzusetzen. Daher braucht Kiel eine schienengebundene Stadtbahn, um mehr Fahrgäste schneller und bequemer zu transportieren. Wir sind uns sicher, dass dies nicht durch ein Bus Rapid Transit (BRT) geleistet werden kann, werden dabei allerdings die Ergebnisse der derzeit durchgeführten Trassenstudie für ein endgültiges Urteil abwarten. Wir wollen langfristig eine tragfähige Lösung finden, die von so vielen politischen Kräften wie möglich unterstützt wird. Die Stadtbahn muss dabei anschlussfähig an die angrenzenden Landkreise und außenliegenden Stadtteile geplant werden, um auch das Pendeln ohne Auto attraktiver zu machen (siehe Kapitel Stressfrei pendeln).

Auf den Busverkehr wird man auch nach Bau der Stadtbahn nicht verzichten können, daher muss seine Attraktivität gesteigert werden. Dazu muss die Barrierefreiheit so schnell wie möglich für Haltestellen und Busse sichergestellt werden - auch für seh- und hörbehinderte Menschen. Außerdem braucht es in den Bussen mehr Platz für Rollatoren, Kinderwagen und Rollstühle. Die Busflotte der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) wird sukzessive erneuert und wir unterstützen die Umstellung auf E-Busse und größere Gelenkbusse. Wir werden mehr Fahr- zu Busspuren umwidmen, wo notwendig auch als gemeinsame Bus- und Radspur, wie beispielsweise auf dem Westring, der Eckernförder Straße oder dem Kronshagener Weg.

Die Taktung kann nicht beliebig erhöht werden. Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, möchten wir das tun. Um das Nadelöhr am Hauptbahnhof für Busse zu entlasten, sollte das Sophienblatt für den Pkw-Verkehr gesperrt werden (Einsatzfahrzeuge und Taxen ausgenommen). Ergänzend braucht es mehr Querverbindungen, die nicht über den Hauptbahnhof laufen. Durch Querverbindungen können Wegezeiten reduziert und äußere Quartiere attraktiver gemacht werden.

Solange die Stadtbahn nicht in das Kieler Umland fährt, müssen die Schnellbusse – soweit mög-

lich – aus dem Umland höher getaktet werden und mit weniger Stopps in die Innenstadt gelangen, um die Fahrzeit zu verringern. Dort muss die Verzahnung mit dem lokalen ÖPNV optimiert werden. Wir möchten das Ziel erreichen, in 30 Minuten vom Hauptbahnhof in die Außenbezirke und das angrenzende Umland zu gelangen. Zudem muss die Bus-Zug-Verknüpfung am Kieler Hauptbahnhof besser verzahnt werden, insbesondere sonntags und in den Abendstunden. Die Busse sollen in diesen Zeiträumen für eine angemessene Dauer auf verspätete Züge warten.

Das Sicherheitsgefühl muss ebenfalls erhöht werden. Abgelegene Haltestellen und der Weg zu ihnen können als Angsträume wahrgenommen werden. Wir möchten Angsträume beseitigen. Unter anderem möchten wir dafür ein Pilotprojekt an Haltestellen starten, an denen ein Notknopf installiert wird, der direkt mit der Polizei verbunden ist.

Die Nutzung der nora-App werden wir bewerben. Wir wollen mit Qualitätsverbesserungen auch das Image des ÖPNV verbessern und dieses wirksam durch eine Öffentlichkeitskampagne für attraktive ÖPNV-Angebote in der KielRegion kommunizieren. Haltestellen müssen barrierefrei, rauchfrei und wettergeschützt geplant werden und über ausreichend Mülleimer, Infomaterial und Sitzplätze verfügen.

Ticketpreise senken

Wir möchten die Ticketkosten für den ÖPNV allgemein senken. Weitere Sondertickets und Tarife erhöhen lediglich die Unübersichtlichkeit und hindern Menschen daran, die günstigste Variante für sich zu finden. Wir wirken auf Landesebene auf eine Vereinfachung des Tarifsystems hin. Wir halten am 1-Euro-Ticket fest. Das bedeutet, dass Monatskarten nicht mehr als 30 Euro bzw. Jahreskarten nicht mehr als 360 Euro kosten sollten. Die Abonnent*innen dieser Karten sollen dabei die SprottenFlotte zusätzlich 180 statt 30 Minuten lang kostenlos nutzen können.

Im Jahr 2021 war Kiel die einzige Kommune Schleswig-Holsteins, die ÖPNV-Tarife gesenkt hat. Langfristig möchten wir den ÖPNV kostenfrei machen. Kurzfristig möchten wir diesen kostenlosen ÖPNV für junge Menschen unter 25 Jahren ermöglichen, insbesondere für Auszubildende und Schüler*innen, die nicht vom Semesterticket profitieren. Wir möchten allen Menschen Mobilität ermöglichen, nicht nur Menschen, die sich ein Auto leisten können. Wir möchten die Finanzierung durch eine Umlage sichern und dafür setzen wir uns auf Landesebene ein. ÖPNV-Tickets sollen in Tickets für öffentliche Veranstaltungen wie Theater, Konzert, Kino oder Sportveranstaltungen grundsätzlich mit inbegriffen sein. Zudem muss das Jobticket stärker von Stadt und Unternehmen beworben werden. Wir unterstützen die Idee eines 9-Euro-Tickets und befürworten die Umsetzung eines sinnhaften Nachfolgemodells.

Um Menschen den Umstieg auf den ÖPNV zu erleichtern, möchten wir Modelle prüfen, bei de-

nen Menschen, die ihren Führerschein freiwillig oder aus gesundheitlichen Gründen abgeben, im Gegenzug Ticketvergünstigungen für den ÖPNV bekommen. Eine spezifische Zielgruppe für eine solche Form der Umstiegsprämie können Senior*innen sein. Ebenfalls möchten wir Neubürger*innen den Umstieg schmackhaft machen, indem ein Neubürger*innenpaket zusammengestellt werden soll, das ein kostenfreies Monatsticket für den ÖPNV beinhaltet (siehe Kapitel Abhängigkeit vom Auto verringern).

Um die Verzahnung verschiedener Verkehrsmittel zu erleichtern, möchten wir eine Open-Source-App schaffen, die sämtliche Mobilitätsangebote, wie ÖPNV, Taxi, E-Scooter, Car-Sharing, Mitfahrangebote und Bike-Sharing in einer Anwendung buchbar macht. Hierbei soll sichergestellt werden, dass der Grundsatz der Datensparsamkeit eingehalten wird und nur so viele Daten der Nutzer*innen erhoben und weitergegeben werden, wie für den Buchungsvorgang zwingend notwendig ist. Die NAH.SH ist derzeit dabei, eine multimodale App zu erstellen. Die Umsetzung gestaltet sich aufgrund verschiedener Faktoren wie Kosten, Personal und technischer Vereinbarung verschiedener Anbieter als schwierig und langwierig. Wir setzen uns für die NAH.SH ein, damit diese mit den notwendigen Ressourcen für eine möglichst zeitnahe Umsetzung ausgestattet wird.

Wir wollen prüfen, wie eine (möglichst kostenfreie) Fahrradmitnahme im oder am Bus realisierbar ist. Eine Möglichkeit bestünde darin, Falträder zu fördern. In jedem Fall soll die Fahrradmitnahme bei einer zukünftigen Stadtbahn mitgedacht werden. Wir werden hierbei die Entwicklung in anderen Städten beobachten.

Fährverkehr stärken, Fördequerung erleichtern

Grundsätzlich müssen sich Großprojekte in den nächsten Jahren an ihrer Effizienz im Rahmen der Verkehrsziele für den Masterplan Mobilität messen lassen. Die städtische Verwaltung hat begrenzte Planungskapazitäten und auch nach der von uns angestrebten Aufstockung begrenzt dieser Umstand Zahl und Umfang der umsetzbaren Verkehrsprojekte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. So erscheinen aus unserer Sicht auch Projekte wie eine zweite Fördebrücke für den Autoverkehr als nicht zielführend. Die räumliche Teilung Kiels in Ost- und Westufer wollen wir neben der Stadtbahn mit einem deutlich verstärkten Fährverkehr überbrücken.

Aus unserer Sicht muss der ÖPNV auf dem Wasser als Verkehrsmittel im Alltag taugen. Dazu möchten wir bei der Fördefährlinie der Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel (SFK) auf der einen Seite den Bordzuschlag abschaffen und auf der anderen Seite die Taktung erhöhen sowie die Anbindung an Haltestellen verbessern. Wir begrüßen, dass ein neuer Fahrplan unter Beteiligung aller relevanter Akteur*innen ausgearbeitet wurde, der ab 2023 gelten soll. Wir möchten erreichen, dass der Kreis Plön sich stärker finanziell an den Kosten des Fährverkehrs beteiligt,

da erfreulicherweise Haltestellen auch in seinem Gebiet angefahren werden.

Wir unterstützen auch weiterhin Pilotprojekte zum autonomen Fahren von Fähren. Dies kann mittel- und langfristig die angespannte Personalsituation entspannen. Um kurzfristig die Taktung verbessern zu können, werden wir prüfen, wie mehr Schiffsführer*innen, Kapitän*innen und Bootsleute angeworben oder ausgebildet werden können.

Die angespannte Personalsituation bei der SFK beschränkt sich nicht nur auf Schiffsführer*innen und Kapitän*innen, sondern auch auf Schiffsmechaniker*innen. Die sehr gute Ausbildung bei der SFK führt zu häufigen Abwerbungen. Wir möchten die SFK als attraktive und familienfreundliche Arbeitgeberin fördern, um Fachkräfte besser binden zu können.

Zusätzlich unterstützen wir auch weiterhin den Austausch der fast 40 Jahre alten Fähren durch Elektro- und Hybridschiffe, die Bereitstellung verbesserter Ladeinfrastruktur für E-Fähren sowie eine Erweiterung des Schiffsparks mithilfe von Bundesfördermitteln, z. B. dem Programm „Saubere Luft“.

Der Fährverkehr muss zudem besser mit dem Busverkehr verzahnt werden. An den Anlegern möchten wir Mobilitätsstationen ausbauen, um den Umstieg zwischen verschiedenen ÖPNV-Arten und dem Fahrrad zu erleichtern.

Die Hörnbrücke ist ein Konfliktpunkt zwischen Fuß- und Radverkehr. Wir möchten prüfen, ob es durch bauliche Abgrenzungen oder neue Lösungen möglich ist, diese Konflikte zu entschärfen. Die bereits verbesserte Taktung der Schwentinefähre begrüßen wir ebenfalls und wollen diese weiter erhöhen. Wir halten eine Untertunnelung der Förde aus wirtschaftlichen wie ökologischen Gründen für nicht zielführend.

Kiel zur Fahrradstadt machen

Mit dem Masterplan 100% Klimaschutz der Landeshauptstadt Kiel ist das Ziel ausgegeben worden, bis 2025 im Modal Split einen Radverkehrsanteil von 25% zu erreichen. Wir möchten dieses Ziel früher erreichen und deutlich übertreffen, um in 2035 einen Anteil von 35% zu erreichen. Zuallererst, und dies gilt nicht nur für den Radverkehr, muss der Straßenraum neu und damit gerechter unter allen Verkehrsteilnehmenden verteilt werden. Um die Attraktivität zu steigern, muss der Radverkehr vor allem schneller, bequemer und sicherer werden.

Wir möchten die Erfolgsgeschichte der Veloroute 10, einer Premiumradroute, fortschreiben und begrüßen daher die fortgeschrittenen Planungen für eine Premiumradroute entlang der Werftstraße, deren Umsetzung zeitnah beginnen soll. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung

des Veloroutennetzplans ein. Dabei soll erreicht werden, dass jeder Stadtteil gut über die Veloroute angeschlossen ist. Das gilt insbesondere für die Stadtteile nördlich des Nord-Ostsee-Kanals. Hierfür soll das Tiefbauamt dabei unterstützt werden, Stadtplaner*innen einzustellen, um Personalengpässe auszugleichen und die Ziele bis 2035 erreichen zu können. Die Velorouten und weitere Radinfrastruktur müssen so ausgeschildert sein, dass sie leicht zu finden sind.

Der Belag vieler Radwege ist in schlechtem Zustand. Wir fordern daher ein deutlich erweitertes Sanierungs- und Aufwertungsprogramm für Radwege. Dieses soll – soweit möglich – nicht zu einer zusätzlichen großflächigen Versiegelung führen, sondern bereits versiegelte Flächen in der Befahrbarkeit aufwerten. Zusätzliche Versiegelungen sollen an anderer Stelle in Kiel kompensiert werden. Wenn möglich sollen neue Radwege baulich vom Kfz-Verkehr getrennt sein, um ihre Sicherheit zu erhöhen - notfalls zulasten des Kfz-Verkehrs. Zudem muss auch der Belag einiger Straßen an einen steigenden Radverkehrsanteil angepasst werden wie z.B. eine stellenweise Entfernung von Pflastersteinen. Bei Neubauten und Sanierungen sollen die Radwege standardmäßig asphaltiert und nicht gepflastert werden. Für die bessere Erkennbarkeit sollen Radwege in einer anderen Farbe als dunkelgrau angelegt werden. Besonders auf dem Ostufer besteht Nachholbedarf beim Aus- und Aufbau von (geschützten) Fahrradspuren,-wegen und -straßen. Wir fordern daher eine schnelle Umsetzung des Ostufer-Verkehrskonzepts, das derzeit ausgearbeitet wird. Wir werden vorhandene Förderprogramme für Radwegeausbau auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene umfangreich nutzen und somit unsere eigenen Investitionen unterstützen. Wir werden die Bundesförderung für Fahrradwege an Bundeswasserstraßen nutzen, um existierende Wege in Fahrradwege auszubauen, die hohe Qualitätsstandards einhalten.

Die stärkere Verbreitung von Lastenrädern und Fahrradanhängern begrüßen wir. Es muss gesondert ausgewiesene, sichere Stellplätze im öffentlichen Raum für Lastenräder wie auch Pedelecs geben. Generell braucht es mehr sichere und kostenlose Fahrradstellplätze im öffentlichen Raum. Unter anderem möchten wir dafür mehr Abstellanlagen am Bahnhof einrichten. Insbesondere dort ist das sichere Abstellen der Fahrräder wichtig. Fahrradwege sollen in Zukunft grundsätzlich eine Breite und Beschaffenheit haben, die auch für das Befahren und Begegnungen mit Lastenrädern, Hand-Bikes und Fahrradanhängern ausgelegt ist. Wir werden prüfen, wie sich die Querung des Nord-Ostsee-Kanals mit Lastenrädern und Fahrradanhängern verbessern lässt.

Weitere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs sind der Ausbau des Angebots des Bikesharing-Systems SprottenFlotte und die finanzielle Absicherung über das Jahr 2023 hinaus. Der Ausbau sollte sich dabei nicht nur auf die weitere Verbreitung der Stationen insbesondere in den Randbezirken beschränken, sondern auch die Angebotspalette soll durch weitere Räder und auch Lastenräder und Pedelecs erweitert werden. Außerdem gehört zum guten Radfahren auch ein flächendeckendes Netz öffentlicher Fahrradselbsthilfewerkstätten nach Vorbild der Hansa48.

Gute Regeln für gutes Radfahren

Um das Radfahren schneller und angenehmer zu machen, müssen die Ampelschaltungen besser auf Radfahrende angepasst werden, um Radfahrenden eine sogenannte grüne Welle zu ermöglichen. Hierfür können stellenweise die Ampelschaltungen einerseits auf das durchschnittliche Tempo von Radfahrenden angepasst werden und andererseits kann mittels Sensorik auf Grün geschaltet werden, sobald Radfahrende eine Ampel erreichen. Das Rechtsabbiegen an roten Ampeln möchten wir überall, wo es möglich ist, für Radfahrende per grünem Pfeil erlauben.

Wir wollen Velorouten eine Vorfahrtsberechtigung gegenüber anderen Straßen einräumen. Eine Möglichkeit dies zu erreichen, wäre eine rechtliche Einstufung von Velorouten als Landesstraßen. Da dies eine Entscheidung des Landes ist, werden wir uns für entsprechende Maßnahmen des Landes einsetzen.

Ein weiteres Problem, das sowohl bei Radfahrenden selbst, aber auch bei anderen Verkehrsteilnehmenden für Ärger sorgt, ist das Fahren auf der falschen Straßenseite. Oft ist das Fahren auf der falschen Seite kürzer oder dauert weniger lang. Wir werden mithilfe einer Bürger*innenbeteiligung Stellen identifizieren, an denen häufig auf der falschen Seite gefahren wird, und überprüfen, ob Zweirichtungsradwege eingerichtet werden können. Alternativ werden wir entsprechende Lösungen ausarbeiten, wie das Fahren auf der richtigen Seite attraktiver gemacht werden kann. Insbesondere die Ortsbeiräte sollen hierbei mit eingebunden sein.

In Kiel gibt es bereits zahlreiche Fahrradstraßen (gekennzeichnet durch das Verkehrszeichen 244.1). Wir unterstützen aktiv weitere Ausweisungen dieser Fahrradstraßen in Straßen, die jetzt schon oder perspektivisch vermehrt von Radfahrenden genutzt werden. Derzeit dürfen in fast allen Fahrradstraßen auch weiterhin Pkw fahren. Wir möchten dies zur Ausnahme machen und prüfen, welche Fahrradstraßen exklusiv für Radverkehr freigegeben werden können – von Anwohnenden, Menschen mit Sondergenehmigungen, Lieferverkehr und Einsatzfahrzeugen abgesehen. Wir fordern ein Überholverbot durch Pkw auf Fahrradstraßen, wo dies durch die baulichen Bedingungen nicht schon von Gesetzes wegen ausgeschlossen ist. Zusätzlich sollten Durchfahrtsverbote für Pkw an ausgewählten Stellen dafür sorgen, dass Fahrradstraßen keine Alternativrouten für Hauptverkehrsstraßen sind. Mit versenkbaren Pollern ließe sich das realisieren, ohne die Bedürfnisse von Rettungsdiensten und Entsorgung zu vernachlässigen.

Wir werden zudem von den neuen Fahrradzonen (Verkehrszeichen 244.3) Gebrauch machen, um den Radverkehr in den Quartieren sicherer und attraktiver zu gestalten. Fahrradzonen können dort eingeführt werden, wo eine hohe Fahrradverkehrsdichte zu erwarten ist und eine untergeordnete Wichtigkeit für den Kfz-Verkehr besteht. Wir werden über die Rechte und Pflichten

in Fahrradzonen verstärkt aufklären und insbesondere durch Markierungen verdeutlichen, dass Radfahrende hier stets nebeneinander fahren dürfen. Um die Sicherheit im Radverkehr zu erhöhen, muss Parken in der zweiten Reihe stärker von den Ordnungsbehörden kontrolliert werden (siehe auch Kapitel Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen).

Mikromobilität sinnvoll einsetzen

E-Scooter sind ein häufiges Ärgernis für Radfahrende und Fußgänger*innen, da sie oft auf Rad- und Fußwegen abgestellt werden oder im Weg liegen. Dies ist für viele Menschen mindestens ein Ärgernis, für Menschen mit Behinderung oder Fahrradfahrer*innen ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Besonders bei Leihfahrzeugen tritt auch in Kiel das Problem der mutwilligen Zerstörung auf. Dennoch sind sie und auch andere Elektroklein- und -kleinstfahrzeuge ein unterschätzter Teil der Verkehrswende, besonders für die letzte Meile. Wir wollen diese Potenziale heben und gleichzeitig unsere kommunalen Möglichkeiten nutzen, um die zahlreichen negativen Folgen, die es bislang gibt, zu reduzieren. E-Scooter werden darüber hinaus gut angenommen und sind ein weiterer Grund, Fahrradwege weiter auszubauen.

Jedoch muss die Problematik der im Weg liegenden E-Scooter gelöst und klare Regeln etabliert und durchgesetzt werden. Dies wollen wir durch eine Ausweisung von Abstellzonen umsetzen. Des Weiteren sollen die Anbieter*innen dazu verpflichtet werden, Scooter nicht nur in der Innenstadt, sondern auch am Stadtrand einzusetzen und Anreize zu entwickeln, die die Nutzung zur Überwindung der letzten Meile fördern.

Besonders den Privatbesitz dieser Fahrzeuge begrüßen wir, da sie für viele einen niedrighschwelligen und bequemen Umstieg vom klassischen Pkw bedeuten. Im Gegensatz zu Leihsystemen sind die Halter*innen der Fahrzeuge sich darüber hinaus ihrer Verantwortung für das genutzte Gefährt bewusst.

Fußverkehr stärken

In vorherigen Kapiteln wurde bereits betont, dass eine Neuaufteilung des öffentlichen Raumes nötig ist, um ihn den Menschen zurückzugeben. Wir möchten daher die schwächsten Teilnehmenden im Straßenverkehr in den Blick nehmen. Dazu gehört auch, dass für die Sicherheit von Fußgänger*innen auf Verkehrsflächen, die mit Radfahrenden geteilt werden, Maßnahmen geprüft werden sollen, um den Fußverkehr zu schützen. Für diese Aufgaben fordern wir eine Fußverkehrsbeauftragtenstelle, die sich hauptamtlich mit der Stärkung und Verbesserung des Fußverkehrs beschäftigt. Bürger*innen sollen von dieser Stelle selbstverständlich beteiligt werden.

Wir fordern daher neben einer autoarmen Innenstadt und autoarmen Quartieren eine autofreie Kiellinie. Den 1,5 km langen Abschnitt der Kiellinie zwischen dem Marinehafen an der Tirpitzmole und den Villen nahe Bellevue wollen wir für den Autoverkehr sperren und so einen öffentlichen Raum für Aufenthalt, Veranstaltungen usw. direkt am Wasser schaffen. Die vorangegangene zeitweise Sperrung im Rahmen eines Verkehrsversuchs werten wir als Erfolg. Durch ihn kam eine spürbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität zustande.

Mittelfristig wollen wir die Innenstadt autofrei gestalten. Autofrei bedeutet für uns, dass Busse, Taxen, Lieferverkehre, Personen mit Sondergenehmigungen und Einsatzfahrzeuge selbstverständlich weiter die Innenstadt befahren dürfen. Als erste Schritte sind einzelne Quartiere und Straßen autofrei zu gestalten, auch in Zusammenarbeit mit der lokalen Gastronomie und dem Einzelhandel, die die neu entstandene Fläche nutzen können. Die Belastungen durch E-Scooter für den Fußverkehr wollen wir eindämmen, gleichzeitig die Nutzung von E-Scootern so wenig wie möglich einschränken (siehe Kapitel Mikromobilität sinnvoll einsetzen).

Wir möchten prüfen, ob wir einen Tag im Jahr Kiel - beispielsweise am Tag der Guten Nachbarschaft - als Pilotprojekt an vielen Stellen autofrei gestalten können. Auf diese Weise können wir zeigen, wie der Straßenraum für mehr Menschen nutzbar sein könnte, beispielsweise durch mehr Raum für Rad- und Fußverkehr, Straßenfeste, Begegnungsräume und Bildungsangebote.

Eine fußgänger*innenfreundliche Stadt ist auch eine kinderfreundliche Stadt. Die Bordsteinkante darf nicht die Grenze sein, bei der der sichere Raum grundsätzlich verlassen wird. Gehwege sind Begegnungsräume. Wir möchten daher Shared Space-Konzepte prüfen und verstärkt Pilotprojekte umsetzen sowie mehr Spielstraßen einrichten. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Tempo 30 innerorts als Richtgeschwindigkeit gilt. Wir wollen die Vision Zero, also die Reduzierung der Zahl Getöteter oder Schwerverletzter im Straßenverkehr auf null, anstreben und prüfen, welche Maßnahmen dafür auf den Weg gebracht werden müssen. Um die Vision Zero zu erreichen, braucht es die Zusammenarbeit des Bundes, des Landes und der Kommunen. Daher werden wir uns auch auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Maßnahmen, die die Vision Zero unterstützen, umgesetzt werden.

Wenn niveaugleiche Führungen nicht möglich sind, müssen Bordsteine konsequent abgesenkt werden, nicht nur um Barrierefreiheit zu gewährleisten, sondern auch um Fußwege für Menschen mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl angenehmer zu machen. Dabei sind die Leitlinien und Bordsteinkanten für die Orientierung von blinden oder sehbehinderten Menschen weiter einzusetzen. Die besten Fußwege nützen jedoch nichts, wenn sie oder Kreuzungsbereiche zugeparkt sind. Hier muss viel stärker kontrolliert und vor allem sanktioniert werden. Zudem sollen Umsetzungen als einzig effektives Mittel der Gefahrenabwehr verstärkt eingesetzt werden. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs muss auch jenseits der innerstädtischen Bereiche deutlich ausgeweitet und intensiviert werden. Um eine flächendeckende inklusive Infra-

struktur erreichen zu können, benötigen wir zusätzliche Mittel und Unterstützung des Landes und des Bundes.

Gleichzeitig soll gezielt Platz zur Begegnung im Wohnquartier geschaffen werden. Hierzu gehören Bänke, auf denen sich beispielsweise ältere Menschen ausruhen können, oder Spielmöglichkeiten für Kinder. Dieser Raum soll durch eine Verkehrsberuhigung und Verlagerung von Pkw-Stellplätzen in Quartiersparkhäuser geschaffen werden (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Wir werden das Wegweiser-System für die Orientierung in der Stadt verbessern, indem an Haltestellen und anderen Orten Umgebungspläne aufgehängt werden, die innerhalb eines bestimmten Radius anzeigen, wie viele Gehminuten ein bestimmtes Ziel entfernt ist.

Abhängigkeit vom Auto verringern

Viele Menschen bemühen sich bereits, ihr Mobilitätsverhalten zu ändern, mehr Fahrrad zu fahren, den ÖPNV zu nutzen oder Fahrgemeinschaften zu bilden. Diese Bemühungen wollen wir unterstützen. Wir sehen eine Abkehr von einer autofokussierten Verkehrspolitik nicht als einschränkende, sondern vielmehr als ermöglichende Politik, von der auch Menschen profitieren, die auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind – weil ihre Abhängigkeit vom Auto verringert wird und weil die Menschen, die nicht auf das Auto angewiesen sind, ihre Wege zukünftig eher ohne Auto zurücklegen.

Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Autoverkehr verringert werden. Dabei orientieren wir uns an den Zielvorgaben des von allen Fraktionen des Rates einstimmig beschlossenen Masterplan Mobilität, der eine Reduktion der Pkw-Fahrleistung um rund 40% bis zum Jahr 2035 vorsieht. Wir bringen aber auch Maßnahmen ein, die die Fahrleistung über dieses Ziel hinaus reduzieren sollen. Damit dieses Ziel realistisch erreichbar ist, müssen wir den Umstieg vom Pkw auf Bus, Bahn, Fuß, Fahrrad usw. deutlich erleichtern und ein Leben ohne Pkw auch am Stadtrand attraktiv gestalten. Zusätzlich möchten wir bei der Stadtentwicklung darauf hinarbeiten, Wege nach Möglichkeit von Anfang an zu verkürzen (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Weiterhin müssen wir in Kooperation mit den Nachbarkreisen Lösungen für Menschen anbieten und bewerben, die aktuell mit ihren Autos in die Kieler Innenstadt fahren (siehe Kapitel Stressfrei pendeln).

Im Masterplan Mobilität der KielRegion und dem Green City Plan der Stadt Kiel wurde eine Vielzahl an Maßnahmen für die Verkehrswende bis zum Jahr 2035 definiert. Viele dieser Maßnahmen wurden bereits umgesetzt oder sind in der Umsetzungsphase. Wir werden uns in der

kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass der Status quo des Modal Split, also des Anteils der einzelnen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr und allgemeine Verkehrsdaten, häufiger erhoben wird. Für das Jahr 2023 können die Ergebnisse der Verkehrsdatenerhebung Mobilität in Deutschland des Bundesverkehrsministeriums genutzt werden. So stellen wir fest, wo Maßnahmen bereits die erwünschten Effekte erzielen und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wir möchten Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts einführen, sobald es die Gesetzgebung erlaubt. Dies erhöht nicht nur die Sicherheit im Straßenverkehr, es verringert den Lärm sowie die Luftverschmutzung und lässt den Verkehr besser fließen. Die Landeshauptstadt Kiel ist Teil des Bündnisses Lebenswerte Städte, das sich dafür einsetzt, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, dass Tempo 30 auch an Hauptstraßen eingeführt werden kann. Wir werden uns im Bund für die Schaffung von Flexibilität für Kommunen bei der Tempogestaltung einsetzen. Heute ist die Rechtslage so, dass Tempo 30 nur dort eingeführt werden darf, wo die besondere Situation dies erfordert - Regelfall ist Tempo 50. In den Ortsbeiräten gibt es immer wieder Hinweise von Bürger*innen auf Gefahrensituationen. Die Straßenverkehrsbehörde lehnt dennoch regelmäßig Maßnahmen ab, sofern kein Unfallschwerpunkt vorliegt. Wir finden es kurzsichtig, dass erst Unfälle mit Verletzten oder Schlimmerem vorliegen müssen, damit Maßnahmen ergriffen werden können. Dafür gibt es in Kiel bereits traurige Beispiele. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Straßenverkehrsbehörde sich nicht nur als Wächterin über den fließenden Autoverkehr sieht, sondern zukünftig ihre Handlungsspielräume, auch in Form von Verkehrsversuchen, zum Schutz von nicht autofahrenden Menschen nutzt. Außerdem wollen wir explizit prüfen, wo Tempo 30 auch jetzt schon möglich ist, und dies perspektivisch umsetzen.

Den Bau neuer Überlandstraßen lehnen wir ab. Auch wenn wir auf kommunaler Ebene den Bau nicht verhindern können, setzen wir uns für einen Beschluss in der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel ein, der den Bau weiterer Überlandstraßen ablehnt, um so den Druck auf den Bund zu erhöhen. In Kiel geht es dabei konkret um die sogenannte Südspange und den Anschluss der A21 im Kieler Süden. Beide Projekte laufen mitten durch den Kieler Grüngürtel. Wir dürfen in Zeiten der Erderwärmung nicht noch weitere Teile unserer Frischluftschneise für den Autoverkehr aufgeben. Durch den Bau würden etliche Kleingärten, der Eidertal-Wanderweg und ökologisch hochwertiger Lebensraum zerstört werden.

Verkehrsentlastungen durch die Südspange sind nach den bislang vorliegenden Schätzungen nicht abzusehen. Im Gegenteil, durch die Südspange wäre eine zusätzliche Belastung des ohnehin überlasteten Ostrings zu erwarten. Dessen Aus- oder Neubau ist auf Jahrzehnte weder absehbar noch planerisch wünschenswert und auch nicht im Rahmen der städtischen Klimaziele abbildbar. Die Landeshauptstadt Kiel hat im Masterplan Mobilität festgehalten, dass der Pkw-Verkehr reduziert werden soll. Sollte die Südspange oder der Ostring 2 gebaut werden, sind diese Ziele unmöglich einzuhalten und damit auch die Klima- und Verkehrsziele der Stadt Kiel unerreichbar. Der Bau wäre unverantwortlich.

Bei Neu- und Umbau von großen Kreuzungen bevorzugen wir Kreisverkehre nach niederländischem Vorbild, da sie den Verkehr besser fließen lassen und die Sicherheit erhöhen. Das Zentrum solcher Kreisverkehre soll ökologisch genutzt werden.

Eine weitere niedrigschwellige Maßnahme ist die Anpassung des Neubürger*innenpakets. Menschen, die in eine neue Stadt ziehen, sind einfacher zu motivieren, ihre Mobilitätsroutinen aufzubrechen. Hierzu wollen wir auf der bereits bestehenden Broschüre „Meine neue Stadt - Clever mobil in Kiel“ aufbauen. Mit ihr wird Neubürger*innen ein guter Überblick über nachhaltige Mobilität in unserer Stadt gegeben. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Broschüre mit konkreten Maßnahmen ergänzt wird. Hierzu gehört ein kostenloser Probemonat für den ÖPNV. Auch ein Rabatt für die Nutzung von Carsharing-Autos wäre denkbar, genauso wie Gutscheine für die Sprossenflotte. Auch für Pendler*innen, die sich im Umland von Kiel niederlassen, wollen wir im Rahmen der KielRegion ein vergleichbares Angebot schaffen.

Wir möchten, dass im städtischen Fuhrpark zunehmend auch Dienst(lasten)räder eingesetzt werden. Gerade unter Berücksichtigung bundesweiter Förderprogramme kann dies oft eine attraktive Alternative zu Autos sein.

Wir möchten uns anderen Städten in Europa anschließen und ab dem Jahr 2030, spätestens mit dem Start der Stadtbahn, im Regelfall keine Pkw mit klimaschädlichen Verbrennungsmotoren mehr in die Stadt einfahren lassen. Bis dahin wird die Zahl der Verbrennerautos, aufgrund des Wechsels zu Elektroantrieben, ohnehin stark reduziert sein. Auch ÖPNV, Fuß- und Radwege müssen dann so ausgebaut sein, dass es attraktive Alternativen gibt. Wir prüfen zudem, welche Variante eines Mobilitätspasses, das heißt eine Umlagefinanzierung für den ÖPNV, am Besten geeignet wäre und führen diese anschließend mit Unterstützung des Landes ein.

Parkraumbewirtschaftung ausweiten

Der öffentliche Raum ist ein knappes Gut, insbesondere in der Innenstadt. Die Nutzung durch ruhenden Verkehr (das heißt parkende Autos) konkurriert dabei mit Nutzungen durch städtisches Leben. Zudem sind die Schaffung und der Unterhalt von Parkflächen mit Kosten verbunden. Autos werden durchschnittlich lediglich 46 Minuten pro Tag genutzt, den Rest der Zeit nehmen sie nur öffentlichen Raum ein. Dabei werden 50% der Autos nicht täglich und nur 10% zeitgleich bewegt.

Die Rückgabe des Raums an die Menschen wollen wir erreichen, indem wir jedes Jahr 3% des öffentlichen Parkraums umwidmen, wie es z. B. in Kopenhagen erfolgreich praktiziert wird. Als ersten Schritt sollte das Verbot des bisher tolerierten Gehwegparkens überall dort durchgesetzt werden, wo zu wenig Platz für zu Fuß Gehende, Kinderwagen, Rollstühle oder Rollatoren ist. Zu

diesem Zweck streben wir eine Aufstockung des Personals im kommunalen Ordnungsdienst an.

Eine umfassende Parkraumbewirtschaftung im gesamten Kieler Stadtgebiet kann Kfz-Nutzer*innen angemessen an diesen Kosten beteiligen und Anreize zur Nutzung anderer Verkehrsmittel schaffen. Die Preise sind so zu gestalten, dass die Nutzung des ÖPNV günstiger ist als mehrstündige Parkzeiten. Für Anwohner*innen können dabei im Bereich ihres Quartiers wie bisher vergünstigte Parkmöglichkeiten angeboten werden. Es müssen weitere Zonen für Anwohner*innenparken ausgewiesen werden. Die Gebühren von derzeit 10,20 Euro bis 30,70 Euro pro Jahr möchten wir anheben. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die Kommunen einen Rechtsrahmen dafür bekommen. Die Gebühren wollen wir nach Größe und Gewicht der Pkw sowie der Anzahl im Haushalt befindlichen Pkw gestalten. In äußeren Zonen der Stadt soll das Parken günstiger sein als im innenstadtnahen Bereich. Wir streben weiterhin an, Supermarktparkplätze außerhalb der Öffnungszeiten für Anwohner*innen zu öffnen.

Wir möchten den Straßenraum für alle Menschen der Stadt Kiel nutzbar machen und so für mehr Gerechtigkeit im öffentlichen Raum sorgen. Daher möchten wir vermehrt Autos in Parkhäusern unterbringen. Parkhäuser nutzen den Platz wesentlich effizienter als Parkplätze an der Straße und sind aktuell nicht ausgelastet. Darum möchten wir uns dafür einsetzen, dass das Parken an der Straße teurer ist als im Parkhaus. Um Menschen passgenauer zu freien Parkplätzen in Parkhäusern zu leiten, setzen wir uns für den Ausbau nutzer*innenfinanzierter digitaler Parkleitsysteme ein.

In Neubaugebieten sind daher Quartierstiefgaragen oder -parkhäuser mit zu planen. Neue Quartiere sind von vornherein autoarm zu konzipieren (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Derzeit können die Autostellplätze durch alternative Mobilitätskonzepte wie Carsharing oder Fahrradstellplätze auf minimal 0,3 pro Wohneinheit reduziert werden. Wir möchten prüfen, ob es nötig ist, dies in einer Stellplatzverordnung festzuhalten und den Anteil weiter abzusenken. Bei Wohngebäuden sollen auch sichere und komfortable Fahrrad- und E-Scooterstellplätze mit Lademöglichkeiten vorgehalten werden. Dies muss mit dem weiteren Ausbau von Carsharing-Angeboten und Mobilitätsstationen einhergehen. Es soll zudem geprüft werden, ob wieder ein Ridesharing-Angebot in Kiel, also eine Art Gemeinschaftstaxi, etabliert werden kann. Das gilt besonders für Bereiche und Zeiten, in denen das ÖPNV-Angebot noch nicht ausreichend ausgebaut ist.

Alle Parkhäuser sind vermehrt mit E-Ladesäulen auszustatten. Solange die heute gebräuchlichen Normalladesäulen benötigt werden, wollen wir den Ausbau bürger*innennah vorantreiben, indem Vorschläge für Standorte bei Bedarf niedrigschwellig an die Verwaltung herantragen werden können. Parkhäuser sollen zudem dem Bedarf entsprechende Fahrradabstellmöglichkeiten enthalten.

Stressfrei pendeln

Ein maßgeblicher Teil sowohl des fließenden als auch des ruhenden Verkehrs in Kiel wird von Einpendler*innen verursacht. Optimal für sie wäre der Bau einer Stadtreionalbahn, mit der sie durchgehend aus dem Umland die Kieler Innenstadt erreichen könnten. Der Aufbau der für Kiel geplanten Stadtbahn und ihr Ausbau zur Stadtreionalbahn erfordert die Kooperation mit den benachbarten Kreisen und bleibt für uns ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik für die KielRegion. Wir achten schon jetzt bei der Trassenplanung darauf, dass später ein Ausbau der Straßenbahn zur Stadtreionalbahn Richtung Eckernförde, Preetz, Schönberg, Heikendorf und Laboe möglich bleibt.

Solange keine Stadtreionalbahn realisiert ist, müssen Pendler*innen möglichst frühzeitig in Busse und später in die Straßen- oder Regionalbahnen umsteigen können. Dazu müssen für Menschen, die nicht direkt ab ihrem Wohnort Bus oder Bahn nach Kiel nutzen können, im Bereich der Haupteinfallrouten (B 76, A 210 etc.) sowohl Park+Ride- als auch Bike+Ride-Möglichkeiten errichtet werden, von denen aus der innerstädtische Bereich mit dem ÖPNV, besonders Schnellbussen, rasch erreichbar ist. Es muss auch geprüft werden, ob - in Zusammenarbeit mit der KielRegion - im Umland weitere Mobilitätsstationen eingerichtet werden können, die den Umstieg für den Weg in die Stadt auf ÖPNV und Fahrrad erleichtern. Die SprottenFlotte soll deshalb auch am Stadtrand ausgebaut werden.

Zudem muss die Bus-Zug-Verknüpfung am Kieler Hauptbahnhof besser verzahnt werden. In Zusammenarbeit mit der KielRegion möchten wir das ÖPNV-Angebot in den angrenzenden Kreisen ausbauen und die Verknüpfung mit dem Kieler ÖPNV verbessern und die Tarifstruktur mit angrenzenden Kreisen einfacher gestalten. Besonders das direkte Umland muss besser und schneller angebunden werden. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Taktung der Regionalbahnen erhöht wird, sodass Pendler*innen flexibler zur Arbeit und zurück kommen und mehr Kapazitäten geschaffen werden.

Bisher ist es aus Sicht autofahrender Pendler*innen oft bequemer und preiswerter, mit dem Auto direkt ihr Ziel in Kiel anzufahren als umzusteigen. Die umfassende Parkraumbewirtschaftung wird dies verändern (siehe Kapitel Parkraumbewirtschaftung ausweiten). Um einen Anreiz zum Umstieg zu bieten, können Dauerparkberechtigungen erworben werden, deren Kosten über denen einer ÖPNV-Monatskarte liegen und die alternativ zum Parken im innerstädtischen Bereich zu einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV in Kiel durch bis zu zwei gemeinsam reisende Personen berechtigen. Damit bietet der Umstieg in den ÖPNV bereits im Außenbereich einen Kostenvorteil durch reduzierten Kraftstoffverbrauch. So kann mit einer kommunalen Maßnahme eine Win-win-Situation geschaffen werden, die eine echte Alternative zur Subventionierung des Kfz-Verkehrs durch Pendler*innenpauschalen oder Tankrabatten bietet.

Klimafreundliche Logistik etablieren

Die Anzahl an Paketlieferwagen nimmt stetig zu. Wir setzen uns dafür ein, die Lieferverkehre in der Stadt Kiel auf die Zukunft einzustellen. Hierfür bedarf es der engen Kooperation zwischen Stadt und Logistikunternehmen. Wichtiger Bestandteil sind dabei Microhubs. Microhubs sind Umschlagpunkte in Zentrumsnähe und am Rand von Wohnquartieren, an denen Pakete gesammelt werden können. Von dort werden schließlich die Pakete per Lastenrad an die Empfänger*innen ausgeliefert, wie es bereits von einigen Zustellunternehmen realisiert wird. So werden der Verkehr und Lärm in den Wohngebieten deutlich reduziert. Microhubs werden sich auf mittlere Sicht nicht von alleine wirtschaftlich tragen. Das bedeutet, dass die Stadt – in deren Interesse die Bündelung von Sendungen und die Reduktion von Lieferverkehren ist – sich auch bei der Finanzierung engagieren muss.

Wir wollen mit der Stadt vorangehen und bis zum Jahr 2030 städtische Transporte komplett klimaneutral gestalten. Dabei soll bevorzugt auf Fahrradlogistik gesetzt werden. Noch in der nächsten Wahlperiode wollen wir jede innerstädtische Kurierfahrt, die derzeit durch Lieferfahrzeuge vorgenommen wird, aber durch den Transport mit dem Fahrrad erfolgen könnte, auf Fahrradlogistik umstellen. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen können 51% aller motorisierten Güterverkehre auf das Fahrrad verlagert werden. Hierfür werden wir prüfen, wo in Kiel zeitnah sogenannte Null-Emissionszonen für die Stadtlogistik eingerichtet werden können. In diese Zonen dürfen nur Fahrzeuge mit klimaneutralem Antrieb einfahren.

Um das Parken und Halten von Lieferfahrzeugen auf Rad- und Fußwegen oder in zweiter Reihe zu verhindern, sollen mehr Ladezonen ausgewiesen werden, die von übrigen Kfz freigehalten werden müssen. Wir wollen prüfen, ob Parksensoren dabei helfen können, unberechtigte Nutzungen zu vermeiden. Hierfür bedarf es einer nachfrageorientierten Ermittlung der Ladezonen, die wir in der nächsten Wahlperiode vornehmen wollen.

Um den Güterverkehr in der Stadt sinnvoll und effizient zu steuern, soll ein Güterverkehrskonzept ausgearbeitet werden. Generell muss mehr Güterverkehr auf die Schiene gebracht werden. Der Ostuferhafen braucht dazu ein weiteres Gleis.

Wasserstoff halten wir für überregionalen Bus- und für Schwerlastverkehr, der nicht auf die Schiene verlagert werden kann, für sinnvoll. In Kiel sollte die dafür notwendige Infrastruktur mittelfristig errichtet werden. Die Stadt soll entsprechende Initiativen durch eine aktive Begleitung des Planungsprozesses unterstützen.

Verkehrslandeplatz weiter denken

Bei der jüngsten Kommunalwahl 2018 wurde durch einen Bürger*innenentscheid der Erhalt des Verkehrslandeplatzes Holtenau vorläufig gesichert. Nach fünf Jahren stellen wir fest, dass es keine dem Potenzial der 110 Ha großen Fläche gerechte, produktive Entwicklung gegeben hat.

Wir wollen die luftrechtliche Genehmigung als Landeplatz auslaufen lassen und das Gelände zukünftig für Wohnen und Gewerbe nutzen. Gemäß den Aussagen des regionalwirtschaftlichen Gutachtens von GEWOS zum Landeplatz vom Oktober 2016 wird so die wirtschaftlich, finanzpolitisch und arbeitsplatzschaffend beste Lösung umgesetzt. In der aktuellen Nutzungsform des Verkehrslandeplatzes soll dessen Fläche auch temporär für andere Zwecke genutzt werden können und der Stadtbevölkerung für sportliche, kulturelle oder soziale Zwecke sowie gewerblichen Nutzer*innen zur Verfügung gestellt werden. Für die betreffenden Zeiten soll der Flugbetrieb eingestellt werden können.

Eine lebenswerte Stadt braucht eine gesunde Umwelt

... ist für uns Leitsatz und Auftrag zugleich. Grünflächen in Kiel sollen einen hohen Umweltnutzen und eine gute Aufenthaltsqualität vereinen. Dächer, Fassaden, Haltestellen und vieles mehr sollen begrünt, Bäume gepflanzt und Gärten neu angelegt werden. Wir wollen Kiel so entwickeln, dass das urbane Grün deutlich stärker als bislang in das Stadtbild integriert ist und Bürger*innen die Vorzüge des Stadtgrüns erfahren können. Eine grünere Stadt ist eine lebenswertere Stadt.

Wir werden:

- Kiel zur Zero Waste City machen,
- beim Bauen einen möglichst hohen Anteil an recycelten und recycelbaren Materialien einsetzen,
- mehr öffentliche Toiletten und Wasserspender einrichten,
- netto keine Flächen mehr versiegeln und
- die Umwelt- und Ernährungsbildung fördern.

Abfall vermeiden, verringern, wiederverwenden und recyceln

Die Landeshauptstadt Kiel hat ein Zero Waste Konzept beschlossen und ist auf dem Weg, Deutschlands erste Zero Waste City zu werden. Damit sind wir Vorreiterin. Wir wollen die Stadt bei der Umsetzung der bereits erarbeiteten Maßnahmen unterstützen und dazu motivieren, dieses Konzept und seine Umsetzung national und international zu kommunizieren und so Kiel nicht nur als Sailing.City, sondern auch als Zero Waste City bekannt zu machen. Als das nationale und internationale Aushängeschild Kiels soll die Kieler Woche zu einer Zero Waste Veranstaltung werden und so aufzeigen, dass auch Großveranstaltungen zumindest müllarm durchgeführt werden können.

Wenn die Stadt baut oder mit Geldern der Stadt gebaut wird, soll ein möglichst hoher Anteil an recycelten und recycelbaren Materialien eingesetzt werden. Aber es geht nicht nur um Recycling, sondern auch um Ressourcenschonung. So setzen wir uns dafür ein, dass keine Materialien an und in Gebäuden verwendet werden, die Mikroplastik produzieren, der Beton- und Zementanteil beim Bauen verringert und durch andere Materialien wie z. B. Holz ersetzt wird. Bei der Planung von Bauprojekten muss die Ressourcenschonung bereits mitgedacht werden (Ökodesign).

sign) (siehe Kapitel Bauen klimafreundlich gestalten und Sanierungen vorantreiben). Hier soll Kiel durch die Realisierung einer Zero Waste Schule (sowohl in Bezug auf den Bau als auch den Betrieb) ein Pilotprojekt umsetzen und so als Zero Waste City und als Klimaschutzstadt Standards setzen (siehe Kapitel Schule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unterstützen).

Um nachhaltiges Bauen in der Stadt zu etablieren, wollen wir uns um Pilotprojekte nach innovativen Nachhaltigkeitskonzepten bemühen. Beispiel hierfür wäre das Triple-Zero-Konzept, das Gebäude mit einer nachhaltigen, eigenständigen Energieversorgung (Zero Energy), einem emissionsfreien Betrieb (Zero Emissions) und vollständig in den Ressourcenkreislauf rückführbaren Baustoffen (Zero Waste) vorsieht. Wir wollen prüfen, ob und wie sich unsere Abfallwirtschaftshöfe an der Bereitstellung und dem Recycling nachhaltiger Baustoffe beteiligen können.

Um Mikroplastik zu bekämpfen, wollen wir neue Kunstrasenplätze nur in begründeten Fällen zulassen. Wir wollen den Eintrag von Mikroplastik durch Granulat auf Kunstrasenplätzen mittelfristig regulativ abschaffen und auf nachhaltige Alternativen wie z.B. Kork umsteigen. Neue Kunstrasenplätze wollen wir nur in begründeten Fällen zulassen.

Am Strand möchten wir die Ausgabe von mobilen Aschenbechern etablieren. Zigarettenstummel machen einen Großteil des Mülls an Stränden aus und sind darüber hinaus noch hochgiftig für Menschen, Fische und andere Lebewesen. Über die Ausgabe von Aschenbechern hinaus muss hier Aufklärungsarbeit geleistet werden. Zudem möchten wir prüfen, ob an Stränden vermehrt feste Grillplätze installiert werden können, um die Verwendung von Einweggrills einzudämmen.

Wir fordern mehr öffentliche Toiletten, insbesondere an Stränden. Dafür soll ein Toilettenkataster erstellt werden, in dem auch sogenannte „Nette Toiletten“ von Geschäften verzeichnet sind, um basierend hierauf die Infrastruktur öffentlicher Toiletten gezielt zu verbessern. Toiletten sollen unisex und barrierefrei sein und es soll geprüft werden, wo neben der im Bau befindlichen Toilette am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) weitere barrierefreie Toiletten für alle gebaut werden können.

Um Müll auf den Straßen zu verringern, möchten wir höhere Bußgelder für das unsachgemäße Entsorgen von Abfall in der Öffentlichkeit („littering“) durchsetzen und Kontrollen verstärken. Wir begrüßen, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) in Gebieten mit höherem Littering häufiger Touren und Abholungen durchführt. Teile des Litterings werden nicht direkt durch Menschen verursacht, sondern durch Wind und Vögel. Wir wollen daher die Mülleimer nach und nach durch solche ersetzen, die verschließbar sind, am liebsten mit großer Kapazität. Bevorzugt sollen die Kiellinie und die Strände ausgestattet werden. Dazu brauchen wir smarte Systeme, die melden, wenn Mülleimer geleert werden müssen.

Wir möchten Mülleimer mit QR-Codes ausstatten, um dort Informationen zu Müllvermeidung und -trennung anzubringen. Diese sollen mehrsprachig angeboten werden. Dazu möchten wir eine Kampagne zum richtigen Umgang mit Müll anstoßen. Der richtige Umgang mit Müll ist zudem die beste Methode, um gegen Rattenbefall vorzugehen.

Wir möchten ein funktionierendes Mehrwegsystem im Gastronomiebereich einführen. Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob und welches Einweggeschirr zusätzlich zur EU-Gesetzgebung verboten werden kann. Diese Maßnahmen werden bereits im Zero Waste-Konzept der Stadt genannt. Wir möchten diese Maßnahmen priorisieren, da immer mehr Menschen unterwegs essen und trinken oder sich Essen liefern lassen. Auch die Einführung einer Verpackungssteuer für To-Go-Produkte soll geprüft werden.

Wir möchten Maßnahmen erlassen, die das Verbrennen von Grünschnitt vermindern. Wir möchten, dass der Grünschnitt in Form von Biomasse, Pellettbrennstoff oder anderem weiterer Nutzung zugeführt wird. Zudem werden wir die Kompostierung von Grünschnitt durch Aufklärungsarbeit stärken und die Abholung von Kompost in der Stadt ermöglichen.

Wir möchten in allen Ortsbeiratsbezirken Reparatur-Cafés einrichten, um den Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, defekte Geräte selbst und kostengünstig zu reparieren und gleichzeitig Ressourcen zu schonen.

Die Kieler Müllverbrennungsanlage gehört zu den emissionstechnisch besten Anlagen in Deutschland und unterschreitet die gesetzlichen Grenzwerte in der Regel deutlich. Zusätzlich leistet sie über das Fernwärmenetz einen wichtigen Beitrag zur Wärmeversorgung in Kiel. Zukünftig soll dort auf unsere Initiative hin der Klärschlamm aus der Region, der künftig nicht mehr auf Felder verbracht werden darf, in Kiel thermisch verwertet werden. Diese Anlage wird über eine Phosphorrückgewinnungsanlage verfügen und so diese endliche und weltweit wichtige Rohstoffressource schonen. Im Kontext des Zero Waste-Konzepts stehen wir in engem Kontakt mit Expert*innen aus diesem Bereich, um auch langfristig diese wertvolle und technisch bestens ausgestattete Müllverbrennungsanlage effizient und möglichst nachhaltig betreiben zu können.

Für viele gehört vor allem an Neujahr Feuerwerk dazu. Allerdings entsteht dadurch eine wesentliche gesundheitsschädliche Feinstaubbelastung und eine außergewöhnlich hohe Lärmbelastung, die diverse Schäden bei Mensch und Tier und ein hohes Müllaufkommen hervorruft, welches teilweise mit der Nutzung des Feuerwerks bereits in der Umwelt entsorgt ist. Bei öffentlichen Veranstaltungen wollen wir Feuerwerk durch nachhaltigere Alternativen wie zum Beispiel Lichtershow ersetzen. Genehmigungen für Privatfeuerwerk sollen nur noch für die Silvesternacht erteilt werden.

Flächen effizient und nachhaltig nutzen

Die effiziente Nutzung von Flächen ist für die meisten Städte eine Herausforderung, da hierbei vielseitige Interessen abgewogen werden. Dies stellt für Kiel – als eine ohnehin an Flächen knappe und wachsende Stadt – eine ganz besondere Herausforderung dar. Da die überwiegende Anzahl der potenziell bebaubaren Flächen in privater Hand sind, müssen wir diese motivieren, die Flächen möglichst effizient zu nutzen. Darüber hinaus soll im städtischen Bestand nachverdichtet und beim Neubau auf effiziente Flächennutzung geachtet werden. Hierbei müssen selbstverständlich auch Aspekte der Lebens- und Aufenthaltsqualität berücksichtigt werden. Eine zusätzliche Möglichkeit, Flächen zu sparen, stellt der Bau unterirdischer Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder oder deren Nachweis in bereits bestehenden Tiefgaragen oder Parkhäusern dar (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung).

Gerade im Kontext der Stadtentwicklung im Zeichen des Klimawandels ist die Reduzierung der Flächenversiegelung unabdingbar. Wir wollen insgesamt einen Netto-null-Verbrauch von Flächen erreichen. Das bedeutet, dass keine zusätzlichen Flächen mehr versiegelt werden bzw. wenn wir Flächen versiegeln, müssen an anderer Stelle Flächen in gleicher Größe entsiegelt werden.

Wenn möglich und sinnvoll sollen diese entsiegelten Flächen für Kleingärten und öffentlich zugängliche Grünflächen genutzt oder in den Kieler Grüngürtel eingeeht werden. Ein kleiner Baustein ist die Begrünung von Straßenrändern und Mittelstreifen. Dem Erlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung (MILI) aus dem Jahr 2020 soll Rechnung getragen werden. Darin wird vorgeschrieben, dass sogenannte Schottergärten zukünftig wasseraufnahmefähig und begrünt zu gestalten sind. Da hier private Flächen betroffen sind, wollen wir seitens der Stadt über Alternativen informieren. Zudem wollen wir sicherstellen, dass es zu einer konsequenten Regeldurchsetzung in Neubau und Bestand hinsichtlich Bauaufsichtsbehörde kommt. Kleingärten haben wichtige ökologische, soziale und klimapolitische Dimensionen. Wir bekennen uns klar zum Kleingartenentwicklungskonzept. Auch bei Neubaugebieten muss grundsätzlich Platz für Grünflächen, besonders für Kleingärten und gemeinschaftlich genutzte, öffentlich zugängliche Grünflächen, mit eingeplant werden.

Weitere Möglichkeiten der Entsiegelungen bestehen auf dem Verkehrslandeplatz in Holtenau und in der naturnahen Gestaltung von Schulhöfen und der Fördekante. Das Konzept für naturnahe Gestaltung von Schulhöfen, das auf unsere Initiative hin verabschiedet wurde, begrüßen wir (siehe Kapitel Schule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unterstützen).

Grünflächen müssen auch ökologisch aufgewertet werden, um die Biodiversität zu steigern. Dazu gehört auch die Entfernung von Altlasten. Hierfür möchten wir Grünflächen in eine Stif-

tung überführen. Wir fordern die Ausweitung der extensiven Pflege von Grünflächen, um das Nahrungsangebot für Insekten und damit auch für viele andere in der Stadt lebende Tiere zu verbessern. Hierbei wollen wir unter anderem Wildbienen verstärkt in den Fokus rücken. Das Verbot des Parkens auf nicht dafür vorgesehenen Grünflächen muss in der Fläche auch durchgesetzt werden.

Die Fläche Suchsdorf-West wollen wir zu einem Landschaftsschutzgebiet machen und aus der Planung für andere Nutzungen herausnehmen. Weitere Landschaftsschutzgebiete sind bereits beschlossen, aber die Umsetzung lässt aufgrund fehlenden Personals auf sich warten. Wir möchten dafür Lösungen finden. Zudem fordern wir einen Schutzstatus für den Kieler Grüngürtel, der im Jahr 2022 sein 100-jähriges Bestehen gefeiert hat. Wir möchten die Lücken im Grüngürtel schließen und prüfen, ob darüber hinaus weitere Flächen für einen Schutzstatus geeignet sind. Naturschutzgebiete hingegen sind in Kiel schwierig umzusetzen, da keine Gebiete den festgeschriebenen Kriterien entsprechen.

Umweltbildung fördern

Um Umwelt und Natur schützen zu können - auch im Alltag -, braucht es zuallererst Bildung. Dazu wollen wir etablierte Umweltbildungsprojekte, wie Kollhorst e. V., den Interkulturellen Garten in Gaarden oder den „Langen Tag der Stadtnatur“, langfristig sichern.

Wir möchten einen Fonds auflegen, aus dem kommunale Bildungsprojekte zu den Themen Umwelt, Natur und Klima - dazu gehört auch Ernährungsbildung (siehe Kapitel Gesunde und ökologische Ernährung ermöglichen) - gefördert werden können. Das Konzept „Essbare Stadt“ sehen wir ebenfalls als Teil der Umweltbildung. Es soll auf KiTa- und Schulhöfe ausgeweitet werden.

Wir fordern die Erarbeitung eines Konzepts zur Sichtbarmachung von Kieler Naturräumen. Das Sichtbarmachen der Naturräume soll diese gleichzeitig zu außerschulischen Lernorten machen, wo entsprechende Naturräume erlebt werden können und Wissen über sie erworben werden kann. Besonders müssen dabei die Förde und die Binnengewässer in den Blickpunkt genommen werden.

Wir möchten prüfen, wie Umweltbildung stärker in den Schulen verankert werden kann. Die Umsetzung der Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) begrüßen wir (siehe Kapitel Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege qualitativ ausbauen). Wir möchten bestehende Projekte weiter fördern und wenn möglich weitere Angebote schaffen.

Zur qualifizierten Umsetzung vieler Projekte im Bereich Klima und Natur brauchen wir ausgebildetes Personal. Jedoch herrscht auch in diesem Bereich Fachkräftemangel. Um dem zu

begegnen, möchten wir einen Runden Tisch mit den Ausbildungsträger*innen einrichten, um gemeinsam Lösungen für diese Problematik zu erarbeiten (siehe Kapitel Handwerk und Dienstleistungen als essenziell begreifen). Des Weiteren wollen wir ein verwaltungsinternes Qualifizierungsprogramm für städtische Mitarbeiter*innen anregen, um diese für die umwelt- und klimabezogenen Auswirkungen ihrer alltäglichen Arbeit zu sensibilisieren. So soll sich langfristig die Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaauswirkungen im Verwaltungshandeln in möglichst allen Fachbereichen etablieren. Dazu ist von der Personalentwicklung ein passendes Konzept zu erarbeiten.

Gesunde und ökologische Ernährung ermöglichen

Wie wir uns ernähren, wirkt sich auf verschiedenste Bereiche aus, von CO₂-Emissionen über den Wasserverbrauch, die Gesundheit der Böden, Tierwohl bis hin zur persönlichen Gesundheit aller. Wir möchten Ernährungsbildung allgemein fördern. Wir setzen uns für gutes Essen in allen öffentlichen Einrichtungen (auch Schulen, öffentlichen Kantinen, Kitas, Pflege- und Altersheimen) ein. Eine solche Ernährung schützt Mensch, Klima und Umwelt gleichermaßen. Dazu gehören für uns regionale, saisonale, bio-zertifizierte, vegetarische und vegane Angebote.

Wir wollen, dass Kiel endlich eine „Essbare Stadt“ wird und Bürger*innen an verschiedenen Stellen in der Stadt Obst, Gemüse und Kräuter anbauen und sich bedienen dürfen. So steigt die Wertschätzung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln, das Grundverständnis für Lebensmittelerzeugung, der Gemeinschaftssinn wird gefördert und die Stadt lebens- und lebenswerter. Urban Gardening-Initiativen sollen niedrigschwellig städtisch gefördert werden. Im Zuge der Klimaanpassung wird der schnelle Zugang zu Trinkwasser vor allem in Hitzeperioden zunehmend wichtig. Daher wollen wir, dass im öffentlichen Raum Trinkwasserspender eingerichtet werden und in öffentlichen Gebäuden, wie z. B. Schulen, Wasserhähne zum hygienischen Auffüllen von Trinkflaschen ausgelegt sind.

Vor Emissionen schützen und Luft rein halten

Ein wichtiges Thema beim Emissionsschutz ist Lärmreduktion. Die Landeshauptstadt Kiel erstellt regelmäßig einen Lärmaktionsplan. Hier gibt es aber das Problem, dass die Stadt mit den vorhandenen Ressourcen zwar die Problembereiche identifizieren kann, aber sehr viel größere, vor allem finanzielle Ressourcen nötig wären, um hier spürbar Erleichterung bei Betroffenen bewirken zu können. Wir wollen prüfen, wie diese Ressourcen der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden können.

Weitere wichtige Schritte sind die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und hier der Beitritt zur Tempo 30-Initiative des Deutschen Städtetages mit dem Ziel, dass Kommunen mehr Handlungsspielräume außerhalb der Straßenverkehrsordnung bekommen, um durch eine Temporeduzierung Lärm, aber auch verkehrsbedingte Abgase zu reduzieren (siehe Kapitel Verkehrswende für alle).

Wo es heute schon möglich ist, wollen wir sowohl tagsüber, jedenfalls aber für die Nachtzeit Tempo 30 einführen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Einsatz von Lärmblitzern auch in Deutschland möglich wird. Wir wollen, dass die Stadt Kiel in Zukunft die Nutzung von Laubbläsern und Laubsaugern ausschließlich in notwendigen Bereichen, also auf Wegen mit Rutschgefahr, anwendet. Laub hat auch im städtischen Raum eine wichtige ökologische Funktion. Auf das Wegblasen von Laub auf Grünflächen sowie auf Waldwegen und Waldplätzen soll vollständig verzichtet werden. Weiterhin sollen gegebenenfalls Alternativen wie die Nutzung von Rechen geprüft werden.

Den Stellenwert des Sports erhöhen

Sportvereine leisten eine wichtige Arbeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie sind Orte, an denen Inklusion gelebt, gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und natürlich vor allem die körperliche Betätigung gefördert wird. Ein breites Angebot an Sportmöglichkeiten bietet eine attraktive Freizeitgestaltung und macht Kiel lebenswert. Corona hat die Probleme der Sportvereine wie im Brennglas gezeigt: Nachwuchsprobleme haben sich sowohl bei den Übungsleiter*innen als auch den Aktiven verschärft, die Umstellung auf Digitalisierung war für viele Vereine eine große Herausforderung und fehlende Flächen machten Betätigung mit Abstand oft schwer.

Aber Sport findet nicht nur im Verein statt, sondern auch im öffentlichen Raum, alleine oder in Gruppen. Diesen wollen wir ebenfalls fördern. Öffentlicher Raum ist ein knappes Gut und Sport steht hier in Konkurrenz zu einer Vielzahl anderer Nutzungen. Hier brauchen wir kreative Lösungen. Damit Menschen wissen, was es bereits für Sportangebote in Kiel gibt, möchten wir, dass die Stadt einen digitalen Sportkompass entwickelt, der als Internetseite veröffentlicht und in die von uns geforderte Kiel-App integriert wird (siehe Kapitel Kommunikation mit den Bürger*innen ausbauen).

Kiel als Meeres(schutz)stadt ist natürlicherweise auch eine Stadt des Wassersports. Mit dem Olympiazentrum, den regelmäßigen Regatten und der Sichtbarkeit von Wassersportmöglichkeiten überall entlang der Kieler Förde wird dies deutlich. Wir wollen dieses Alleinstellungsmerkmal als größte deutsche Stadt am Meer fördern und ausbauen.

Wir werden:

- Vereinssport stärken und fördern,
- ein Kompetenzzentrum Wassersport anstoßen und
- Platz für Sport im öffentlichen Raum schaffen.

Vereinssport neu ausrichten

Um die Mitgliederentwicklung der Sportvereine wieder zu verbessern, müssen Vereine „dorthin, wo die Jugendlichen sind“. Das heißt, wir streben eine bessere Zusammenarbeit mit den Schulen und Universitäten an. Gerade vor dem Hintergrund des häufigeren Ganztagsunterrichts in Schulen ist es von großer Bedeutung, dass Schüler*innen immer noch die Möglichkeit haben, im Sportverein aktiv zu werden. So können gegebenenfalls auftretende Konkurrenzsituationen

durch Gründung von Schulsportvereinen vermieden werden.

Die Vereine stehen in zunehmender Konkurrenz mit kommerziellen Anbieter*innen wie Fitnessstudios. Allerdings ist das Personal dort nicht immer in gleichem Maße qualifiziert wie das in den Vereinen. Dies gilt besonders in pädagogischer und gesundheitlicher Hinsicht. Wir möchten daher, dass die Stadt ein Gütesiegel für Fitnessstudios entwickelt, das Fitnessstudios auf Antrag hin auf Kriterien wie Qualifikation prüft.

Wir wollen die Vereine zum Beschreiten neuer Wege ermutigen. Ein Beispiel dafür wäre die E-Sport-Förderung, in der Kiel Vorreiterin ist. Wir sind stolz auf unser E-Sport-Zentrum. Wir stehen einer weiteren Förderung des E-Sports in Kiel positiv gegenüber und wollen unsere bereits bestehenden Instrumente in der nächsten Wahlperiode stärker bewerben. Dies kann beispielsweise durch ein eigenes E-Sport-Turnier in der Kieler Woche geschehen. Wir wollen uns verstärkt darum bemühen, Events im Bereich des E-Sports nach Kiel zu holen.

Durch die Einrichtung eines Fonds, mit dem Vereine sich Sportgeräte finanzieren können, möchten wir den Vereinen auch die finanziellen Ressourcen zur Qualitätsverbesserung geben. Wir möchten Ressourcen wie Geräte, Personal, Hallen und Wissen effizient nutzen und prüfen, wie diese unter Vereinen fair und einfach geteilt werden können.

Mit dem digitalen Hallenverwaltungssystem ist bereits ein Anfang für eine effektiv geteilte Nutzung gemacht. Auch Wissen, Ideen und Konzepte in Hinblick auf Inklusion können in einem Pool geteilt werden.

Nicht jeder Sportverein kann sich Integrations- oder Inklusionsbeauftragte, Sportbegleiter*innen oder Taxifahrten zur Sportstätte leisten. Wir wollen Netzwerke und Strukturen stärken, um Inklusion im Vereinssport zu ermöglichen. Das Kieler Inklusions-Netzwerk InTuS bietet mit seinem Trägerverein „Neue Arbeit-Neue Kultur“ solches Personal und Wissen bereits an. Darauf kann aufgebaut werden. Ein inklusiver Sport fördert gleichzeitig die Möglichkeiten für Senior*innen, sich zu engagieren. Der Sport hat auch wichtige Arbeit im Bereich der Geflüchteten-Integration geleistet. Wissen und Strukturen zur Prävention von Rassismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir ebenfalls bündeln und teilen. Netzwerke zwischen Vereinen und Fachverbänden, Politik, Verwaltung (z. B. IQSH) und Kultur möchten wir stärken.

Die Sportvereine leiden an einem Mangel an Übungsleiter*innen. Die Stärkung des Ehrenamts ist für uns ohnehin von hoher Bedeutung (siehe Kapitel Ehrenamt stärken). Darüber hinaus möchten wir Übungsleiter*innen ermöglichen, ihre Qualifikation zertifizieren zu lassen, und so Anreize setzen, eine Übungsleitung zu übernehmen. Den größten Anreiz erreicht man jedoch über finanzielle Zuwendungen. Wir möchten Wege finden, wie Übungsleiter*innen eine höhere

Aufwandsentschädigung erhalten können. Eine Möglichkeit könnte die Einrichtung einer Stiftung zu diesem Zweck sein. Eine weitere Maßnahme, die wir prüfen möchten, ist z.B. im Sportstudium die Übungsleitung als Studienleistung anzuerkennen. Hierbei wollen wir mit dem Land und den Hochschulen zusammenarbeiten.

Kiel hat zu wenige Sporthallen und Flächen in Kiel sind, wie erwähnt, knapp. Die zweigeschossige Sporthalle, die als Ersatz für die Halle am Stadion nun am Westring errichtet wird, soll möglichst zeitnah und vor allem klimaneutral errichtet werden. Das digitale Hallenverwaltungssystem wird die Nutzung der Hallenkapazitäten voraussichtlich verbessern. Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob die Kooperationen mit der Universität und dem Camp 24/7 verbessert werden kann, um deren Sportstätten effizienter zu nutzen. Wir werden für Sportflächen kreative Lösungen prüfen. Zudem fehlt Kiel eine Sportstätte in einer Größe, die zwischen der Wunderino Arena und einem einfachen Sportplatz liegt. Die Nutzung der Wunderino Arena ist für die meisten Vereine finanziell nicht zu leisten.

Wir begleiten den Ausbau des Holstein-Stadions konstruktiv-kritisch. Wir unterstützen das Ziel eines bundesligatauglichen und erfolgreichen Fußballclubs in Schleswig-Holstein. Aus unserer Sicht ist der Ausbau des Holstein-Stadions deutlich besser als ein Neubau, wie er bei anderen Stadien geschehen ist, weil keine zusätzliche Fläche versiegelt werden muss. Für uns ist klar, dass ein Stadion, das zum Großteil mit öffentlichen Geldern saniert wird, ein Leuchtturm in Sachen Nachhaltigkeit werden muss. Dazu gehört neben nachhaltigen Baustoffen die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, PV-Anlagen auf dem Dach, falls möglich eine zusätzliche Begrünung von Dächern und Fassaden sowie ein modernes Mobilitätskonzept, das auch für weniger Belastung im Wohnquartier sorgt und mit einem kleinstmöglichen Parkhaus auskommt, das auch als Quartiersparkhaus fungiert. Für uns ist es keine Option, noch mehr öffentliche Gelder in den Ausbau fließen zu lassen. Wir begrüßen, dass eine Nutzung des Stadions auch von anderen als der KSV Holstein von 1900 e. V. möglich ist/sein wird. Weiterhin gilt für einen gemeinnützigen Verein, dass er als Breitensportverein ein breites Angebot sowohl an Kieler als auch Kielerinnen anbietet.

Kiel zum Zentrum für Wassersport machen

Wir wollen, dass Kiel nicht nur Sailing.City ist, sondern auch zu einem Zentrum für Wassersport wird. Eine herausgehobene Rolle nimmt hierbei für uns der muskelbetriebene Bootssport ein. Wir unterstützen die Organisation des Wassersports (in Vereinen, durch kommerzielle Angebote sowie durch Einzelpersonen) und die Fortschreibung eines Konzepts Wassersport. Dabei verfolgen wir das Ziel, Synergien der verschiedenen Akteur*innen zu nutzen. Dies geht für uns einher mit dem Ziel, Kiel näher ans Wasser zu bringen und die Förde als Aufenthaltsort am Wasser aufzuwerten.

Wir wollen uns daher auf den Weg machen, ein Kompetenzzentrum Wassersport an der Förde zu konzipieren. Dieses Kompetenzzentrum soll Synergien bündeln, um Vereinen Krafträume, Tagungsräume und Qualifizierungen anzubieten. Ebenso wird es die Kooperation mit dem Schulwassersportzentrum Ostufer anstreben, um Schüler*innen den Übergang vom dort durchgeführten schulischen Sportunterricht in die sportliche Förderung und Qualifizierung in den Wassersportvereinen zu ebnen.

Damit Kiel sich als der Standort für Wassersport in Deutschland positioniert, möchten wir prüfen, ob Kiel mit Unterstützung der Vereine eine Wassersportwoche auf die Beine stellen kann. Diese kann mit bestehenden Aktionen und Veranstaltungen wie den Drachenboottagen, diversen (Frei)schwimm-Events und/oder Kanu- bzw. Ruder-Regatten kombiniert werden. Ebenso hat Kiel sich während der nationalen Spiele der Special Olympics 2018 bereits als Regattastandort bewiesen.

Gleichzeitig sollen Wassersport allgemein und die Wassersportwoche zur Stärkung der internationalen Beziehungen zu Städten mit großer Wassersport-Begeisterung wie San Francisco, Malmö oder Venedig genutzt werden. Zudem wollen wir das Thema Wassersport in seiner Breite auf der Kieler Woche öffentlichkeitswirksamer machen.

Die Grundvoraussetzung für Wassersportinitiativen in der Kieler Förde ist, dass diese nicht in Konflikt mit dem Wasserverkehr auf der Förde kommen. Der Umwelt- und Naturschutz muss bei Wassersportinitiativen auf Verträglichkeit geprüft werden. Ebenso muss auch Wassersport barrierefrei zu betreiben sein. Eine erste Maßnahme ist, Einstiegshilfen an Stegen zu montieren.

Als Segelstandort wollen wir Kiel weiter stützen und begrüßen die Prüfung der Umsetzung eines Segelsportmuseums. Zudem streben wir eine stärkere Kooperation der Segelvereine mit dem Camp 24/7 an, damit mehr Kinder und Jugendliche die Chance bekommen, nach einem Kurs im Camp in einem Kieler Verein weiter zu segeln.

Für ein Wassersportzentrum ist es wichtig, dass bereits die kleinsten Bürger*innen früh an das Wasser gewöhnt werden. Zurzeit entstehen jedoch für Eltern hohe Kosten, wenn sie an den städtischen Kursen teilnehmen möchten, die für Familien mit geringem Einkommen nicht finanzierbar sind. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Schwimmkurse ein, sodass alle Kieler Kinder frühzeitig schwimmen lernen können. Für Familien mit Kielkarte soll der Besuch der Schwimmlernkurse kostenlos sein.

Öffentlichen Raum für den Sport öffnen

Wir wollen den Sport nicht nur auf dem Wasser oder im Verein fördern, sondern auch den Sport alleine oder gemeinsam auf öffentlichen Flächen. Es gibt bereits heute eine breite Palette an Sportangeboten im öffentlichen Raum. Wir möchten mehr Outdoor-Fitness-Anlagen auf Grünflächen schaffen, bevorzugt in Kooperation mit Vereinen, die sich anschließend um die Instandhaltung kümmern. Die Bedarfe möchten wir in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Ortsbeiräten ermitteln.

Auch Skateparks, gute Laufwege, Spielplätze (für Kinder), öffentliche Sportplätze und sichere Radwege gehören für uns zur Förderung des Sports und der Bewegung im öffentlichen Raum. Sportstätten im öffentlichen Raum sind auch Begegnungsorte. Ein Paradebeispiel dafür ist der Sport- und Begegnungspark in Gaarden. Wir wollen, dass mit den Besitzer*innen von Grundstück(-steilen), die sich für sportliche Betätigung, Erholung und/oder Spielplätze eignen, Gespräche aufgenommen werden, um gemeinsam eine verbesserte Nutzung aufzubauen (Beispiel: „steinerner“ Vorplatz am Westring gegenüber des RBZ – könnte stattdessen prima als Begegnungsort genutzt werden.) Dabei muss geprüft werden, inwieweit die Stadt beim Bau ein Mitspracherecht für Grundstückseigentümer*innen bei der Gestaltung einräumen kann und wer bei den Themen Instandhaltung und Haftungsfragen bei Verletzungen Ansprechpartner*in ist.

Verwaltung bürger*innennah aufstellen

Wir Grünen stehen für eine bürger*innennahe, leistungsstarke, gut aufgestellte und mehr als nur funktionale Verwaltung. Die Kieler Verwaltung sieht sich großen Herausforderungen gegenüber. Dazu gehört die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, die Anwerbung qualifizierten Personals in Zeiten des Fachkräftemangels und die Ausübung der Funktion als Frontdesk der städtischen Services.

Die Verwaltung zu modernisieren, zu digitalisieren, sie effizienter aufzustellen und auskömmlicher und aufgabengerechter auszustatten, ist eine kontinuierliche Aufgabe unserer politischen Arbeit. Wir werden Verwaltungsabläufe digitalisieren, Open-Source Produkte nutzen und fördern, die Digitalisierung nachhaltig gestalten, Kiel zur Smart City machen, Kiel weiterhin als Arbeitgeberin attraktiv gestalten, die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger*innen intensivieren und öffentlichen Werberaum gerecht verteilen.

Wir werden:

- Verwaltungsabläufe digitalisieren,
- Open-Source Produkte nutzen und fördern,
- die Digitalisierung nachhaltig gestalten,
- Kiel zur Smart City machen,
- Kiel weiterhin als Arbeitgeberin attraktiv gestalten,
- die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger*innen intensivieren,
- und öffentlichen Werberaum gerecht verteilen.

Verwaltung digitalisieren

Die Veränderungen durch die digitale Transformation machen auch eine zeitgemäße Anpassung unserer Verwaltungsstrukturen nötig. Eine gute und leistungsfähige Verwaltung ist eine wichtige Säule für die Demokratie, für die Gleichbehandlung aller Bürger*innen und für innovative Lösungen, um den Herausforderungen unserer Zeit begegnen zu können. Nicht zuletzt steht eine starke Verwaltung für die Effizienz staatlichen Handelns. Kommunale Verwaltungen sind die Schnittstelle zwischen Bürger*innen und Staat. Dort erleben Menschen, ob dieser Staat

funktioniert. Und davon hängt dann auch ihr Vertrauen in selbigen ab. Unser Ziel als Grüne ist es, die Verwaltung zeitgemäß für das 21. Jahrhundert aufzustellen.

Damit Bürger*innen digitale Services der Stadt Kiel nutzen können, braucht es eine Verwaltung, die sich das Thema Digitalisierung nicht nur auf die Fahnen schreibt, sondern dieses auch lebt. Eine moderne Verwaltung, die zeitgemäß auf die Bedürfnisse ihrer Bürger*innen reagieren kann und gleichzeitig effizient arbeiten möchte, muss überall, wo es möglich und sinnvoll ist, digitale Prozesse anbieten und mit ihnen intern weiterarbeiten. Wir fordern, dass die Stadt Kiel eine E-Government-Strategie erarbeitet, die Verwaltungsprozesse neu denkt und in der sowohl die Mitarbeiter*innen als auch der Nutzen für die Bürger*innen im Vordergrund stehen. Dazu gehören die verpflichtende Einführung der elektronischen Akte und die Weiterbearbeitung von Anträgen und Ähnlichem auf digitalem Weg. Aus Bürger*innensicht wäre der Dialog mit dem Rathaus auch digital möglich: Keine langen Wartezeiten am oder im Rathaus, sondern eine einfache, niedrigschwellige Kommunikation über Onlinedienste und ein eigenes Bürger*innenpostfach. Einiges bietet die Verwaltung zwar schon an, hierfür müssen aber Zuständigkeiten transparenter und Prozesse leichter zu durchschauen sein.

Insbesondere für Menschen mit Behinderung kann es ein großer Gewinn sein, nicht den Weg ins Rathaus antreten zu müssen, um beispielsweise einen Parkausweis zu beantragen. Damit der Kultur- und Wertewandel in der Verwaltung gelingen kann, müssen alle Mitarbeitenden mitgenommen werden. Changemanagement ist eine zwingende Voraussetzung, um die E-Government-Strategie umzusetzen. Das Weiter- und Fortbildungsangebot der Stadt wird durch spannende, regelmäßige Workshops zur Digitalisierung erweitert.

Digitalisierung bietet die Möglichkeit, eine große Menge nützlicher, nicht personenbezogener Daten leichter verfügbar zu machen. Wir wollen, dass diese Daten im Sinne der Menschen genutzt werden – im kreativen Bereich wie auch zur Verbesserung der Abläufe in der Stadt. Dafür soll jährlich ein „Hackathon“ stattfinden (ggf. themengebunden), zu dem neben interessierten Mitgliedern der Verwaltung/der Politik auch Einzelpersonen und Vereine der Zivilgesellschaft eingeladen werden. Wir sind schon gespannt darauf, welche kreativen und spannenden Ideen und Lösungen auf diese Weise zustande kommen.

Digitalisierung nachhaltig gestalten - Green IT

Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehören zusammen. Durch den Einsatz von IT oder mittels digitaler Tools lässt sich Energie sparen. Aber was ist mit der IT selbst? Wir speichern immer mehr Daten, die Geräte werden eher mehr als weniger im Haushalt und am Arbeitsplatz und alles wird vernetzter. Insbesondere deshalb ist der Einsatz und Betrieb von energieeffizienten Geräten sowie ein ressourcenschonender Umgang mit IT wichtig. Wir fordern von der Stadt

Kiel, dass sie im Rahmen ihrer Klimaschutzstrategie den Punkt Green IT mit aufnimmt und ein Energiemonitoring der IT einführt. Die Haltung von Daten und Fachverfahren soll in einem BSI-zertifizierten und an den entsprechenden Kriterien des Blauen Engels ausgerichteten Rechenzentrum erfolgen. Für Hardware-Ausschreibungen sind nachhaltige Kriterien zu entwickeln und die Lieferketten zu benennen und zu bewerten. Auch im Bereich der Softwareentwicklung sollen Transparenz und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielen. Wir fordern von der Stadt Kiel, dass sie von proprietärer Software abrückt und sich an der Open-Source-Strategie des Landes orientiert. Ein offener Quellcode ermöglicht Souveränität. Wir fordern, dass Open Source-Produkte da genutzt werden, wo es möglich ist, und langfristig eine Strategie zur Ablösung proprietärer Software entwickelt wird. Sollte es noch keine Open Source-Lösung für eine bestimmte Anwendung geben, soll eine eigene Stadtanwendung geschaffen werden. Dabei müssen Inselösungen vermieden werden.

Im Hinblick auf Transparenz und das Fördern der digitalen Kultur sollen öffentliche Daten, die die Stadt Kiel sammelt, auch der Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich gemacht werden. Die Stadt soll ihre Mitarbeitenden befähigen, diese Daten zu erkennen (Datenschutz beachten) und aufzuarbeiten (maschinenlesbar und standardisiert), sodass sie bereitgestellt werden können.

Kiel zur Smart City Modellregion ausbauen

Gemeinsam mit dem Land und der Initiative Open and Agile Smart Cities möchten wir uns auf den Weg zur „Smarten Stadt“ machen. Wir wollen neue digitale Maßstäbe setzen in den Bereichen der Smarten Verkehrsleitsysteme, eines zentralen und digitalen Parkmanagements, digitaler Tickets (ÖPNV sowie städtische Institutionen wie Museen), digitaler Bibliotheksausweise, digitaler Ampelschaltungen, Sensorik für volle Mülleimer, und weiterer smarter Mobilitätsangebote. Zudem soll das Smart City-Konzept mit dem Klimaschutz verbunden werden, um nachhaltige Potenziale zu heben und einen digitalen Zwilling für die Abschätzung von Wetterereignissen nach dem Vorbild von Göteborg zu schaffen. Ein digitaler Zwilling ist ein digitales Modell, mit dem Ereignisse und Szenarien visuell dargestellt werden.

Gute Arbeit in der Verwaltung

Die Stadtverwaltung mit ihren Eigenbetrieben und ihren Gesellschaften ist eine der größten Arbeitgeber*innen in Schleswig-Holstein. Sie hält mit ihrem täglichen Einsatz das städtische Leben am Laufen. Damit dies auch so bleibt, braucht die Stadt genügend motivierte Mitarbeiter*innen. Um für diese attraktiv zu sein, muss die Stadt ihrer Vorbildfunktion als gute Arbeitgeberin gerecht werden. Der Fachkräftemangel macht schließlich auch vor der öffentlichen Verwaltung nicht Halt.

Ein Schritt ist die Abschaffung sachgrundloser Befristung. Einerseits wissen die Beschäftigten so, auf welcher Grundlage sie befristet wurden, und andererseits besteht nur bei einer Befristung mit Sachgrund ein Anspruch auf Entfristung, wenn der Sachgrund wegfällt. Eine sachgrundlose Befristung verkleinert den Bewerber*innenkreis unnötig. Die Möglichkeiten der Probezeit sind völlig ausreichend, um prüfen zu können, ob man innerhalb des Arbeitsverhältnisses zueinander passt.

Leiharbeitnehmer*innen gehören zu den am stärksten benachteiligten Menschen am Arbeitsmarkt. Sie sind häufig schlechter bezahlt, müssen örtlich sehr flexibel sein und werden mit Ablauf ihrer Beschäftigung beim Einsatzbetrieb oft vom Zeitarbeitsunternehmen entlassen. Um gerechtere Voraussetzungen für diese Menschen zu schaffen, sollen sie im ersten Schritt Anspruch auf gleiche Bezahlung vom ersten Tag an erhalten. Dies kann beispielsweise durch eine Flexibilitätszulage geschehen.

Bei der Personalbemessung muss stärker darauf geachtet werden, dass Mitarbeiter*innen nicht überlastet werden und Aufgaben dennoch in angemessener Zeit erledigt werden können. Bewilligte Stellen müssen besetzt und – wo nötig – neue Stellen geschaffen werden. Zudem können temporäre Spitzen durch andere Abteilungen aufgefangen werden. So sind auch Amtsgänge für die Bürger*innen zeitnah möglich und die Bearbeitungszeiten sinken.

Die Mitarbeitenden wissen am besten, was an den Arbeitsbedingungen verbessert werden kann. Aber auch über Risiken und Probleme in den Arbeitsabläufen wissen sie am besten Bescheid. Deshalb soll in allen Aufsichts- und Verwaltungsräten städtischer Betriebe Mitbestimmung durch Personalvertretungen eingeführt werden. Auch für Betriebe, die zu klein sind für Aufsichts- oder Verwaltungsräte, soll eine Lösung gefunden werden, wie etwa die Zusammenfassung ähnlicher Betriebe in einer Holding.

Wir setzen uns für mehr Diversität und interkulturelle Kompetenz in der Stadtverwaltung ein. Dies ist einerseits im eigenen Nutzen der Verwaltung, andererseits kann das Vertrauen in die Stadtverwaltung gesteigert werden, wenn die eigene gesellschaftliche Gruppe unter deren Mitarbeitenden erkennbar vertreten ist. Wir werden uns für die Geschlechterparität in den Eigenbetrieben einsetzen.

Wir möchten den Mitarbeiter*innen gute und spannende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten, besonders im Bereich Umwelt und Klima, Digitalisierung sowie interkulturelle Kompetenz bzw. allgemein diskriminierungssensible Kompetenz (siehe Kapitel Umweltbildung fördern).

Kommunikation mit den Bürger*innen ausbauen

Zu einer erfolgreichen Verwaltungsarbeit gehört eine gute Kommunikation, nicht nur von Informationen und neuen Angeboten, sondern auch von Erfolgen. Wir möchten dabei ausdrücklich die Social Media-Arbeit der Landeshauptstadt Kiel loben. Darauf möchten wir aufbauen.

Wir möchten eine Kiel-App schaffen, die verschiedene bereits bestehende Apps der Stadt - wie der Melde.Möwe, das Ratsinformationssystem oder die Kiel.FamilienApp - in einer Anwendung vereint und erweitert. In diese App kann u. a. der Kieler KulturKompass und der von uns geforderte Sportkompass integriert werden. Weitere denkbare Informationssysteme sind Veranstaltungsangebote, Vereinsübersichten o.Ä.. Die Kiel-App soll auf die Bedürfnisse des Users angepasst werden können, sodass beispielsweise der Sportkompass ausgeschaltet werden kann. Dabei sollen Insellösungen vermieden und gemeinsame Datenpools genutzt werden.

Wir möchten die Informationsangebote der Landeshauptstadt Kiel wie die Webseite und das Ratsinformationssystem auf Nutzer*innenfreundlichkeit, Barrierefreiheit und Aktualität überprüfen lassen. Das Angebot des Tiny Rathauses, ein mobiles Rathaus, wird ausgebaut und in seinem Umfang der Leistungen und Möglichkeiten erweitert.

Im Sinne eines guten Ankommens in Kiel als Neubürger*in möchten wir, dass jede*r Neubürger*in zur Begrüßung ein sogenanntes Neubürger*innenpaket erhält. Neben Informationen, wie der neu geschaffenen Kiel-App, soll darin unter anderem auch ein kostenloses Monatsticket für den ÖPNV beinhaltet sein (siehe auch Kapitel Abhängigkeit vom Auto verringern).

Öffentliche Werbeflächen fair nutzen

Öffentliche Werbeflächen wie z. B. Großflächen sind zu großem Teil in einer Hand (DSM Ströer). Sollte es in Zukunft zu einer Neuverhandlung bzw. zu einer Verlängerung des Rahmenvertrages kommen, möchten wir uns dafür einsetzen, dass in diesem Verfahren mehr Werbeflächen für Stadtwerbung reserviert werden und verschiedene Anbieterfirmen Zuschläge erhalten, um zusätzliche konkurrenzfähige Angebote zu schaffen. Wir wollen keine weiteren zusätzlichen Flächen für kommerzielle Werbung zur Verfügung stellen.

Vor allem zu Wahlkampfzeiten ist die Stadt voll von Wahlwerbung. Diese Werbung ist auf der einen Seite wichtig, um auf anstehende Wahlen aufmerksam zu machen und Menschen zum Wählen zu bewegen. Zudem sind Wahlplakate Teil der politischen Kultur. Andererseits entsteht insbesondere durch Wahlwerbung im öffentlichen Raum ein hohes Müllaufkommen. Auch ist diese Art der Wahlwerbung zumeist eine Frage des Geldes. Kleinere und weniger etablierte Parteien sind durch diesen Mechanismus benachteiligt. Wir bemühen uns, die Umweltfolgen

unserer Wahlwerbung, z. B. durch unseren plastikarmen Wahlkampf und unsere in der Regel im Papiermüll entsorgbaren Plakate, so gering wie möglich zu halten. Wir möchten gemeinsam mit den anderen Ratsfraktionen und Parteien Lösungen finden, wie Wahlwerbung reduziert werden kann und gleichzeitig auch kleinere Parteien die Möglichkeit haben, für sich zu werben. Das hilft dabei, Müll zu vermeiden. Wir werden uns dafür einsetzen, in Kiel Beschränkungen der Plakatmengen zu etablieren. Eine Reduzierung der stadtweiten Anzahl an Wahlwerbeplakaten auf 600 statt bisher 750 pro Partei wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass diese Regelungen ihre Gültigkeit behalten und nicht durch z. B. widersprechende Verordnungen ausgehebelt werden.

Sicherheit durch Prävention - Freiheiten erweitern

Sicherheit in der Stadt ist ein Grundbedürfnis. Kiel ist im Vergleich mit anderen Städten – auch Städten in Schleswig-Holstein – eine sehr sichere Stadt. Eine gute Sozialpolitik und entsprechende Hilfsangebote sind die beste Kriminalitätsprävention. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weiterverfolgen.

Wir werden:

- Angsträume vermindern,
- Sicherheit schon bei der Stadtplanung mitdenken,
- Sicherheits- und Ordnungsorgane angemessen ausstatten,
- geschlechtsspezifische Gewalt in den Fokus nehmen,
- Sicherheit für alle im Straßenraum ermöglichen und
- die Vermüllung bekämpfen.

Öffentlichen Raum sicher gestalten

Wir möchten, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum wohlfühlen und gern in unserer Stadt bewegen. Das Bedürfnis nach Sicherheit muss daher bereits in der Stadtplanung berücksichtigt werden. So sind reine Büroquartiere abends ausgestorben und tragen nicht zu einem sicheren Gefühl bei. Wir möchten Quartiere in ihrer Nutzung so durchmischen, dass dadurch

mehr Platz für Menschen im öffentlichen Raum geschaffen und eine positive Aufenthaltsqualität generiert wird (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Bei der Planung der Stadt soll dabei darauf geachtet werden, dass keine Angsträume entstehen wie bspw. dunkle, schlecht einsehbare Unterführungen. Zudem muss auf eine helle Farbgestaltung und eine smarte, ausreichende Beleuchtung geachtet werden. Smart bedeutet in diesem Zusammenhang u. a., dass die Beleuchtung mit Bewegungssensorik und mit Lichtfrequenzen, die Insekten weniger stören, ausgestattet ist. Weitere smarte Lösungen können via App steuerbare Beleuchtungen sein, wie es bereits mit der aus Schleswig-Holstein stammenden App Knoop erfolgreich praktiziert wird. Wir möchten, dass die Verwaltung ein ökologisches und smartes Beleuchtungskonzept erarbeitet.

Da Sicherheit in unserer Stadt Lebensqualität bedeutet, müssen Angsträume identifiziert werden, um diese Orte gegebenenfalls auch baulich zu verändern. Dazu möchten wir die Menschen vor Ort beteiligen und gemeinsam Lösungen entwickeln. Abgelegene Haltestellen sind ein Angstraum. Wir wollen prüfen, ob es sinnvoll ist, einen Notknopf an abgelegenen Haltestellen zu installieren, der direkt mit der Polizei verbunden ist. Die Stadt Kiel arbeitet an einem Sicherheitskonzept, das wir kritisch und konstruktiv begleiten.

Es gibt derzeit einen Bahnhofsbeirat, der sich mit Problemen rund um den Bahnhof befasst. Wir wollen darüber hinaus prüfen, ob und inwiefern die Reaktivierung von kommunalpräventiven Räten quartiers-, projekt- und problembezogen eine sinnvolle Maßnahme sein kann. Ein wichtiger Faktor hierbei ist das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in dem Wissen, dass Prävention immer nur gesamtgesellschaftlich gestaltet werden kann. Daher fordern wir ganz besonders die Einbeziehung der Bürger*innen vor Ort.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir ausschließlich anlassbezogen, evidenzbasiert und bei richterlicher Anordnung erlauben. Wir fordern, dass diese Videoüberwachung live von einer Person überwacht wird, damit schnelles Eingreifen möglich ist. Den behördlichen Einsatz von großflächigen Videoaufzeichnungen wie Nutzung von Drohnen bei Demonstrationen lehnen wir ab.

Da wir den öffentlichen Raum für alle Menschen nutzbar machen wollen, lehnen wir Verdrängung durch Repression ab und setzen einen Schwerpunkt in der (aufsuchenden) Sozialarbeit und Prävention. Besonders während der Coronapandemie wurde versucht, Jugendliche aus dem Schrevenpark und von der Reventlouwiese zu verdrängen. Wir möchten keine pauschalen Verurteilungen, sondern über die Stränge schlagende Personen zielgenau sanktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum für Jugendliche und andere Menschen zugänglich bleibt und in diesem gefeiert werden kann. Die Bedingungen dafür müssen verbessert werden, um eine angemessene Nutzung zu garantieren. Dafür sind beispielsweise mehr Mülleimer sowie öffentliche, kostenfreie und saubere Toiletten nötig. Die Möglichkeit zu feiern und laut Mu-

sik zu hören, muss bestehen bleiben. Phasen der Ruhe und Phasen jungen städtischen Lebens können sich ergänzen. Generell muss im öffentlichen Raum aufeinander Rücksicht genommen werden.

Kommunalen Ordnungsdienst sinnvoll einsetzen und Polizei entlasten

Es gibt eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Polizei und Ordnungsbehörde (Ordnungsamt). Diese unterstützen wir vollumfänglich. Aus diesem Grund standen und stehen wir dem Kommunale Ordnungsdienst (KOD) konstruktiv-kritisch gegenüber, da die Sorge besteht, dass diese Trennung verwischt werden könnte.

Die Praxis hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Zuständigkeiten klar abzugrenzen. Für alle Bürger*innen muss klar erkennbar sein, welche Aufgaben von wem übernommen werden. Der KOD übernimmt Aufgaben der Ordnungsbehörde und entlastet damit die Polizei. Hierzu gehören beispielsweise die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder aber die Einhaltung von innerstädtischen Regelungen. Damit kann die Polizei ihre eigentlichen Aufgaben, die Kriminalitätsbekämpfung und die Verkehrssicherheitsarbeit, wahrnehmen. Gleichzeitig hat die Erfahrung gezeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen von KOD und Polizei ist – wie zum Beispiel bei Gaststättenkontrollen oder auf der Kieler Woche. Wir fordern daher, dass die Ausbildung des KOD weiterhin auf hohem Niveau bleibt, es keine Ausweitung von Befugnissen für den KOD gibt, keine Ausstattung mit Waffen und dass es zukünftig eine stärkere äußerliche Abgrenzung von der Polizei gibt. Das heißt konkret: Sollten neue Uniformen und Fahrzeuge angeschafft werden, sollen diese nicht aussehen wie die der Polizei.

Neben der guten Ausbildung für die Beschäftigten des Kommunalen Ordnungsdienstes muss sich die Stadt stärker auch um eine gute Qualifikation für die Mitarbeiter*innen des KOD bemühen. Ein Konzept zur internen Fortbildungen der Mitarbeiter*innen muss bestehen. Auch auf Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten muss großer Wert gelegt werden. Wir setzen uns auch für die richtigen Entgeltstrukturen ein. Wir begrüßen, dass die Kieler Polizei die erste Fahrradstaffel in Schleswig-Holstein einsetzt und halten diese Initiative für ein wichtiges Element einer Bürger*innenpolizei. Wir möchten die Polizeidirektion Kiel unterstützen, die Fahrradstreife weiter auszubauen. Auf diese Art kann es gelingen, für die Perspektive des Radverkehrs zu sensibilisieren.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den Kauf und Verkauf von Cannabisprodukten legalisieren möchte. Daher wollen wir, dass die Stadt Kiel sich auf Cannabismodellprojekte bewirbt, sollten noch welche vor oder im Zuge der Legalisierung durch die Bundesregierung aufgestellt werden.

Feuerwehr und Katastrophenschutz gut ausstatten

Für die Sicherheit der Menschen ist eine gute personelle und sachliche Ausstattung der Rettungsdienste und Feuerwehren erforderlich. Das ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen muss sachlich ebenso angemessen ausgestattet werden wie die hauptamtlich organisierten Bereiche („dem Feuer ist es egal, ob die freiwillige oder die Berufsfeuerwehr kommt“).

Die Bedarfsplanungen für die Feuerwehren und die Rettungsdienste sowie des Katastrophenschutzes müssen regelmäßig auf notwendige Veränderungen hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Herausforderungen des Klimawandels werden zu mehr Extremsituationen führen, die alle Dienste vor große Herausforderungen stellen werden.

Aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage fordern wir die Entwicklung einer Cybersicherheitsstrategie für Kiel. Die Sicherheit von öffentlicher Infrastruktur, wie beispielsweise Ampeln oder dem Kieler Gaskraftwerk, muss regelmäßig extern evaluiert und an die geänderten Anforderungen angepasst werden. Außerdem fordern wir die Prüfung der Wiederanschaffung von Katastrophenwarnsirenen und eine aktive Anbindung an die Alarmsysteme Nina und Katwarn.

Häusliche Gewalt verhindern

Häusliche Gewaltdelikte, insbesondere Gewaltdelikte gegen FINTA* und Kinder, wollen wir einer besonderen Betrachtung unterziehen. Die Stadt Kiel hat sich bereits auf den Weg gemacht, die Maßnahmen des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt umzusetzen. Unser Ziel ist es, Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt erheblich zu senken. Hierbei setzen wir auf die Opferforschung und ganz besonders den Ausbau der Hilfs- und Beratungsangebote sowie täter- und opferorientierte Prävention. Wir begrüßen es, dass weitere Plätze in Frauen- und Mädchenhäusern in Kiel geschaffen werden, sehen aber auch weiteren Bedarf bei der Unterstützung von Frauen, intergeschlechtlichen, nicht binären, Trans- und Agender-Personen sowie allen weiteren Personen, die nicht dem binären Geschlechtersystem angehören und aufgrund dessen von Diskriminierung betroffen sind (FINTA*). Zu diesem Zweck wollen wir Frauenhäuser grundsätzlich barrierefrei gestalten und vorhandene entsprechend umbauen.

Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen

Sicherheit muss auch im Straßenverkehr durchgesetzt werden, besonders für Fußgänger*innen und radfahrende Personen. Daher setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass den Kommu-

nen die Möglichkeit gegeben wird, auch auf Landes- und Bundesstraßen innerorts Tempo 30 einzuführen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass vor allem an Gefahrenstellen mehr Verkehrsüberwachung erfolgt. Insgesamt wollen wir sie so weit ausweiten, dass stadtweit konsequent Verkehrsverstöße geahndet werden. Mit Blick auf den Schutz von radfahrenden Personen fordern wir ein konsequentes Sanktionieren von Parken in der zweiten Reihe sowie zugeparkten Radfahrstreifen und Radwegen (siehe Kapitel Verkehrswende für alle).

Kiel sauber halten

(Illegale) Müllablagerungen sind ein Nährboden für Rattenbefall und verringern die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Sie sind weiterhin erste Anzeichen für tieferliegende Probleme wie soziale Verwerfungen und fehlende Identifikation mit dem Quartier. Eine starke Sozial- und Beteiligungspolitik wirkt dem langfristig entgegen, jedoch muss Vermüllung auch kurzfristig bekämpft werden.

Wir begrüßen, dass der ABK in Quartiere mit höherem Bedarf häufiger Touren unternimmt, um illegale Müllberge einzusammeln. Der ABK kann jedoch erst tätig werden, wenn er von Müllablagerungen erfährt. Hier ist die Müllmeldeapp Melde.Möwe ein großer Erfolg und wichtiger Baustein. Diese möchten wir bekannter machen und weiterentwickeln zu einer Mängelmeldeapp. Jede*r Bürger*in soll hier Mängel in der Stadt melden können. Von der App wird die Information dann an die richtige Stelle weitergeleitet und dort nachverfolgbar bearbeitet. Häufig liegt der Müll jedoch auf privatem Grund und die Stadt hat somit in diesen Fällen kaum Handhabe, gegen die Vermüllung vorzugehen. Wir möchten hier die Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen.

Um Rattenbefall vorzubeugen, muss auch das Tauben- und Möwenfütterungsverbot bekannter gemacht werden. Die Stadt hat hier bereits Schritte unternommen und eine Anti-Rattenkampagne („Don't feed the rats“) begonnen. Zudem müssen alle Mülleimer im Stadtgebiet nach und nach wind- und vogelsicher ausgerüstet werden.

Kunst und Kultur - Kiel als Kreativzentrum festigen

Kiel zeichnet sich durch eine vielfältige und spannende Kulturlandschaft aus, was nicht zuletzt der Verdienst unserer konsequenten Politik für den Ausbau der Kulturförderung und die Schaffung von Kulturarealen in Kiel ist.

Wir folgen damit dem Leitgedanken, dass Kunst und Kultur unverzichtbare Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens in Kiel sind und wesentlich zur positiven Entwicklung Kiels beitragen.

Die kulturellen Einrichtungen und Angebote in unserer Stadt zeichnen sich durch ihre künstlerische Qualität und Vielfalt aus. Sie sind ortsnah, identitätsstiftend, gleichzeitig weltoffen und international.

Sie geben den Menschen ein Gefühl von Heimat, fördern den sozialen Zusammenhalt und entfalten eine identitätsstiftende Wirkung. In einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Gegensätze und Desintegration wirken sie auf Teilhabe und den Austausch möglichst breiter Bevölkerungsschichten hin. Durch ihre grundsätzliche Offenheit für alle Lebenswelten leisten Kunst und Kultur einen wichtigen Beitrag für Toleranz und Integration. Die Vielfalt als Chance und Bereicherung für unser städtisches Leben zu sehen und zu erschließen, ist dabei unser Ziel.

Wir werden:

- neue, innovative, digitale Kunst fördern,
- Festivals für Film, Musik, Literatur und Kultur fördern,
- Kultur bei der Stadtplanung beteiligen,
- ein Kulturzentrum mitten in der Stadt schaffen, Erinnerungskultur stärken,
- die Museumslandschaft modernisieren,
- Kultur finanziell honorieren und
- die Clubkultur in Kiel verankern.

Kulturareale verankern

Wir werden das Konzept der Kulturareale fortführen, um die Rolle der Kultur im Stadtteil und bei der Quartiersentwicklung weiter zu stärken. Kulturangebote sind fester Bestandteil des Stadtlebens. Sie sollen im direkten Umfeld der Menschen verankert sein und sich mit anderen Angeboten wie Schulen, Stadtteilbüchereien, Kirchengemeinden, Volkshochschule, Musikschule etc. verbinden. Mit hauptamtlicher Unterstützung aus dem Kulturbüro der Stadt bilden die Kulturareale das Rückgrat der kulturellen Entwicklung Kiels.

Digitale Kultur etablieren

Für die zukunftsfähige und digitale Gestaltung unserer Stadt wollen wir die Chancen und den Ausbau immersiver (d.h. Realität simulierender) Medien nutzen. Hierfür bedarf es Investitionen in moderne Trends wie Virtual/Augmented Reality. Nicht zuletzt die Coronapandemie hat gezeigt, welche Chancen sich durch die Digitalisierung in den Kultureinrichtungen bieten und wie mit der Vermittlung von digitalen Inhalten ein breites Publikum, über Kiels Grenzen hinweg, angesprochen werden kann. So ist ein digitaler Stadtrundgang denkbar. Die Kultureinrichtungen sollen beim weiteren Ausbau digitaler Angebote seitens der Stadt Unterstützung erhalten. Darüber hinaus gibt es bereits Best-Practice-Beispiele, wie das Frequenzfestival oder die digitale Lichtershow, die wir unterstützen werden.

Unterstützen, was unsere Unterstützung braucht

Kiel hat eine vielfältige und ideenreiche Landschaft der bildenden Kunst und der Festivals. Wir werden in der nächsten Wahlperiode daran arbeiten, diese Vielfältigkeit weiter zu verstetigen und die Kooperation unter den einzelnen Initiativen bis hin zu gemeinsamen Veranstaltungs- und Festivalformaten weiter voranzubringen. Auch das Format „Museen am Meer“ möchten wir wiederbeleben und für alle interessierten Einrichtungen aus dem Stadtgebiet öffnen.

Ein besonderer Fokus liegt für uns auf der Stärkung der Kunst und Kultur in der Stadtplanung. Im Sinne einer Phase Null, also bevor die üblichen Stadtplanungsprozesse starten, wollen wir Künstler*innen den Raum geben, gemeinsam mit Anwohnenden an den Grundlagen für den weiteren Planungsprozess zu arbeiten.

Die Stadtgalerie soll zukünftig eine stärkere Rolle in der Koordination der Zusammenarbeit der Einrichtungen der bildenden Kunst spielen. Ziel muss es sein, Kiel als relevanten Ort der bildenden Kunst und somit den Kunstmarkt zu stärken.

Die kulturelle Zwischennutzung erfreut sich immer größerer Beliebtheit, deshalb wollen wir einen Zwischennutzungsfonds auflegen, der es möglich macht, dass auch weiterhin Zwischennutzungen möglich sind.

Der von uns vorgeschlagene Fonds für Kunst im öffentlichen Raum bildet eine wichtige Grundlage für die Finanzierung von künstlerischen Projekten im Stadtraum. Wir wollen diese Gelder zukünftig auch dafür nutzen, Künstler*innen-Honorare und größere Projekte für künstlerische Stadtgestaltung und temporäre Kunst im öffentlichen Raum zu unterstützen. Hierzu gehören aus unserer Sicht selbstverständlich auch Street/Urban Art und die Verstetigung des Street-Art-Preises.

Die Tätigkeit des eingesetzten Kunstbeirates für Kunst im öffentlichen Raum werden wir evaluieren und setzen uns für ein Büro für Kunst im öffentlichen Raum ein, das möglichst in Kooperation mit dem Berufsverband bildender Künstler*innen und der Muthesius Kunsthochschule etabliert wird und das Management für den Einsatz der Gelder für künstlerische Projekte übernehmen soll (Berliner Modell).

Wir brauchen in der Stadt Freiräume, in denen Kreativität und Vielfalt gelebt werden können. Deshalb unterstützen wir die neuen Festivalformate wie Futur 3, Kulturwochen, die kleinen Galerien und das Kulturschiff Freedom.

Kiels CINEMARE Festival sowie das Filmfest SH bieten eine Bandbreite an tollen Filmen, die es unbedingt zu unterstützen gilt.

Wir bekennen uns weiterhin dazu, den Anteil der Ausgaben für Kultur am Gesamthaushalt nicht zu verringern, was bedeutet, dass der Kulturhaushalt mindestens im gleichen Maße steigt wie der Gesamthaushalt. Wir streben an, mindestens den bundesweiten Durchschnitt des Anteils der Kulturausgaben am Gesamthaushalt zu erreichen.

Wir werden die institutionelle Förderung, genauso wie die Projektförderung, auch in der nächsten Wahlperiode an die Bedarfe anpassen, um eine erfolgreiche Arbeit der Kultureinrichtungen zu gewährleisten.

Kulturzentrum mitten in der Stadt einrichten

Die Kieler Stadtbücherei wollen wir zusammen mit der Volkshochschule im Sinne eines Kommunikationsortes stärker in die Stadtgesellschaft integrieren. Wir greifen dabei auf Konzepte wie in unserer Partnerstadt Aarhus (Dokk1) zurück, wo die dortige Stadtbücherei zu einem Lebens- und Veranstaltungsort mitten in der Stadt geworden ist.

Wir können uns vorstellen, dass das Neue Rathaus in diesem Sinne neu gestaltet wird und auch Stadtgalerie und Kulturforum dadurch in die neue Struktur eines kulturellen Zentrums in der Stadtmitte zentraler eingebunden werden. Gleichzeitig wollen wir dritte Orte in den Stadtteilen für attraktive Angebote, wie Bücherei, Volkshochschule, Bildende Kunst, Musik und Theater, öffnen.

Das Kulturzentrum soll ebenfalls als attraktives Angebot für freie Theater dienen, das sie als Probebühne, Auftrittsort, Lager für Fundus und Bühnenbild nutzen können.

Ebenfalls sollte aus unserer Sicht dort ein Angebot für die Förderung von Medienkompetenz beheimatet sein.

Kiel zum Klingen bringen

Musikalische Ausbildung als Teil der kulturellen Bildung ist für die Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig und bietet große Potenziale für die soziale Integration.

Deshalb werden wir uns dafür stark machen, dass die erfolgreiche Arbeit der Musikschule in vollem Umfang weitergeführt wird.

Gleichzeitig sehen wir einen großen Bedarf, die Möglichkeiten für Musiker*innen und Bands in Kiel auszubauen, also mehr Übungsräume und Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auch Zwischennutzungen für Proberäume für Musik und Theater mitgedacht werden.

Der professionelle Knotenpunkt für die Musikbranche in der Festung Friedrichsort soll weiter ausgebaut und unterstützt werden. Hierdurch kann u. a. eine stärkere Vernetzung geschaffen, die Weiterbildung zur Professionalisierung angeboten sowie die Bereitstellung einer professionellen Infrastruktur und vieles mehr gewährleistet werden.

Club- & Feierkultur in Kiel ausbauen

Neue städtische Veranstaltungsflächen sollen für nicht-kommerzielle Open Air- Veranstaltungen festgelegt werden (bspw. wie in Leipzig) und bestehende, wie der Bootshafen Sommer, Festival in der Festung Friedrichsort etc., fortgeführt werden. Clubs wie z. B. das Prinz Willy, Luna, Schaubude, Bunker etc. leisten einen wichtigen Beitrag für eine offene Gesellschaft und für ein breites kulturelles Angebot insbesondere für junge Menschen. In ihnen kann man alternative

Kunst und Kultur erleben und sich ausprobieren. Deshalb werden wir die clubkulturelle Vielfalt in Kiel politisch unterstützen. Wir wollen einen runden Tisch der Clubkultur initiieren, der sich mit Themen wie Racial Profiling, sexueller Belästigung in Clubs und auch den Folgen der Coronapandemie auseinandersetzt.

Wir wollen erreichen, dass die Unterstützung für alternative und experimentelle Kulturinitiativen weiter ausgebaut wird, damit Kiel seine Entwicklung zu einem innovativen Ort mit überregionaler Ausstrahlung weiter fortsetzt.

Wir werden die soziokulturellen Zentren in Kiel weiterhin fördern, um es ihnen auch in Zukunft zu ermöglichen, niedrigschwellige und generationsübergreifende Angebote machen zu können.

Schlossareal entwickeln

Das Kieler Schloss bietet sehr gute Chancen, als ein kultureller Magnet ausgebaut zu werden. Wir wissen aber, dass diese Entwicklung viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Unser Ziel für die nächste Wahlperiode ist es, dass ein Konzept hierfür erarbeitet wird, das in den darauffolgenden Wahlperioden umgesetzt werden kann. Solange sollen andere Entwicklungen in der Kulturlandschaft hierdurch nicht behindert werden.

Theater gut ausstatten

Wir stehen zu unserem Theater mit seinem tollen Angebot und werden auch in der nächsten Wahlperiode für eine ausreichende finanzielle Ausstattung sorgen. Wir unterstützen die Schaffung einer sechsten Sparte in Form des Konzertbetriebs im Konzertsaal.

Das Public Viewing zur Sommeroper und zum Sommertheater wollen wir weiterhin niedrigschwellig für alle Bewohner*innen zugänglich machen und die Übertragung möglichst in weiteren Kieler Stadtteilen sowie über Kiels Grenzen hinweg zeigen. Hiermit setzen wir den großen Erfolg fort.

Wir werden das Werkstattzentrum für das Theater umsetzen, um die Voraussetzungen für eine effiziente Neugestaltung des Opernhauses zu schaffen.

Neben der Schaffung eines Ortes für freie Theater im Kulturzentrum der Innenstadt (s. o.) werden wir die freie Theaterlandschaft gezielt weiter fördern. Dazu werden wir das Projekt Flächenbrand wieder aufleben lassen, Zwischennutzungen von leerstehenden Räumen ermöglichen und mit den Theatergruppen Möglichkeiten einer engeren Kooperation erörtern.

Erinnerungskultur & Museen - Kiel arbeitet auf

Wir möchten die Erinnerungskultur fördern. Kiel als Standort eines großen Militärhafens hat eine kriegerische Vergangenheit. Das historische Zentrum an der Ringstraße werden wir in seiner Arbeit unterstützen und darauf hinwirken, dass die Kooperation mit den verschiedenen Erinnerungsorten an Nationalsozialismus, Holocaust und Revolutionszeit Wirklichkeit wird.

Wir schlagen vor, das Format der Audiowalks auszuweiten, um den Stadtraum Kiel zum Erinnerungsort werden zu lassen.

Thema der Erinnerungskultur soll darüber hinaus zukünftig die Aufarbeitung des Kolonialismus sein. Hierfür werden wir uns für geeignete Projekte stark machen.

Wir setzen uns für die Umbenennung der Straßen Lüderitzstraße, Nachtigalstraße, Nettelbeckstraße, Wißmannstraße und Woermannstraße ein, da diese Straßen nach Personen benannt wurden, die mit Kolonialismus und Sklavenhandel in starkem Zusammenhang stehen.

Auch die demokratisch-revolutionäre Epoche in Kiel wollen wir weiter herausstellen. Mit dem Matrosenplatz am Bahnhof wurde in den letzten Jahren ein wichtiger Schritt gemacht. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Am 04.11.1918 versammelten sich die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats auf dem Wilhelmplatz und stellten ihre 14 Forderungen auf. Wenige Tage später am 09.11.1918 wurde in Weimar die erste Republik in Deutschland ausgerufen. Zur Erinnerung an den Versammlungstag wurde von der Stadt der Platz in „Platz der Republik“ umbenannt. Die Nationalsozialisten machten 1933 diesen Schritt rückgängig. Bis heute wurde diese Fehlentwicklung nicht korrigiert. Das wollen wir endlich nachholen. Dieser bedeutende Platz soll seinen demokratischen Namen wiederbekommen.

Das von uns mit auf den Weg gebrachte Konzept für die Neugestaltung der Museumslandschaft in Kiel wird in der nächsten Wahlperiode vorgelegt werden.

Darauf aufbauend, werden wir Vorschläge erarbeiten, wie die Museumslandschaft weiterentwickelt und die vielen Ideen für museale Angebote eingebunden werden können.

Künstler*innen mehr Platz verschaffen

Unsere kulturellen Einrichtungen sollen in die Lage versetzt werden, eine Ausstellungsvergütung zu bezahlen, um den Künstler*innen eine faire Vergütung zukommen zu lassen.

Wir werden weitere Mittel für die Stärkung von Soloselbstständigen vorschlagen, damit diese in Kiel eine realistische Chance haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und nicht in andere Städte abwandern müssen. Darüber hinaus setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen und soziale Absicherungen für Kunstschaffende ein.

Die kostengünstige Unterbringung von auswärtigen Künstler*innen auf Gastspielreisen ist für viele Kulturproduktionen ein immer größerer Kosten- und Kraftfaktor. Die kostengünstige Überlassung einer Immobilie für einen gemeinnützigen/genossenschaftlichen Träger zur preisgedämpften Vermietung werden wir prüfen.

Wir werden uns dafür stark machen, dass eine Atelierförderung in Kiel etabliert wird, die es Künstler*innen ermöglicht, geeignete Arbeitsräume für ihre Arbeit anzumieten. Sollte der Langseehof verkauft werden, weil die Sanierungskosten in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem späteren Nutzen stehen, werden wir den Verkaufserlös für die Schaffung und Förderung von Atelierräumen an anderer Stelle einsetzen.

Wir wollen Bauen und Kultur zusammen denken. Wir streben ein qualitatives Wachstum der Stadt unter Einbeziehung der Interessen der Kultur und durch Mitwirkung der Bürger*innen an. Trotz starken Flächendrucks für u. a. Wohn- oder Gewerbenutzung müssen in den Quartieren Flächen für Kultur vorgehalten werden. Hierzu müssen Räume für kulturelle Nutzungen frühzeitig in die Stadtplanungsprozesse implementiert werden, z. B. indem Erdgeschosse für gewerbliche und kulturelle Zwecke geplant werden.

Kunst auch international denken

Wir werden in der nächsten Wahlperiode darauf hinwirken, dass Kiel und seine Kulturinitiativen und -einrichtungen sich stärker an internationalen Kulturprojekten beteiligen und Fördermittel aus EU- und Bundesprogrammen hierfür einwerben. Damit sind internationale Ausstellungsprojekte, Künstler*innenaustausche, Musikfestivals, Projekte der Erinnerungskultur etc. gemeint.

Mit Kultur das Klima schützen

Der Anspruch, Kiel zu einer klimaneutralen Stadt zu machen, stellt auch eine Aufgabe für Kulturinitiativen und -einrichtungen dar, weshalb für alle Kulturräume Konzepte für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit (wie Zero Waste) erarbeitet werden sollen. Mittelfristig soll dieser Anspruch zur Auflage bei Förderungen werden und auch für die stadt eigenen Angebote verpflichtend sein. Wir wollen, dass neue Straßen und Plätze nicht mehr nach Personen benannt werden, sondern nach bedrohten oder bereits ausgestorbenen Tierarten – bevorzugt aus dem Meer. Auf diese Weise kann sich über die Zeit eine Art „Rundgang“ entwickeln, bei dem man in Kiel auf den Spuren der tierischen Meeresbevölkerung wandeln kann.

Eine Stadt für alle

Bei Umgestaltungen mit all ihren Veränderungen und Verbesserungen, kommt es darauf an, niemanden zu ignorieren, sondern alle Perspektiven mit in den Blick zu nehmen. Wir wollen Politik in einer offenen Atmosphäre machen, die Anregungen aufnimmt und Kritik konstruktiv begegnet. In diesem Rahmen wollen wir Bürger*innen ermöglichen, Verantwortung für ihre Umgebung und unser aller Stadt zu übernehmen.

Unser Ziel ist eine offene Stadt mit einem toleranten Klima für jegliche Hautfarbe, geschlechtliche Orientierung, kulturelle und/oder soziale Herkunft und Lebenssituation. Unsere Stadt soll eine Stadt der Chancen sein und wir wollen uns im Rahmen einer aktiven Stadtgesellschaft daran beteiligen, gläserne Decken abzubauen.

Eine kinderfreundliche Stadt ist eine lebenswerte Stadt. In diesem Sinne wird unsere Politik vorgehen. Physische oder kommunikative Barrieren, die Menschen beeinträchtigen, sollen in Kiel sobald wie möglich abgebaut sein. Von einer solchen Stadt profitieren nicht nur Menschen mit Einschränkungen, sondern alle (Familien, Kinder, Senior*innen...). Wir wollen die soziale Spaltung in unserer Stadt nach und nach auflösen. Das bedeutet zum einen, mehr Fokus auf Stadtteile mit höheren Armutsquoten zu legen und dort gezielt die Lebensqualität zu steigern. Das heißt aber auch, dass wir uns darum kümmern werden, die Wohnungspreise in Kiel so günstig wie möglich zu halten und unsere Möglichkeiten dafür auszubauen.

Wohnen ins Zentrum rücken

Wohnen ist DIE soziale Frage in der Stadt. Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen, bezahlbaren Wohnraum. Der Wohnungsmarkt versagt in vielen Städten in der Funktion, diesen bereitzustellen und kann auch in Kiel als in vielen Fällen dysfunktional bezeichnet werden. Wir wollen den Wohnungsmarkt umgestalten, ökologisch, sozial und nachhaltig.

Wir wollen die Einwohner*innen in den Mittelpunkt der Stadtplanung rücken und Wege innerhalb der Stadt verkürzen. Dafür wollen wir die Stadt in Quartieren denken und planen. Dadurch lässt sich das Leben in der Stadt besser und innovativer organisieren. Eine nachhaltige Stadtplanung besteht für uns auch aus einer effizienten Flächenpolitik und dem Einsatz ökologischer Bauweisen.

Wir werden:

- mehr Wohnungen in kommunale Hand geben,
- sei es durch Bau oder Kauf,
- eine höhere Bauquote für Sozialwohnungen einführen,
- keine öffentlichen Grundstücke mehr verkaufen,
- netto keine Fläche mehr versiegeln,
- mehr barrierefreie Wohnungen bauen,
- Obdach- und Wohnungslosigkeit bekämpfen und
- die Stadtentwicklung komplett neu denken.

Neubaugelbiet Holtenau Ost

Für das Neubaugelbiet Holtenau Ost (ehemaliges MFG-5-Gelände) wird eine Quote für den Wohnungsbau von 40% öffentlich geförderten Wohnraum festgeschrieben. Weitere 30% der Grundstücke werden, abgesichert durch entsprechende städtebauliche Verträge, mit „bezahlbarem Wohnraum“ bebaut, um Genossenschaften, Baugruppen und Bauvereinen in ihrem ökologischen und sozialen Auftreten zu stärken. Weiterhin wird in den entsprechenden Bebauungsplänen vorgeschrieben, dass alle Grundstücksvergaben ausschließlich in der Form des Erbbaurechts, des Wiederkaufsrechts oder einem qualifizierten Vorkaufsrecht erfolgen, um dauerhaftes Wohnen und die dazugehörige Quartiersentwicklung (abgesichert durch festgeschriebene Pflichten in städtebaulichen Verträgen) zu fördern.

Wohnen bezahlbar machen

Dem privaten Wohnungsmarkt darf die Bereitstellung von Wohnraum nicht alleinig überlassen werden. Aus diesem Grund haben wir in der vergangenen Wahlperiode die Kieler Wohnungsgesellschaft (KiWoG), eine Firma 100% im Eigentum der Stadt, gegründet. Bis allerdings die KiWoG ihre volle Wirkung tatsächlich entfalten kann, werden leider noch ein paar Jahre vergehen. Bis

einschließlich 2030 wollen wir 600 Wohnungen jährlich in den Besitz der KiWoG überführen. Dazu muss die Stadt nicht nur selbst bauen, sondern auch ihre Vorkaufsrechte ausüben, wie sie es bei der Problemimmobilie im Kirchenweg 34 erfreulicherweise gemacht hat, oder Neuwohnungsbestände wie Marthas Insel aufkaufen, um sozial verträgliche Mieten zu ermöglichen.

Grundsätzlich sollte die Kommune Zugriff auf mindestens genauso viele Wohneinheiten wie die größte privatwirtschaftlich organisierte Mietwohnungsfirma haben. Auf dem Weg dahin streben wir bis zum Jahr 2033 30.000 Miet-Wohneinheiten in der Hand gemeinwohlorientierter Institutionen an. Das schaffen Stadt und Land nicht allein. Wir werden diese Ziel nur gemeinsam mit den am Gemeinwohl interessierten Genossenschaften, gemeinwohlorientierten, selbstnutzenden Baugemeinschaften und Vereinen und gemeinwohlorientierten, privaten Investierenden erreichen. Gemeinwohl kann hier beispielsweise die Bereitschaft bedeuten, sich auf eine mindestens 35-jährige Bindungsfrist an bezahlbaren Wohnraum, gegebenenfalls geförderten sozialen Wohnungsbau, einzulassen. Unterstützungsmöglichkeiten sind hier der 1. und 2. Förderweg, die konsequent ausgeschöpft werden sollten.

Auffällig an Kiel ist die ungleiche Verteilung des sozial geförderten Wohnraums sowie der privat selbst genutzten Eigentumswohnungen oder Häuser. In 6 von 18 Ortsbeiratsbezirken gibt es keinen sozial geförderten Wohnraum. Dies führt zu starker Segregation. In Gaarden und Mettenhof leben über 50% der Kinder unterhalb der Armutsschwelle.

Um die Diversität in der Stadtgesellschaft zu fördern, gehören in jeden Ortsbeiratsbezirk sozial geförderter Wohnraum und Genossenschaftsbauten ähnlich dem Wiener Modell. Die KiWoG kann dabei eine Hilfe sein, insofern die Stadt in den sozialwohnungsfreien Ortsbeiratsbezirken gesetzliche Vorkaufsrechte ausüben kann. Als Weiteres müssen hier Bebauungspläne, falls vorhanden, auf ihre Gültigkeit und ihr Alter geprüft werden, um gegebenenfalls durch Aufhebung und Neuformulierung den Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau bzw. bezahlbarem Wohnen festzuschreiben.

Wir wollen den Anteil geförderter Wohnungen von Sozialindikatoren und dem Anteil bestehender Sozialwohnungen abhängig machen. Das bedeutet, wir möchten einen höheren Anteil besonders in Ortsbeiratsbezirken mit wenigen oder keinen Sozialwohnungen erreichen. Je nach Stadtteil möchten wir den Anteil auf mindestens 33% festschreiben. Auch wesentlich höhere Anteile sind für uns vorstellbar.

Zudem muss es mehr geförderten Wohnraum geben, der inklusiv ist. Wir wollen prüfen, ob dafür ebenfalls eine Quote sinnvoll ist. Neben mehr gefördertem Wohnraum brauchen wir mehr Wohnraum für Familien, barrierefreies Wohnen und mehr Wohnheime für Studierende und Azubis. Das Projekt des Studierendenwerks Wohnen für Hilfe unterstützen wir, es kann jedoch nur eine Ergänzung sein und keine Lösung.

Die Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnung ist bisher in Kiel kein großes Problem. Wir werden darauf ein Auge haben und gegebenenfalls eine Verordnung, die das Zweckentfremden von Wohnraum sanktioniert, einführen.

Mit alledem wird die städtische Wohnraumentwicklung steuerungsfähiger. Aber auch derzeit ist die Stadt stark genug, in robuste Verhandlungen mit Investor*innen zu gehen und diese Quoten einzufordern. Auf der anderen Seite muss sich die Stadt mit Investor*innen und Projekten, die gemeinnützig bauen wollen, stärker vernetzen und diese fördern. Die Stadt Kiel soll sich für eine bundesweite Mietpreisbremse einsetzen.

Aktive Bodenpolitik einführen

Im Zuge einer sozialen Wohnungspolitik wollen wir auch eine aktive Bodenpolitik betreiben. Grundsätzlich möchten wir keine weiteren Grundstücke, wie zum Beispiel die auf dem MFG-5 (Holtenau Ost), „auf ewig“ veräußern, bis wir auf 50% aller bebaubaren Grundstücke gestaltenden Einfluss haben. Wir wollen diese dauerhaft im Besitz der Stadt halten oder durch entsprechend gestaltete Rückfallrechte nur zeitweise Dritten überlassen. Hier schlagen wir vor, Privaten die Nutzung bis zu 33/50 Jahre vertraglich zuzusichern. Gleiches gilt für Gewerbegrundstücke. Instrumente wie die Erbpacht (Erbbaurecht) oder das bei dem Verkauf preislich festgeschriebene Wiederkaufsrecht sind zwei geeignete Möglichkeiten. Zwei weitere sind das gesetzlich eingetragene Vorkaufsrecht und ein Heimfallrecht an die Kommune bei Insolvenz der Vertragspartei. Solche und ähnlich praktikable Vertragsformen führen bei entsprechender Gestaltung zu einem zukunftsfesten, generations- und einkommensgerechten revolving System der Wohnnutzung unter weitestgehendem Ausschluss von Spekulation. Dies wollen wir in Bebauungsplänen festschreiben und bei §34-Anfragen durch vertragliche Anforderungen (gestaltet durch Konzeptausschreibung) an die Genehmigung erreichen. Im Ergebnis werden so die gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen gestärkt und gefördert.

Flächen effizient und daher ökologisch nutzen

Wohnraum ist knapp, aber ebenfalls Fläche, die zur Bebauung geeignet ist. Fläche hat zudem nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Komponente. Städte sind ökologisch betrachtet tendenziell Karstflächen mit gestörten Grundwasserkörpern und sich im Sommer erhitzenden und im Winter schnell erkaltenden (wenn sie denn nicht mit Energie beheizt werden) Gesteinsformationen. Umgeben von landwirtschaftlich nutzbaren und ökologisch und klimarelevanten Landschafts- und Naturschutzgebieten verbietet sich eine weitere Flächenversiegelung im Außenbereich. Deshalb lehnen wir z. B. die Bebauung der Fläche Suchsdorf-West konsequent ab.

Auch innerhalb der Stadt darf nicht noch mehr Fläche versiegelt werden. Es ist sinnvoll, bereits versiegelte Flächen mit einer höheren Wohnnutzung zu belegen. Dazu sind ein städtebaulich verträglich angepasster Bau in die Höhe, eine Aufstockung vorhandener Häuser, wie auch das Überbauen von Supermärkten oder aufgeständerter Neubau über Parkplätzen, erstrebenswert. Außerdem setzen wir uns für eine feste Entsiegelungsquote für Parkplätze ein. Die Umwandlung von wenig genutzten Büroräumen (aufgrund einer Entwicklung hin zum Homeoffice) wäre eine weitere Möglichkeit der zügigen Wohnraumgewinnung. Auch die Überbauung einzelner Stichstraßen ist für uns vorstellbar. All dies sind relativ kostengünstige Möglichkeiten der Schaffung neuen Wohnraumes im Rahmen einer geordneten, ökologisch angepassten Innenverdichtung. Hierfür braucht es ein Update des Wohnbauflächenatlas.

Zusätzlich zu Flächen, die wir entwickeln wollen (z. B. MFG-5-Gelände), wollen wir die Nachverdichtungs- und Entsiegelungspotenziale der bisher untergenutzten Plätze im Innerstädtischen nutzen. Die Aufenthaltsqualität von innerstädtischen Flächen wie dem Wilhelmsplatz, Exerzierplatz, Europaplatz oder Blücherplatz, soll deutlich gesteigert werden.

Dafür setzen wir auf Neuordnungskonzepte, bei denen die Entsiegelung, weniger Parkplätze und mehr Begrünung, z. B. in Form von Urban Gardening, im Zentrum stehen. Die Möglichkeit der Nutzung als Wochenmarkt soll erhalten bleiben. Gleichzeitig dürfen keine Grünflächen bebaut werden. Sollte eine Versiegelung notwendig sein, dann muss an anderer Stelle im Stadtgebiet Fläche entsiegelt werden. Die vorhandene Fläche muss effektiver genutzt werden. Die Begrünung von (Park-) Plätzen kann ausgleichend wirken. Gründächer und -fassaden können zwar ergänzend zu Ausgleichsflächen einen klimapositiven Effekt haben, aber aufgrund mangelnder Versickerung keine Ausgleichsflächen sein. Der Überplanung und Bebauung ökologischer Ausgleichsflächen werden wir in Zukunft stärker entgegenwirken.

Wir verbrauchen seit Jahren immer mehr Wohnraum pro Kopf. Ein Grund dafür ist, dass alleinstehende Senior*innen in großen Wohnungen - oft nicht barrierefrei - leben. Das ist verständlich, da es häufig keinen passenden Wohnraum im gleichen Quartier gibt. Hier wollen wir Abhilfe schaffen, indem wir vermehrt barrierefreie inklusive Mehrgenerationenhäuser und -wohngemeinschaften bauen wollen. Projekte, die solchen Wohnraum schaffen, möchten wir fördern. Wir möchten die Verwaltungseinheit des Quartiers schaffen und sie planerisch etablieren (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Dazu gehört für uns auch die Schaffung sogenannter Quartiersmanager*innen. Diese können steuernde Funktionen bei Umzügen innerhalb des Quartiers übernehmen. Auch Wohnungstauschbörsen können von dieser Stelle angestoßen werden.

Als Grüne stehen wir alternativen Wohnformen wie Tinyhaus-Projekten oder Bauwagensiedlungen positiv gegenüber, wenn sie Ziele wie bezahlbaren Wohnraum, Reduzierung des Flächenverbrauchs oder Klimaschutz verfolgen. Insofern unterstützen wir weiterhin die Suche nach

geeigneten Flächen für Bauwagensiedlungen. Für die Wagengruppe „Schlagloch“ im Konkreten soll eine Möglichkeit der Duldung auf einer von allen Beteiligten als geeignet empfundenen Fläche erfolgen. Zudem setzen wir uns für notwendige rechtliche Änderungen zur Vereinfachung dieser Wohnkonzepte wie eine Änderung des Bundeskleingartengesetzes und der Landesbauordnung ein. Es sollen verzichtbare bürokratische Hürden überprüft und abgebaut sowie Ausnahmeregelungen getroffen werden. Generell ist Geschosswohnungsbau im innerstädtischen Bereich zu bevorzugen.

Selbstverständlich muss der Neubau wie die Sanierung von Wohnraum energetisch und klimagerecht erfolgen. Dadurch wird Bauen zwar kurzfristig teurer, aber noch teurer ist – langfristig gesehen –, nicht klimaneutral zu bauen (siehe Kapitel Bauen klimafreundlicher gestalten). Daher muss geprüft werden, ob modularer Wohnungsbau - wie beispielsweise das Kieler Modell - die Baukosten senken kann.

Obdach- und Wohnungslosigkeit verhindern

Wir stehen für ein uneingeschränktes Recht auf Wohnen. Das heißt für uns auch, dass Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit, sofern nicht freiwillig, verhindert werden müssen. Für uns ist klar, dass zuallererst diese Menschen in Wohnungen kommen müssen (Housing first), um sie dann mit unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten weiter versorgen zu können. Dazu muss die Stadt vermehrt Wohnungen in eigenem Besitz haben und diese für Obdach- und Wohnungslose vorhalten. Zusätzlich werden wir uns in Zukunft am Karlsruher Weg orientieren, das heißt, obdachlose Menschen an Hauseigentümer*innen mithilfe von Mietgarantien vermitteln. Vermittelte Wohnungen sollen dabei in allen Stadtteilen akquiriert werden und sich nicht nur auf einige wenige konzentrieren.

Das Wohnungslosenkonzept der Stadt Kiel wollen wir in Zusammenarbeit mit den sozialen Träger*innen der Wohnungslosenhilfe in Hinblick auf das gerade Geschriebene hin evaluieren und anpassen.

Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung

Die Stadt ist für die Menschen da. In Städten leben viele Menschen auf wenig geografischer Fläche. Sie wohnen und arbeiten hier, sie leben hier, genießen die kulturellen Angebote und versorgen sich, gestalten Freizeit. Ja, sie machen Urlaub in der Stadt.

Allerdings ist die Stadt, insbesondere das Kiel von heute, noch immer geprägt vom Mantra der autogerechten Stadt. Für die Einwohner*innen entwickeln sich erst sehr langsam offene Räume.

All diese Räume konkurrieren mit dem „Parkplatzhunger“ und dem durch das Auto geprägten motorisierten Individualverkehr im Straßenraum. Uns ist bewusst, dass das Auto auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. Die jetzige Nutzung von Pkw ist jedoch höchst ineffizient und der Platz in der Stadt zu wertvoll. Wir meinen deshalb, dass der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Wohnen, Mobilität, Arbeiten und Aufenthaltsqualität wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt werden muss. Alle Verkehrsmittel und Wegebeziehungen müssen zusammen gedacht und Wege verkürzt werden, sodass alle Wege des täglichen Lebens in 15 Minuten zu erreichen sind. Wir möchten eine Stadt, in der sich alle Menschen sicher und wohlfühlen. Entsprechend müssen unsere Quartiere anders gedacht, das Wohnen und Arbeiten organisiert werden. Mit dem Mensch im Mittelpunkt gewinnen alle in der Stadt.

Im Zuge von Klimakrise und sozialen Verwerfungen müssen und wollen wir die Stadt der Zukunft neu denken. Damit dies gelingt und alle Menschen mitgenommen werden können, müssen wir die Strukturen der Stadt neu denken. Wir möchten die Stadt in Quartieren denken. Quartiere sind für uns kleinere, z. T. historisch gewachsene Einheiten, die auch von den Menschen vor Ort als „ihr“ Kiez, als „ihr“ Quartier wahrgenommen werden. Daher kann es auch keine vorgefertigte Größe für Quartiere geben. Wir wollen unter Beteiligung aller Menschen ganz Kiel in Quartiere einteilen und diese auch als Verwaltungseinheit verankern. Dazu braucht es einen groß angelegten Beteiligungsprozess gemeinsam mit den Ortsbeiräten. Das Ganze soll mit Quartiersfesten flankiert werden. Diese Quartierszentrierung soll auf der einen Seite auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen (barrierearm/-frei, altersgerecht, energieeffizient, nachbarschaftlich) besser eingehen können und zum anderen die Identifikation und das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem eigenen Quartier erhöhen. Höhere Identifikation und Verantwortung steigert die Beteiligung der Menschen, die Zufriedenheit und den sozialen Zusammenhalt und reduziert Probleme wie z. B. Vandalismus und Vermüllung. Es müssen Konzepte überlegt werden, wie weniger engagierte Nachbarschaften sich wirklich beteiligen.

Jedes Quartier wird von einer* einem Quartiersmanager*in (früher: Kümmer*in) betreut, die*der sich um die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort kümmern soll. Zudem sollen sogenannte Quartiershäuser oder Community Center entstehen, die Anlaufstellen für Begegnungen, aber auch für Dienstleistungen wie Reparatur-Werkstätten und Sharing-Dienste sein sollen. Hierbei können die bestehenden Stadtteilbüros und Anlaufstellen Nachbarschaft integriert werden.

Die Quartiere der Zukunft dürfen nicht nur reine Wohnquartiere sein, sondern Arbeits- und Lebensraum, damit das Leitbild der 15-Minuten-Stadt Wirklichkeit werden kann. In der 15-Minuten-Stadt der Zukunft können alle wichtigen Orte wie Arbeitsplätze, Coworking Spaces, Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Ärzte, Ruheorte, Parkanlagen, Kultur- und Sportangebote innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Rad erreicht werden. Das heißt für uns auch, dass Wohnen in Gewerbegebieten möglich sein muss. Diese Dezentralität macht kurze Wege möglich, bringt Lebensqualität und Sicherheit und verhindert Staus. Dadurch wird in der Stadt

nicht nur Verkehr verringert, sondern sie wird auch kinder- und senior*innenfreundlich (siehe Kapitel Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Kinder und Jugendliche garantieren). Durch weniger Pkw-Verkehr können sich Kinder sicherer zu Fuß und mit dem Rad fortbewegen und ältere Menschen bekommen mehr Raum für Pausen und können einen Großteil ihrer Besorgungen im direkten Umfeld erledigen. Auch Menschen in Carearbeit können so kürzere Wege zurücklegen, was ihren Alltag erleichtert. Gleichzeitig wird damit die lokale Wirtschaft gestärkt. Die 15-Minuten-Stadt ist kein Projekt, das sich in wenigen Jahren umsetzen lässt. Hier ist ein Umdenken in allen Bereichen der Stadtverwaltung notwendig, um sukzessive Orte des Alltags zu dezentralisieren. Bei jedem Neu- und Umbauprojekt muss in Zukunft die 15-Minuten-Stadt mitgedacht werden.

Die Stadtplanung in den vergangenen Jahrzehnten hatte insbesondere Pendler*innen im Blick, damit diese möglichst schnell von A nach B kommen. Dies hatte breite Straßen zur Folge, um Autos eine möglichst fließende Fahrt mit hohen Geschwindigkeiten zu ermöglichen. Dies hat sich in den vergangenen Jahren bereits angefangen zu verändern. Trotzdem muss der Blick noch mehr auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen gerichtet und in das Zentrum der Stadtplanung gerückt werden. Das bedeutet, dass zuallererst Wege für Fußgänger*innen in einer integrierten Stadtplanung berücksichtigt werden müssen und die soziale Funktion des Raums gefördert werden muss. Besonders während der Coronapandemie wurde ersichtlich, wie wichtig ein lebenswertes Quartier mit Aufenthaltsqualität und Freiräumen ist.

Beim Neubau von Quartieren möchten wir diese entsprechend autoarm planen. Dazu soll ein Stellplatzschlüssel für Fahrradstellplätze eingeführt und die Möglichkeiten, Pkw-Stellplätze zu reduzieren (bspw. durch Carsharing), aktiv beworben und erweitert werden (bspw. durch eine Sprottenflotte-Station). Zudem sollen Autos nicht mehr auf der Straße Platz wegnehmen, sondern in eigenen Quartiersparkhäusern oder -tiefgaragen mit entsprechender Ladeinfrastruktur platzeffizient parken können. Solche Parkhäuser sind essenziell für die E-Mobilität, da nicht jeder heutige Parkplatz an der Straße mit einer Ladesäule ausgestattet werden kann. Autoverkehr soll um die Quartiere geleitet werden, um die Sicherheit und die Lebensqualität zu verbessern. Als Vorbild können die sogenannten Superblocks in Barcelona dienen. Das alleine schafft Platz für Aufenthalts- und Begegnungsräume, also Grünflächen, Plätze, öffentliche Bücherschränke, Wickel- und Stillplätze, mehr öffentliche Toiletten, Spielflächen (nicht nur Spielplätze), Bänke, Sportplätze, Kunst im öffentlichen Raum, Fitnessgeräte oder Trinkwasserbrunnen. Fläche ist trotz alledem ein knappes Gut. Dennoch muss bei Planungen immer ein Grünflächenfaktor mitgeplant werden. Die vorhandene Fläche muss daher effizient genutzt werden. So dürfen Schulhöfe nicht den halben Tag lang ungenutzt bleiben oder Dächer nur als Dach genutzt werden. Wir wollen die Stadt nicht nur als Transitraum begreifen, sondern als Ort, wo wir uns gerne aufhalten.

In einer zukunftsfähigen Quartiersentwicklung ist die Implementierung von kulturellen Nutzungen unabdingbarer Bestandteil und sollte bei Planungsprozessen frühzeitig mit einbezogen werden. Hier bieten sich zum Beispiel Erdgeschosszonen an, um die soziale und kulturelle Belebung zu fördern und dem Quartier jeweils eine individuelle Identität zu geben. Diese Quartiere müssen so geplant sein, dass man dort alt werden kann, also barrierefrei und mit unterschiedlichen Wohneinheiten, sodass man je nach Bedürfnissen in eine kleinere oder größere Wohnung im Quartier umziehen kann. Dies zu organisieren, kann auch Aufgabe eines*iner Quartiersmanager*in sein. Wir wollen, dass die Arbeit von Pflege- und Gesundheitsdiensten auf das Quartier bezogen wird, um Menschen Hilfe anzubieten, wo sie wohnen (nach dem Bielefelder Modell).

Zudem müssen diese Quartiere klimaneutral gebaut und bestehende zu klimaneutralen Quartieren umgebaut werden (siehe Kapitel Bauen klimafreundlicher gestalten). Das Quartier mit seinen begrenzten Akteur*innen ist als Umsetzungsebene zwischen dem einzelnen Gebäude und dem Stadtviertel geeignet, im Verbund von Gebäuden und Infrastrukturen gegenüber Einzelgebäuden kostengünstigere, kosteneffiziente und innovative Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung zu realisieren.

Dafür benötigt das bestehende Integrierte Stadtentwicklungskonzept eine komplette Überarbeitung, um die Quartiersentwicklung in dem oben beschriebenen Sinne zu entwickeln.

Das MFG-5-Gelände bietet die Gelegenheit, das hier Skizzierte umzusetzen, aber auch auf Nachverdichtungspotenziale in der Innenstadt lässt sich unsere Vision anwenden. Im Zuge einer Neuzuschneidung von Ausschüssen und Dezernaten der Stadt möchten wir prüfen, ob es sinnvoll ist, den Bauausschuss neu zuzuschneiden, um die Quartiersentwicklung ganzheitlich zu betrachten.

Innenstadt attraktiv entwickeln

Im Sinne der eben skizzierten Vision von Quartiersentwicklung muss sich auch die Innenstadt wandeln, um wieder attraktiv zu werden. In den vergangenen Jahren hat sich viel Positives getan. So muss die Innenstadt weiter autoärmer werden, um Platz zum Flanieren und Verweilen zu schaffen. Im Sinne der 15-Minuten-Stadt sollen sich Geschäfte gar nicht mehr an einem Ort ballen, sondern über die Stadt verteilt sein. Zudem wird sich der Trend, im Internet einzukaufen, unabhängig davon, wie man dazu steht, nicht wieder rückgängig machen lassen. Daher muss auch vermehrt Wohnen in der Innenstadt und eine Nutzungsmischung forciert werden, damit auch abends die Innenstadt belebt ist. Deswegen braucht es in der Innenstadt (barrierefreien) Raum für kulturelle und gastronomische Angebote, Spielflächen und Grünflächen mit Aufenthaltsqualität, um Begegnungsräume zu schaffen. Wünschenswert wäre auch eine halböffentliche Nutzung des Erdgeschosses durch Coworking und Aufenthaltsräume.

Soziales – Zusammenhalt festigen

Kiel ist eine soziale Stadt mit einer vielfältigen Bevölkerung und das ist auch gut so. Wir wollen allen diesen vielfältigen Menschen Teilhabe ermöglichen. Teilhabe meinen wir in einem umfassenden Sinne. Das heißt also nicht nur, dass eine Person finanziell in der Lage ist, sich zu versorgen. Es heißt für uns, dass eine Person eigenständig am sozialen Leben in der Gesellschaft, sei es politische oder soziale Partizipation, kulturelle oder sportliche Aktivitäten oder ehrenamtliche Arbeit, teilhaben kann. Die zunehmende Spaltung in Arm und Reich schadet der Gesellschaft und dem Individuum.

Wir werden:

- soziale, kulturelle, digitale Teilhabe für alle sicherstellen,
- die Stadt barrierefrei umbauen,
- Kiel auf eine alternde Gesellschaft vorbereiten,
- und Ungleichheiten abbauen.

Armut bekämpfen

Armut zeigt sich häufig in einem Mangel an sozialer Teilhabe. Armut zieht oft schlechtere Bildungschancen nach sich. Armut beeinflusst die Möglichkeiten, geeigneten Wohnraum zu finden. Diese Probleme hängen teilweise zusammen und verstärken sich gegenseitig. Die Folgen widersprechen unserem Verständnis von Gerechtigkeit. Daher müssen wir das Thema Armut weiter intensiv angehen.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum – in allen Quartieren. Wir wollen dies über eine stärkere Sozialraumorientierung angehen. Da Sozialpolitik bereits beim Bauen und der Stadtplanung beginnt, widmen wir den Themen Wohnen und inklusive Quartiersentwicklung eigene Kapitel.

Eine Wohnung mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Stromsperren nur in Ausnahmefällen zulässig sind. Mit den Stadtwerken wollen wir im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen, wie die Grundversorgung für alle finanzierbar bleiben kann – damit keine Wohnung kalt bleiben muss.

Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es sehr schwierig für ALG II-Empfänger*innen, Wohnungen innerhalb der Mietobergrenzen (MOG) zu finden. Mietobergrenzen sind die Grenzen, die

eine Wohnung für einen ALG II-Bezieher*in maximal kosten darf. Das heißt, wenn die Person die Mehrkosten nicht trägt, muss sie ausziehen und findet im schlimmsten Fall keine Wohnung mehr – häufig wegen weniger Euro. Wir wollen daher zum einen, dass die Besonderheiten des Einzelfalls, die höhere Kosten als die Mietobergrenze rechtfertigen, einen höheren Stellenwert erhalten. Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld umziehen müssen. Sie sollen ihre Kraft dafür einsetzen können, z. B. durch eine Erwerbstätigkeit aus der Hilfebedürftigkeit herauszukommen, statt dass sich ihre Gedanken nur um einen möglichen Auszug und die Wohnungssuche auf einem angespannten Wohnungsmarkt drehen müssen.

Wir unterstützen eine Clearingstelle „Wohnungssuche“, in der Hilfebedürftige sich Unterstützung holen können, wenn sie eine Kostensenkungsaufforderung durch die Sozialverwaltung erhalten. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Kosten der Unterkunft in Zukunft zumindest anteilig übernimmt.

Studien belegen, dass dort, wo viel Armut herrscht, auch die Mobilität eingeschränkt ist. Ein vergünstigter ÖPNV ist daher eine notwendige soziale Maßnahme (siehe Kapitel Ticketpreise senken). Wir begrüßen das Teilhabechancengesetz und möchten uns dafür einsetzen, dass weiterhin viele Arbeitgeber*innen und Langzeitarbeitslose die daraus entstehenden Möglichkeiten zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nutzen. Wir begrüßen, dass auf Bundesebene die Sanktionierung bei Hartz IV ausgesetzt ist und wir fordern dies dauerhaft.

Für uns ist es wichtig, dass auch in Zeiten verschuldeter öffentlicher Haushalte nicht im Sozialbereich gespart wird, und wir setzen uns dafür ein, dass die freiwilligen Leistungen der Landeshauptstadt Kiel Bestand haben. Angesichts der vielen Krisen wollen wir prüfen, ob und wie bestimmte Angebote noch ausgebaut werden können. Wichtig und richtig ist hierbei, dass die Stadt in den vergangenen Jahren Förderung nach Bedarf und nicht mit der Gießkanne verteilt hat. Das heißt, dass Stadtteile mit hohem Bedarf auch mehr Förderung bekommen. Eine starke Wohn- und Sozialpolitik ist die beste Prävention gegen Kriminalität und Extremismus und insbesondere auch aktive Gesundheitsvorsorge.

Die Ausnutzung von Menschen in Notsituationen muss bekämpft werden, sei es auf dem Wohnungsmarkt (durch Überbelegungen), in der Sexarbeit oder anderswo. Illegale Wohn- und Beschäftigungsstrukturen bestehen auch durch das Ausnutzen von (EU-) Ausländer*innen.

Soziale Teilhabe ermöglichen

Bei Teilhabe darf es nicht nur um finanzielle Mittel gehen, sondern auch um Teilhabe bei Kultur, Bildung und Sport.

Besonders für Auszubildende, Studierende und junge Menschen unter 25 sollen Kulturangebote deutlich vergünstigt, idealerweise kostenlos, zugänglich sein. Stadtbüchereien möchten wir zeitlich länger nutzbar machen und als Dritten Ort stärken.

Besonders für Schulkinder kann dies ein Ort sein, wo sie zur Ruhe kommen und wo konzentriertes Arbeiten überhaupt erst möglich ist. Das Netz der Anlaufstellen Nachbarschaft (AnNa) hat sich in den vergangenen Jahren in den meisten Stadtteilen etabliert. Wir wollen die AnNas weiter unterstützen, sodass sie ihr Angebot ausbauen können. Weitere auch informelle Nachbarschaftsnetzwerke sowie Stadtteilstunden möchten wir fördern.

Teilhabe braucht auch Begegnungen im öffentlichen Raum. Eine inklusive Quartiersplanung kann diese Möglichkeiten erhöhen, indem öffentlicher Raum für Menschen nutzbar und attraktiv gemacht wird (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung).

Die aufsuchenden Hilfen können Menschen in schwierigen Lebenssituationen beim Wahrnehmen ihrer Teilhabe unterstützen. Besonders im Zusammenhang mit dem größer werdenden Problem der Einsamkeit sind (mit interkultureller Kompetenz ausgestattete) aufsuchende Hilfen ein Teil der Lösung.

Wir möchten das Angebot der aufsuchenden Hilfe stärken und die Verwaltung bitten, das Konzept weiterzuentwickeln. Die Projekte „Kids in die Clubs“ und „Senior*innen in die Clubs“ werden gut angenommen. Über „Kids in die Clubs“ können Kinder via „Kiel-Karte“/Bildungsgutschein vom Bund Gleichaltrige über den Sport kennenlernen, in andere Kulturen hineinschnuppern und ihre sprachlichen und sozialen Kompetenzen verbessern. Mit „Senior*innen in die Clubs“ haben wir eine ähnliche Möglichkeit auch für Senior*innen geschaffen, die aufgrund geringen Einkommens den Senior*innenpass der Stadt Kiel besitzen. Wir wollen dieses Projekt verstetigen. Sport im Verein bedeutet gerade für Menschen, die nicht oder nur sehr eingeschränkt am Erwerbsleben teilnehmen, eine Möglichkeit, in der Gemeinschaft Sport zu treiben und andere Menschen zu treffen. Wir wollen prüfen lassen, inwieweit auch (Früh-) Rentner*innen und andere Erwachsene mit sehr geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten können, Einsamkeit zu vermeiden und die Mitgliedsbeiträge für Sport in gleicher Form wie die der Senior*innen übernommen werden/erstattet zu bekommen (z. B. per Gutschein über das nettekieler Ehrenamtsbüro).

Stadt barrierefrei umgestalten

Barrierefreiheit heißt für uns nicht nur, dass man überall mit einem Rollstuhl hin- oder hineinkommt. Barrierefreiheit heißt für uns auch, dass Menschen egal welchen Alters und Bildungs-

standes selbstbestimmt und eigenständig Zugang zu öffentlichen Gütern und Infrastruktur bekommen. Dafür möchten wir, dass alle Informationen und Veröffentlichungen der Stadt Kiel in leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden. Von einer barrierefreien Stadt profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern alle.

Die am ehesten sichtbaren Maßnahmen zur Barrierefreiheit sind bauliche. Das gerade neu beschlossene Leitbild für Barrierefreiheit nennt diverse Maßnahmen und Empfehlungen, die wir umsetzen werden.

Konkret müssen alle Wahllokale einen barrierefreien Zugang haben. Konsequenterweise müssen alle Gehsteige an Straßenüberquerungen abgesenkt sein, wenn eine niveaugleiche Führung nicht möglich ist. Breite Straßen brauchen Verkehrsinseln, sodass alle die Straße sicher überqueren können. Wir fordern, dass die Mindestbreite laut Qualitätsstandards der Stadt Kiel für Fußwege von 2,5 m auf 3,0 m erhöht und sodann auch eingehalten wird. Dazu möchten wir bisher toleriertes (illegales) Gehwegparken abschaffen. Baustellen sind zu häufig ein Hindernis, weil die Barrierefreiheit nicht mitgedacht wird. Das möchten wir im Sinne des Leitbilds für Barrierefreiheit ändern. Wir werden weiter daran arbeiten und Mittel dafür bereitstellen, dass die Spielplätze barrierefrei und inklusiv werden. Die öffentlichen Grünflächen und Gehölze werden wir so barrierearm wie möglich ausgestalten.

Bushaltestellen müssen barrierefrei sein, auch für Blinde und Gehörlose. Dies sollte eigentlich bereits seit Anfang 2022 der Fall sein. Wir werden die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben deshalb beschleunigen. Die Stadt hat sich bereits auf den Weg gemacht, Gehwege für Blinde mit Blindenleitsystemen aufzuwerten.

Das unterstützen wir. Bei allen Umbauten von Geh- und Radwegen sollen deshalb Blindenleitsysteme weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch, dass Ampeln standardmäßig akustische Signale abgeben oder alternativ per Funktechnik mit speziellen Apps kommunizieren können, um die Ampelphase anzuzeigen. Auch Haltestellen und Busse wollen wir damit ausstatten. Besonders im Zusammenhang mit der Realisierung eines höherwertigen ÖPNVs (sprich Stadtbahn) muss die Barrierefreiheit mitgedacht werden.

Eine nicht bauliche Maßnahme ist die Barrierefreiheit in Bürger*innenangelegenheiten. Hier sollte es Möglichkeiten geben, offizielle Schreiben in leichter Sprache zu übersetzen. Dies geschieht bereits in Flensburg. Wir wollen mit unseren Nachbarn in Kontakt treten, um das auch in Kiel umzusetzen.

Zudem muss es mehr geförderten Wohnraum geben, der inklusiv ist. Wir wollen prüfen, ob dafür ebenfalls eine Quote sinnvoll ist. Weitere Abhilfe können sogenannte inklusive Mehrgenerationenhäuser und auch -wohngemeinschaften sein. Projekte die solchen Wohnraum schaffen

wollen, möchten wir fördern (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung).

Kiel fit machen für eine alternde Gesellschaft

Von einer senior*innenfreundlichen Stadt („age-friendly city“) profitieren alle. Sie ist eine Stadt der kurzen Wege, sie nimmt also alle Formen der Mobilität gleichberechtigt in den Blick. Das heißt konkret, ein gut ausgebauter und bezahlbarer ÖPNV, eine erreichbare Nahversorgung, Gehwege, die gut und sicher benutzbar sind, und mehr Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wie Sitzgelegenheiten (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung).

Wir brauchen wohnbaulich durchmischte Quartiere, sodass ein Umzug in eine kleinere Wohnung innerhalb des Quartiers möglich ist. Viele ältere Menschen, die alleine in großen Wohnungen leben, würden umziehen, wenn sie dafür ihr Quartier nicht verlassen müssten. Auch Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften können hier Abhilfe schaffen, ebenso wie das Projekt Wohnen für Hilfe des Studierendenwerks. In diesem Projekt erhalten Studierende günstig Wohnraum zur Untermiete und im Gegenzug verpflichten sie sich zur Hilfe im Alltag des*der Senior*in.

Ein Quartiersmanagement, das Wohnungen verwaltet und so passgenaue Angebote an Senior*innen macht, ist hier vonnöten. Auch die Möglichkeiten des Tausches von Wohnungen müssen geprüft werden. Dafür braucht es Personal in der Verwaltung.

Beim Bau von Wohnungen muss auf Barrierefreiheit geachtet werden, damit Wohnungen auch bis ins hohe Alter genutzt werden können. Hierbei können Gebäude nach dem sogenannten Kieler Modell gebaut werden. Diese lassen sich schnell Umrüsten für verschiedene Wohnbedürfnisse.

Wir wollen prüfen, inwiefern älteren Wohnungs- und Hausbesitzer*innen im Rahmen einer Rückwärtshypothek eine Leibrente angeboten werden kann, die einen Übergang privaten Eigentums in städtisches Eigentum zum Vorteil für beide Seiten ermöglicht.

Ein häufig auftretendes Problem, nicht nur bei Senior*innen, ist Einsamkeit. Hier braucht es niedrigschwellige Gesprächsangebote. Wir wollen prüfen, ob präventive Hausbesuche durchführbar sind, um Menschen diese Angebote zu unterbreiten. Diese präventiven Hausbesuche müssen von professionellen Kräften, die nicht nur Pflegeerfahrung, sondern auch psychosoziale Kompetenzen besitzen, erfolgen. Sie können im persönlichen Gespräch ein offenes Ohr für die Sorgen und Wünsche der Senior*innen haben und Fragen der Alltagsbewältigung, Wohnraum-anpassung, Mobilität, Pflege oder eben auch zum Thema Einsamkeit beantworten. Auch Anlauf-

stellen Nachbarschaft spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Wir wollen, dass die Arbeit von Pflege- und Gesundheitsdiensten auf das Quartier bezogen wird, um Menschen Hilfe anzubieten, wo sie wohnen (community healthnursing). Dies gilt besonders für Menschen mit Demenz. Viele von ihnen werden zuhause von ihren Angehörigen betreut und gepflegt. Eine Assistenz kann ihnen Entlastung im Alltag bieten und ermöglicht einen entspannten Einkauf oder freie Zeit für die eigenen Bedürfnisse. Auch auf ältere Menschen abgestimmte psychologische Angebote müssen ausgebaut werden.

Digitale Teilhabe sicherstellen

Digitale Teilhabe ist nicht nur ein Thema für ältere Menschen. Die digitale Spaltung geht auch entlang von Haushaltseinkommen. Die Digitalisierung bietet aber auch große Chancen für die Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigung. So sollten digitale Führungen in städtischen Museen oder digitale Stadtführungen barrierefreie Zugänge zu Kultur ermöglichen.

Wenn die Stadt Kiel noch mehr digitale Angebote schafft, dürfen die Bürger*innen nicht damit allein gelassen werden. Wir fordern präsenze Anlaufstellen in jedem Stadtteil, die bei digitalen Anträgen helfen und auch nachhaltig befähigen können. Ein Zwischenschritt oder sogar eine Verknüpfung kann die Errichtung von digitalen Knotenpunkten sein. Digitale Knotenpunkte sind im Quartier etablierte Orte, an denen Bürger*innen niedrigschwellig zusammenkommen können, um neue Technologien auszuprobieren und sich auszutauschen. Die Stadt Kiel soll in jedem Stadtteil mindestens einen digitalen Knotenpunkt (beispielsweise in den Anlaufstellen Nachbarschaft oder den von uns geforderten Quartiershäusern) errichten und dem Netzwerk des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein (MELUND) beitreten. So wird Medienkompetenz für Junge und Junggebliebene vermittelt und dem sogenannten Digital Divide entgegengewirkt. Damit Kinder und Jugendliche mit der Digitalisierung und einem Medienkompetenzverständnis aufwachsen können, soll sich die Stadt um die Ausschöpfung des Digitalpakts Schule bemühen und die Schulen mit Hardware ausstatten. Overheadprojektoren und Röhrenbildschirme auf Rollen sollen der Vergangenheit angehören (siehe Kapitel Schule digitalisieren).

Ein schneller Internetanschluss gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

Offene Gesellschaft stärken

Kiel ist eine weltoffene Stadt. Das hat sie nicht nur in den Jahren 2015 und 2022 bewiesen, als Kiel viele vor Krieg und Vertreibung flüchtende Menschen aufgenommen hat. Inzwischen haben circa 28% der in Kiel lebenden Menschen eine Migrationsgeschichte. Von diesen vielfältigen Perspektiven profitieren wir als Gesellschaft.

Wir werden:

- die Beteiligung von Migrant*innen durch Selbstorganisation stärken,
- die Zuwanderungsbehörde ertüchtigen,
- den Hochschulstandort für ausländische Studierende weiter attraktiv gestalten,
- Rassismus und jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen und
- diskriminierungssensible und interkulturelle Bildungsangebote fördern.

Migrant*innen bei der Organisation unterstützen

Die Kieler Stadtgesellschaft ist eine Einwanderungsgesellschaft. Zentral für die Gestaltung dieser brauchen wir die Migrant*innenselbstorganisationen, Verbände und Vereine und die Verwaltung. Viele Ehrenamtliche helfen mit und unterstützen nach Kräften.

Um kleine Vereine und Verbände zu stärken, setzen wir uns für ein Haus der Vielfalt ein. Ein Haus der Vielfalt stellt ein Zentrum dar, in dem Vereine Räumlichkeiten und Infrastruktur für Veranstaltungen nutzen können, aber auch zum Arbeiten und Treffen (Coworking). Wir definieren dabei Vielfalt in einem breiten Sinne, also über die geographische Herkunft hinausgehend. Das Forum für Migranten und Migrantinnen arbeitet an einem Konzept zur Ausgestaltung eines solchen Hauses. Wir begleiten das Forum für Migrant*innen konstruktiv (und umgekehrt).

Sollte das Forum beschließen, sich zu einem Beirat umwandeln zu wollen, unterstützen wir das Forum dabei. Leider ist das Forum derzeit die einzige Möglichkeit für Migrant*innen ohne deutschen Pass, sich politisch einzubringen. Solange ein Wahlrecht für Ausländer*innen rechtlich nicht umsetzbar ist, unterstützen wir eine rasche Einbürgerung – sofern gewünscht – und werben dafür, sich einbürgern zu lassen (siehe Kapitel Menschen ohne Wahlrecht beteiligen).

Zuwanderungsbehörde bürger*innennah aufstellen

Erste Ansprechpartnerin für Menschen mit ausländischem Pass, die einen Anteil von circa 13% in Kiel ausmachen, ist die Zuwanderungsbehörde (Immigration Office). Durch den Umzug ins Neue Rathaus ist mehr Platz, um das dringend benötigte Personal einzustellen. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode neue Stellen für ein Welcome Desk geschaffen, wo kleinere Fragen ohne Termin beantwortet werden können. Die Fluktuation und das Fehlen des Personals führt dazu, dass es viel zu lange dauert, bis Termine vergeben werden (teilweise ein halbes Jahr), zu massiver Überarbeitung der Mitarbeiter*innen. Es muss dringend eine Einstellungsoffensive gestartet werden. Die Arbeit in der Zuwanderungsabteilung muss attraktiver werden. Wir wollen im Dialog mit dem Personal einen Prozess starten, die Arbeitsbedingungen zu evaluieren und Verbesserungen auf den Weg bringen. Wir bitten das Land, einen Runden Tisch mit den Zuwanderungsbehörden im Land zu starten, wie diese von Best Practices in anderen Kommunen profitieren können.

Weiterbildungsmaßnahmen und Supervision helfen sowohl den Mitarbeiter*innen als auch den Menschen, die dort eine Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen. Wir wollen die sprachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen stärken sowie die Zusammenarbeit mit einem Dolmetscher*innen-Pool verbessern und prüfen, inwieweit eine permanente Verfügbarkeit vor Ort sichergestellt werden kann. Wir wollen auch, dass Fortbildungen zu antirassistischer und diskriminierungssensibler Kommunikation in der Zuwanderungsbehörde verpflichtend werden.

Viele Abläufe könnten durch eine Digitalisierung vereinfacht und beschleunigt werden, das gilt nicht nur für die Zuwanderungsbehörde. Die digitale Terminvergabe muss Standard werden. Wir wollen, dass externe Dienstleister*innen wie Sicherheitsunternehmen oder Dolmetscher*innen in der Zuwanderungsbehörde besser in die Verwaltung integriert werden.

Geflüchtete willkommen heißen

Kiel hat wie bereits im Jahr 2015 auch im Jahr 2022 große Aufnahmebereitschaft gezeigt und viele vor Krieg und Vertreibung fliehende Menschen willkommen geheißen. Hier wurde Herausragendes von Verwaltung und Stadtgesellschaft geleistet. Kiel ist Teil des Bündnisses „Sicherer Hafen“. Das heißt, wir setzen uns dafür ein, Flüchtende aufzunehmen – über die bestehende Verteilungsquote (Königsberger Schlüssel) hinaus. Wir werden uns auch weiterhin auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Kommunen, die Aufnahmebereitschaft zeigen, freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen dürfen.

Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Das Ziel ist eine Überleitung in dezentrale Unterkünfte spätestens nach vier Monaten. Der Krieg in der Ukraine zeigt,

dass dennoch immer wieder Gemeinschafts- und Notunterkünfte benötigt werden, in denen die Menschen aufgrund der angespannten Lage im Wohnungsmarkt auch nicht nur eine kurze Zeit verbleiben. Wir wollen, dass alle kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte guten Unterbringungsstandards entsprechen. Das heißt für uns: Privatsphäre, Gemeinschaftsräume, eine sichere und ansprechende Umgebung sowie eine qualitative Betreuung. Wir verpflichten uns, für alle Unterkünfte ein Gewaltschutzkonzept vorzulegen und stetig zu überprüfen und dabei insbesondere die Vorgaben der Istanbul-Konvention zu berücksichtigen. So mussten kurzfristig weitere Kapazitäten für die Unterbringung geschaffen werden. Die Belastung in Sammelunterkünften zu leben, treibt einige Menschen dazu, dubiose Angebote von Vermieter*innen anzunehmen, sodass es zu Ausbeutungssituationen kommt.

Die Betreuungs- und Versorgungsinfrastruktur für Geflüchtete wollen wir sicherstellen. Wichtig sind vor allem die Sprachkurse. Hier wollen wir ausreichend Angebote für Sprachkurse mit einer niedrigschwelligen Kinderbetreuung schaffen. Gemeinsam mit den Sprachkursanbieter*innen wollen wir überlegen, wie wir ausreichend Lehrpersonal sicherstellen und wo wir in geeigneten Fällen digitale Angebote fördern können, um noch mehr Menschen zu erreichen.

Die Träger AWO, Diakonie, Caritas und Christlicher Verein leisten unverzichtbare Arbeit. Wichtig sind hierbei passgenaue Angebote für psychologische Betreuung, Bildung, Spracherwerb, queere Geflüchtete, Kinder und Jugendliche und Angebote, die die Integration erleichtern. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die Finanzierung für die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten e. V. (ZBBS) gesichert und erhöht. Eine gelungene Aufnahme durch die Gesellschaft lohnt sich auf lange Sicht immer für beide Seiten, das Individuum und die Gesellschaft.

Die Gesundheitsversorgung auch von Menschen ohne gültige Ausweispapiere muss gewährleistet sein.

Internationale Studierende anziehen

Die Hochschulen in Kiel ziehen erfreulicherweise viele internationale Studierende an. Diese möchten wir von kommunaler Seite aus unterstützen. Dafür brauchen wir in Kiel mehr Studierendenwohnheime und eine effektive und bürger*innennahe Verwaltung (siehe Kapitel Zuwanderungsbehörde bürger*innennah aufstellen).

Rassismus und jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen

Wir sehen Armut und die Spaltung in Arm und Reich als Nährboden für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Daher ist eine starke Sozialpolitik, die Armut und Ungleichheit bekämpft, die beste Prävention gegen Rassismus und Rechtsextremismus (siehe Kapitel Soziales – Zusammenhalt stärken). Dort, wo Prävention zu spät kommt, muss Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aktiv bekämpft werden. Wir stehen hier Seite an Seite mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Wo diese Akteur*innen fehlen, kann sich Rechtsextremismus ungestört ausbreiten. Präventions-, Antidiskriminierungs-, (außerschulische) Bildungs- und Aussteigerprojekte möchten wir fördern.

Rechtsextremismus wird dort gestärkt, wo demokratische Kräfte mit seinen Akteur*innen zusammenarbeiten. Wir arbeiten nicht mit Rechtsextremen zusammen – sei es im Rat oder anderswo.

Wir möchten prüfen, ob an Schulen Awareness-Teams eingerichtet werden können und damit Schüler*innen und Lehrer*innen für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sensibilisiert werden können. Schulsozialarbeit wollen wir auch zu diesem Zweck weiter stärken (siehe Kapitel Schulen diskriminierungsfrei gestalten).

Zudem möchten wir diskriminierungssensibilisierende Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiter*innen fördern. Aber nicht nur offener und/oder gewalttätiger Rassismus ist eine Gefahr, sondern auch der alltägliche Rassismus, der Menschen ungleich behandelt. Besonders auffällig ist dies auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, auf dem Menschen mit sichtbarer Migrationsgeschichte starke Nachteile haben. Häufig wissen Menschen nicht, dass ihre Rechte einklagbar sind. Wir ermutigen daher Menschen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu klagen. Damit Menschen sich ihrer Rechte bewusst werden und empowered werden können, diese wahrzunehmen, möchten wir Rechtsberatungen fördern.

Wir wollen jüdisches Leben fördern und freuen uns, dass die Jüdische Gemeinde Kiel mit Unterstützung der Stadt neue Räumlichkeiten beziehen konnte.

Gleichstellung aller Geschlechter verwirklichen

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sind gelebte Realität. Wir möchten, dass alle ihre Identität angstfrei ausleben können und diese Vielfalt in gesellschaftlichem Bewusstsein normalisieren.

Wir werden:

- schon bei der Stadtplanung diese Vielfältigkeit berücksichtigen,
- Gewalt gegen Frauen, intergeschlechtliche, nicht binäre, Trans- und Agender-Personen sowie alle weiteren Personen, die nicht dem binären Geschlechtersystem angehören und aufgrund dessen von Diskriminierung betroffen sind (FINTA*) bekämpfen,
- die Gleichstellung der Geschlechter bei allen Maßnahmen berücksichtigen,
- die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten weiterentwickeln,
- queere Jugendarbeit und
- Antidiskriminierungsarbeit fördern.

Feministisch handeln

Eine queerfeministische Stadtplanung nimmt alle Menschen in den Blick und nicht nur den zur Arbeit pendelnden, sprichwörtlichen weißen Mann. Dabei geht es um das Sicherheitsgefühl, aber auch um eine gleichberechtigte Teilhabe aller im öffentlichen Raum. Wir streben daher eine inklusive Quartiersentwicklung für alle an (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Wir brauchen beispielsweise mehr stillfreundliche Orte und kostenfreie Menstruationsprodukte in öffentlichen Gebäuden.

Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass Wickeltische in öffentlichen Gebäuden für Eltern jeden Geschlechtes zugänglich sind. Wir wollen Gender Mainstreaming weiter in der Stadt verankern. Das bedeutet, dass Menschen aller Geschlechter bei Entscheidungen der Verwaltung berücksichtigt werden, um so die Gleichstellung herzustellen. Wir möchten, dass die Stadt einen gendergerechten Haushaltsplan als Standard etabliert und demnach alle Maßnahmen auf das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter bewertet (sogenanntes Gender Budgeting).

Wir wollen mindestens 50% der Macht für FINTA*, deswegen stellen wir unsere Liste für die Kommunalwahl (wie alle Listen und Gremien) quotiert auf. Aber auch in stadteigenen Betrieben

und Gremien wollen wir die Vorstände und Vorsitze quotieren. In der vergangenen Wahlperiode wurde mit unserer Unterstützung in der Verwaltung eine gendergerechte Sprache eingeführt. Wir kritisieren, dass Kieler Schüler*innen gleichzeitig die Verwendung von gendergerechter Sprache mit * im Schulkontext als Fehler ausgelegt wird.

Queerfeministische Politik ist auch Familienpolitik, damit sich FINTA* nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen (siehe Kapitel Kinder, Jugend und Familien). Der größten Gefahr sind Frauen leider immer noch in den eigenen vier Wänden ausgesetzt. Die meiste Gewalt erfahren FINTA* im familiären Kontext (siehe Kapitel Häusliche Gewalt verhindern).

Zur Familienpolitik gehört auch eine selbstbestimmte Familienplanung. Um dies auch für Menschen in schwierigen finanziellen Situationen zu ermöglichen, gibt es in Kiel bereits einen Verhütungsmittelfonds, durch welchen Bedürftige finanzielle Unterstützung erhalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass Bedürftige auch für die Kosten eines Schwangerschaftsabbruches finanzielle Unterstützung durch die Stadt Kiel erhalten können.

Sexarbeit ist nicht nur ein „Frauenthema“, dennoch sind es hauptsächlich Frauen, die in diesem Bereich arbeiten. Wir wenden uns gegen eine Illegalisierung von Sexarbeit. Wir möchten die Frauen stärken, indem wir Berufs-, Rechts- und Sozialberatung stärken. Erzwungene Prostitution dagegen ist keine Arbeit, sondern ein Verbrechen, und muss streng verfolgt werden.

Queeres Leben in der Gesellschaft verankern

Jugend kann man nicht nachholen. Wenn queere Jugendliche mit Erfahrungen des Ausschlusses konfrontiert werden, wenn sie in Schule, Jugendangeboten und der Gesellschaft im Allgemeinen erfahren, dass sie aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Geschlechtsidentität und/oder ihrer sexuellen Orientierung Ablehnung, Abwertung, Diskriminierung oder körperliche Gewalt befürchten oder erleben müssen, prägen diese Erfahrungen ein Leben lang. Noch immer verbergen queere Jugendliche im schulischen oder familiären Umfeld oder gegenüber ihren Freund*innen ihre geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung aus Angst vor Zurückweisung.

Daher möchten wir queere Jugendarbeit fördern: Über die Einrichtung eines Jugendzentrums für queere Jugendliche in Kiel werden wir mit allen demokratischen Parteien in der Ratsversammlung ins Gespräch gehen. Wir haben eine Fachtagung für queere Kinder und Jugendliche auf den Weg gebracht. Wir möchten weiterhin Vereine und Projekte unterstützen, die queere Bildungs-, Jugend- und Antidiskriminierungsarbeit leisten wie Haki e. V. Die Stadt Kiel hat die Lübecker Erklärung für Akzeptanz und Respekt, eine Erklärung gegen Queerfeindlichkeit, unterzeichnet und ist damit Teil eines breiten Bündnisses von Unternehmen, Vereinen und Institutionen. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass die Broschüre „Bildung für alle. Vielfalt an-

erkennen, Gleichstellung fördern“ überarbeitet wird. Dazu sind Projektmittel einzuwerben. Wir wollen eine häufig vergessene Gruppe in den Blick nehmen – alte queere Menschen. Hier können aufsuchende Hilfen Wertvolles leisten. In anderen Städten gibt es solche Ansätze bereits.

Wir setzen uns dafür ein, dass Unisex-Toiletten zum Standard im öffentlichen Raum werden, dazu zählen wir insbesondere Schulen. Gleichstellung und Vielfalt/Diversität gehören zusammen. Diversität bezieht sich nicht nur auf das Geschlecht, sondern beispielsweise auf Alter, Sexualität oder (soziale und geographische) Herkunft. Wir wollen daher das Amt der*des Gleichstellungsbeauftragten weiterentwickeln, das sich bisher um die Gleichstellung der Geschlechter kümmert. Wir wollen eine diversitätsbeauftragte Person, die an der Verwirklichung der Gleichstellung aller Menschen arbeitet.

Um die Vielfältigkeit der Kieler Bürger*innen und damit alle ihre Bedürfnisse wahrnehmen zu können, muss die Verwaltung diese Vielfalt abbilden. Daher sollte die Verwaltung diverser werden. Zusätzlich braucht es Weiterbildungen innerhalb der Verwaltung im Bereich der Sensibilisierung für die Verschiedenheit der Menschen. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode eine Kampagne unter dem Motto „Kiel liebt dich“ mitbeschlossen, die die Vielfalt in Kiel feiern soll. Diese werden wir konstruktiv begleiten.

Auf Gesundheit achten

Für ein gesundes Leben braucht es eine gesunde Umwelt (siehe Kapitel Eine lebenswerte Stadt braucht eine gesunde Umwelt) und eine Gesundheitsinfrastruktur, die allen in ausreichendem Maße und in hoher Qualität zur Verfügung steht. Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wertvoll und notwendig eine solche Infrastruktur ist.

Wir werden:

- die Geburtsinfrastruktur stärken,
- das Städtische Krankenhaus auf Nachhaltigkeit ausrichten,
- Suchthilfe ausbauen,
- psychiatrische Gesundheitsversorgung bedarfsgerecht aufstellen,
- die Pflegeinfrastruktur auf eine alternde Gesellschaft vorbereiten und
- einen städtischen Hitzeaktionsplan erarbeiten.

Für einen guten Start ins Leben

In Eckernförde schließt die Geburtsstation der Imland-Klinik. Dies wird wahrscheinlich Auswirkungen auf Kiel haben. Wir brauchen in Kiel mehr Hebammen und einen besseren Betreuungsschlüssel. Beleghebammen könnten gefördert werden, indem die Versicherungskosten nicht mehr von ihnen alleine getragen werden müssen. Die Nachfrage nach Familienzimmern für die Geburt steigt und wir möchten diese Nachfrage gerne bedienen.

Der Verhütungsmittelfonds ist stark nachgefragt und wir wollen ihn daher verstetigen und bestenfalls ausbauen. Wir wollen garantieren, dass STI-Testmöglichkeiten und deren Behandlung sichergestellt sind.

Städtisches Krankenhaus qualitativ verbessern - Mitarbeiter*innen besser bezahlen

Wir begrüßen, dass alle Angestellten im städtischen Krankenhaus nach Tarif bezahlt werden sollen. Ebenso setzen wir uns ein, dass Arbeitsbereiche wie die Wäscherei nicht ausgelagert

werden außerhalb von Kiel. Wir möchten prüfen, ob im Städtischen Krankenhaus ein Modellprojekt für eine Pflegestation eingerichtet werden kann. Bei nötigen Sanierungen muss die energetische und müllvermeidende Sanierung im Vordergrund stehen.

Suchtkrankheiten mit Unterstützung begegnen

Menschen mit Suchterkrankungen wollen wir weder kriminalisieren noch verdrängen. Wir setzen auf eine akzeptierende Drogenarbeit, die Menschen passgenaue Hilfestellungen bietet, um die Sucht zu behandeln. Suchterkrankungen gehen einher mit vielerlei Problemen wie Wohnungslosigkeit, Kriminalität, psychischen Erkrankungen, Arbeitsplatzverlust u. a. Wir setzen uns für einen Drogenkonsumraum ein, der niedrigschwellige Hilfsangebote anbietet und die Menschen dort abholt, wo sie stehen. Aus dem gleichen Grund unterstützen wir den Trinkerraum, der von Hempels e. V. betreut wird.

Bedarf der psychiatrische Gesundheitsversorgung decken

Die psychiatrische und psychologische Versorgung ist leider immer noch ausbaufähig. Die Wartezeiten sind zu lang. Wir wollen prüfen, wie wir die Versorgung verbessern können. Besonderes Augenmerk muss auf die psychiatrische und psychologische Versorgung von älteren und sehr jungen Menschen gelegt werden. Aufsuchende Hilfen können psychologischen Erkrankungen vorbeugen, besonders im Falle von Einsamkeit. Durch viele traumatisierte Kriegsflüchtlinge, die Kiel aufgenommen hat, muss auch die interkulturelle Sensibilität eine größere Rolle in der Versorgung spielen. Wir setzen uns beim Land ein für einen Ausbau von Stellen an Schulen für Psycholog*innen.

Wir möchten prüfen, ob psychologische Erste-Hilfe-Kurse wie in Berlin einen Teil zur besseren psychologischen Versorgung leisten können. Auch andere Präventivmaßnahmen müssen stärker ausgebaut und sichtbarer werden um die Resilienz der Bürger*innen zu stärken. Dafür fordern wir die Stadt auf, gemeinsam mit bestehenden Institutionen und den Krankenkassen das Angebot auszubauen und dieses mittels einer umfassenden Kampagne bekannt zu machen. Die fehlenden Therapieplätze können dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Das „Kieler Fenster“ ist ein wichtiger Akteur im Bereich sozialer Dienstleistungen. Wir wollen die psychosozialen Unterstützungsangebote des „Kieler Fensters“ weiter fördern und unseren Teil dazu beitragen, dass die Arbeit langfristig verstetigt wird. Dafür setzen wir uns auch auf Landesebene ein. Dabei verfolgen wir das Ziel, das Unterstützungsangebot zu erweitern, um die Belastung durch fehlende Therapieplätze zu mindern.

Pflege besser ausstatten

Wir brauchen mehr Kurzzeitpflege, Entlastungsangebote in der Tages- und Nachtpflege, mehr Verhinderungspflege und mehr Räumlichkeiten in Pflegehotels. Die Heimaufsicht braucht mehr Personal, sodass sie vermehrt ihrem Kontrollauftrag nachkommen kann. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden, dazu gehört für uns eine faire Bezahlung (siehe Kapitel Kiel fit machen für eine alternde Gesellschaft). Wir wollen pflegende Angehörige unterstützen. Dazu müssen Unterstützungsangebote schnell und unbürokratisch beantragt werden können, um eine körperliche und psychische Überlastung der Pflegenden zu verhindern. Das Angebot an unabhängigen Beratungen für pflegende Angehörige soll ausgebaut werden.

Bürger*innen beteiligen

Beteiligung ist für uns mehr, als alle paar Jahre ein Kreuz auf einem Wahlzettel zu setzen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von und durch die Beteiligung vieler. Und viele Menschen beteiligen sich in der Gestaltung unseres Gemeinwesens, sei es in der Schule, im Sportverein, in Parteien, in Initiativen, im Betrieb, in Gewerkschaften oder informellen Zusammenschlüssen.

Aber auch Engagement und Beteiligung verändern sich und dem müssen wir unsere Förderung anpassen. So scheint das Engagement in langfristigen starren Strukturen rückläufig, dafür steigt aber die Beteiligung bei projektbezogenen Initiativen.

Eine gute Beteiligungskultur stärkt die Identifikation mit dem Quartier und der Stadt. Sie lässt die Menschen eine Verantwortung gegenüber ihrer direkten Umwelt empfinden und ist daher nicht nur Selbstzweck.

Wir werden:

- das Ehrenamt stärker honorieren,
- demokratische Strukturen stärken und ausbauen,
- innovative Beteiligungsverfahren ausprobieren und
- Menschen versuchen zu beteiligen, die bisher durch das Raster fallen.

Ehrenamt stärken

Zivilgesellschaftliches Engagement ist Teilhabe und ermöglicht häufig anderen Menschen Teilhabe. Wir möchten dieses Engagement stärken. In Kiel haben wir bereits ein Ehrenamtsbüro, das nettekieler Ehrenamtsbüro. Die bereits bestehende Ehrenamtskarte möchten wir bekannter machen und weitere Angebote in diese integrieren. Wir möchten zusätzlich ein Möglichmacher*innen-Büro, an das Bürger*innen ihre Ideen herantragen können. Das Büro soll dann Hilfestellungen geben, wie diese Ideen umgesetzt werden können.

Kommunale Gremien stärken

Vielen Menschen beteiligen sich ehrenamtlich in den kommunalen Gremien der Landeshauptstadt Kiel. Wir möchten die Beiräte und die Ortsbeiräte der Stadt Kiel stärken. Dazu brauchen

sie mehr Geld, Öffentlichkeit und Kompetenzen. Wir wollen einen Prozess anstoßen, wie der Einfluss der Beiräte und Ortsbeiräte gestärkt werden kann. Besonders Ortsbeiräte sind in ihrer jetzigen Form eher Informationsveranstaltungen als Beteiligungsmöglichkeit. Die Bürger*innenbeteiligung wird bisher über die Ortsbeiräte nicht stark beansprucht.

Wir wollen, dass an allen Gremien auch in Zukunft digital teilgenommen werden kann. Die aufgezeichneten Sitzungen müssen aufbereitet zur Verfügung gestellt werden.

Derzeit wird die Leitlinie für Mitwirkung überarbeitet. Wir werden sie kritisch-konstruktiv begleiten.

Projektbezogene Beteiligung ausbauen

Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass das Unterschriftensammeln für Bürger*innenbegehren auch digital möglich ist. Zudem wollen wir uns für eine digitale Beteiligungsplattform einsetzen. Digitale Wahlen sind jedoch aufgrund der Gefahr von Manipulation abzulehnen.

Ein grundsätzliches Problem der Beteiligung wird mit den bisher geforderten Maßnahmen nicht angegangen, nämlich dass die etablierten Werkzeuge der Beteiligung nicht alle Menschen erreichen und damit weiterhin ein signifikanter Anteil der Bevölkerung nicht an unserem Gemeinwesen partizipiert. Neben einer Sozialpolitik, die alle Menschen mitnimmt, müssen wir neue Wege der Beteiligung beschreiten.

Ein Instrument dazu können Bürger*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch wird eine soziale Durchmischung erreicht. Des Weiteren müssen niedrighschwellige, projektbezogene Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu müssen Dialogräume im öffentlichen Raum geschaffen werden, dort, wo die Menschen sind. Ein gutes Beispiel ist die Beteiligung für die Umgestaltung des Bahide-Arslan-Platzes. Diese Beteiligung muss nun auch entsprechend der Wünsche der Menschen umgestaltet werden. Dies gilt generell: Bei Beteiligung muss immer transparent kommuniziert werden, wo die Kompetenzen überschritten werden, um Enttäuschungen zu vermeiden.

Wir wollen weitere niedrighschwellige Beteiligungsideen ausprobieren, wie aufsuchende Beteiligungen und ein Schwarzes Brett für Beteiligung. So wollen wir insgesamt eine Ermöglichungskultur – auch in der Verwaltung – etablieren. Um Best-Practice-Beispiele auch aus anderen Kommunen kennenzulernen und zu übernehmen, fordern wir dieses Thema stärker im überregionalen Austausch zu verankern und sich mit Leuchtturmkommunen zu vernetzen.

Beteiligung auch beim Geld ermöglichen

Der Haushalt der Stadt Kiel ist öffentlich digital einsehbar („haushalt.digital“). Wir fordern eine Aufbereitung des Haushalts, sodass dieser für mehr Menschen leichter verständlich ist (siehe Kapitel Haushalt transparent gestalten). Des Weiteren sollen Menschen bei sogenannten Bürger*innenhaushalten über Teile des Haushalts mitberaten und mitbestimmen.

Menschen ohne Wahlrecht beteiligen

Menschen ohne Wahlrecht sind vor allem Menschen unter 16 Jahren sowie Menschen ohne Staatsbürgerschaft. Solange auf Landes- und Bundesebene das Wahlrecht auf die genannten Gruppen nicht ausgedehnt wird, setzen wir uns für alternative Beteiligungsmöglichkeiten ein.

Wir unterstützen daher auch den Jungen Rat als offizielles Gremium der Landeshauptstadt Kiel vollumfänglich. Wir möchten weitere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen ausbauen (Siehe Kapitel Demokratiebildung weiterentwickeln).

Wir begleiten das Forum für Migrant*innen konstruktiv (siehe Kapitel Migrant*innen bei der Organisation unterstützen). Solange ein Wahlrecht für Ausländer*innen rechtlich nicht umsetzbar ist, unterstützen wir eine rasche Einbürgerung – sofern gewünscht – und werben dafür, sich einbürgern zu lassen. Dafür haben wir in der vergangenen Wahlperiode eine Kampagne beschlossen, mit der die Stadt Kiel sich zum Ziel gesetzt hat, die Einbürgerungsquote zu erhöhen und die Überreichung der Staatsbürgerschaft feierlicher zu gestalten. Dies werden wir forcieren. Wir begrüßen zudem sehr, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass Menschen mehr als eine Staatsbürgerschaft besitzen dürfen.

Kinder, Jugend & Familien

Eine familienfreundlich aufgebaute Stadt ist einladend für alle Einwohner*innen. Familien und alle Kinder und Jugendliche stehen im Zentrum unserer politischen Aufmerksamkeit. Wie gut es sich in einer Stadt leben lässt, macht sich besonders an der Lebensqualität und den Optionen der Kinder und Jugendlichen fest. Familie verstehen wir dabei weltoffen und in aller Vielfalt. Familie ist für uns überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Wir werden:

- niedrigschwellige Beratungsangebote für alle Familien schaffen,
- uns für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Betreuungsqualität in Kindertageseinrichtungen stark machen,
- Inklusion in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege vorantreiben,
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiter ausbauen,
- die Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen durch attraktive Spielflächen in der Stadt für Kinder und Jugendliche erhöhen,
- dem Fachkräftemangel in den sozialen Berufen begegnen und
- allen Kindern und Jugendlichen Teilhabe ermöglichen und so Bildungsgerechtigkeit versuchen zu erreichen.

Familien in Kiel stärken

Momentan sind Familien aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen besonders herausgefordert und brauchen Aufmerksamkeit sowie Unterstützungsangebote. Wir wollen insbesondere in der Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes weitere Beratungsangebote für Familien schaffen, die möglichst für alle Familien barrierefrei sind, beispielsweise mehr Online-Beratungsangebote. Die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels müssen dabei stärker in die bestehenden Beratungsangebote aufgenommen werden, beispielsweise Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Leben mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen oder Aufwachsen mit digitalen Medien.

Wir wollen, dass auf kommunaler Ebene bürokratische Hürden abgebaut werden und Behördengänge im Familienalltag einfacher zu meistern sind.

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege qualitativ ausbauen

Qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare Betreuungsangebote für alle Kieler Kinder – das ist und bleibt unser Ziel. Der Entwicklungsstand wird halbjährlich in der KiTa-Bedarfsplanung immer wieder dokumentiert. Wir sind auf einem guten Weg. Im Dreiklang zwischen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Betreuungsqualität wollen wir das Angebot weiterentwickeln. Dabei ist es notwendig, dass wir auf Landesebene bei der Überarbeitung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes Verbesserungen erreichen.

Die bürokratischen Abläufe im Hinblick auf das KiTa-Portal und Randzeiten müssen vereinfacht werden.

Inklusion in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege ist noch nicht selbstverständlich. Das Kompetenzzentrum Inklusion im Jugendamt ist ein kleiner Schritt auf dem Weg zur inklusiven KiTa. Wir wollen die Einrichtung des Kompetenzzentrums evaluieren lassen und fordern, dass in allen Kindertageseinrichtungen in Kiel heilpädagogische Zusatzkräfte eingesetzt und diese vom Land bezahlt werden. Darüber hinaus werden wir uns für den Ausbau von kommunalen Leistungen und Beratungsangeboten beim Land einsetzen und diese in Kiel besser aufeinander abstimmen. Kindertageseinrichtungen in Kiel müssen noch nachhaltiger werden.

Das Land Schleswig-Holstein arbeitet momentan an der Umsetzung der Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auch in Kindertageseinrichtungen. In Kiel sind wir auf dem Weg. Zero-Waste, Ernährungsbildung und auch die Energiewende müssen unter Beteiligung von Eltern und Kindern in der KiTa und Tagespflege in den Mittelpunkt rücken und umgesetzt werden. Wir wollen ein Modellprojekt Ernährungsbildung umsetzen, das die vielfältigen Ansätze vom Naschgarten bis zum Bildungsprojekt mit dem Imker sichtbar macht und allen Einrichtungen eine gesunde, nachhaltige Verpflegung in Zusammenarbeit mit den Eltern nahebringt.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist auch in Kieler Kindertageseinrichtungen in vollem Gang. Wir setzen uns für mehr digitale Elternkommunikation und gute Medienkonzepte im KiTa-Alltag ein, bei denen die Beziehungsqualität erhalten bleibt. Dabei müssen Träger und pädagogische Fachkräfte unterstützt werden. Wir setzen uns für die finanzielle und konzeptionelle Unterstützung durch das Land Schleswig-Holstein ein.

Demokratiebildung weiterentwickeln

Mit breiter Unterstützung in der Ratsversammlung haben wir in Kiel in den vergangenen Jahren herausragende Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungs- und Entscheidungsprozessen erreicht. Der Junge Rat ist als Beirat fester Bestandteil der Selbstverwaltung, das Kinder- und Jugendbüro unterstützt nicht nur die Ortsbeiräte bei Jugendsitzungen und die Kinder- und Jugendkommission begleitet die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung in Kiel. Wir möchten dem Jungen Rat Mittel zur Verfügung stellen, sodass sie sich anlassbezogene externe Expertise in die Sitzungen holen, jugendgerechte Werbung in den Schulen für alle Beteiligungsmöglichkeiten machen und nicht zuletzt kreative Beteiligungsmöglichkeiten auch an Schulen ausprobieren können. Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche gehört in den gesamten Schulalltag und nicht nur in den Unterricht. Die Bekanntheit des Jungen Rates wollen wir durch interaktive Programme an Schulen, die jungen Menschen Kommunalpolitik näherbringt, stärken. Darüber hinaus möchten wir die Präsenz des Jungen Rates in den Schulen selbst erhöhen und die Möglichkeit bieten, über die eigene Arbeit regelmäßig zu berichten.

Eine weitere Möglichkeit der Kinder- und Jugendbeteiligung sehen wir in der Verstetigung der Spielleitplanung, die bisher einmal im Kieler Nordosten durchgeführt wurde und schrittweise in allen Kieler Stadtteilen durchgeführt werden soll. Wir haben mittlerweile eine ämterübergreifende Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung. Wir machen uns dafür stark, dass Kinder- und Jugendbeteiligung und damit die Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten nicht nur auf dem Papier attraktiv erscheint, sondern in der Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik gelebt wird. Die Einrichtung einer Kinder- und Jugendbeauftragten mit Berichtspflicht und Rederecht in der Ratsversammlung wollen wir mit allen demokratischen Fraktionen beraten und umsetzen.

Um noch mehr Kinder und Jugendliche zu erreichen, wollen wir die Einrichtung einer Schüler*innenvertretung auf Kreisebene unterstützen und eine pädagogische Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit dem Schulamt als Modellprojekt vom Land einrichten. Niedrigschwellige Beteiligungsprozesse und Demokratiebildung in Kieler Schulen wollen wir auch kommunal fördern.

Aufenthaltsqualität in den Quartieren für Kinder und Jugendliche verbessern

Spielflächen und nicht zweckbestimmte Spielräume (beispielsweise Hinterhöfe) für Heranwachsende in Kiel werden weniger und sind nicht immer attraktiv. Wir haben in Kiel einen hohen Flächenbedarf und widerstreitende Interessen in der Flächennutzung. Mit der Spielleitplanung und den Standards für die Pflege und den Ausbau von Spielflächen in Kiel bekennt sich die Stadtgesellschaft zum strategischen Ziel der kinderfreundlichen Stadt. Wir fordern, dass

die Spielleitplanung in weiteren Quartieren umgesetzt wird und dass im Grünflächenamt eine Zuständigkeit für Spielflächen geschaffen wird. Private Wohnungsbaugesellschaften müssen hausnah Spielräume für die Kleinsten schaffen bzw. erhalten und die öffentlichen Spielflächen wieder attraktiv für ältere Kinder und Jugendliche gestalten. Der öffentliche Raum muss in den Quartieren für alle Heranwachsende attraktiv sein jenseits von kommerziellen Angeboten und als Alternative zu den virtuellen Räumen, in denen sich Kinder und Jugendliche zunehmend bewegen.

Fachkräftemangel in den sozialen Arbeitsfeldern entgegnetreten

Ob KiTa, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Eine der größten Herausforderungen der Träger auch von Jugendhilfeeinrichtungen in Kiel ist der Fachkräftemangel und die Gewinnung von Fachkräften. Unbesetzte Stellen belasten die Fachkräfte beispielsweise in Kindertageseinrichtungen, Betreuten Grundschulen und Jugendzentren zusätzlich. In den vergangenen Jahren wurden in den Einrichtungen der Jugendhilfe auch in Kiel unter enormem Zeit- und Arbeitsdruck Einsatzbereitschaft gezeigt und Krisensituationen gemeistert. Das müssen wir als Stadtgesellschaft immer wieder thematisieren und dem Fachkräftemangel auch als Kommune entschlossen entgegnetreten.

Wir werden als Grüne in Kiel auch in Zukunft Verantwortung übernehmen und uns für den weiteren Ausbau der Ausbildungskapazitäten einsetzen sowie die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte verbessern. Es braucht auf Landesebene eine Strategie für die Fachkräftegewinnung, die Träger und Kommunen nicht in Konkurrenz um Fachkräfte eintreten lässt. Wir fordern von Land und Bund, noch mehr in die Ausbildung von Fachkräften und die Arbeitsbedingungen in der Jugendhilfe zu investieren.

Wir setzen uns konkret für ein Supervisionsangebot in allen Einrichtungen der Jugendhilfe ein und wir wollen, dass Fachkräfte mit Kindern noch familienfreundlichere Arbeitsbedingungen in Kieler Einrichtungen bekommen.

Jugendverbandsarbeit sichtbar machen

In den Kieler Jugendverbänden wird ehrenamtlich auch von Jugendlichen wertvolle Arbeit für die Stadtgesellschaft geleistet, die zu wenig wahrgenommen und gefördert wird. Wir wollen die Arbeit unter anderem in Jugendfeuerwehren, Sportvereinen und Kirchengemeinden sowie neuen selbstorganisierten Vereinen, die Mitglied im Kieler Jugendring sind, stärken. Der Kieler

Jugendring (KJR) braucht Unterstützung, um über den Playground auf der Kieler Woche hinaus die Arbeit der Jugendverbände sichtbar zu machen und beispielsweise beim Thema Digitalisierung Interessen von Kindern und Jugendlichen in Kiel politisch einfordern zu können.

Diversität, Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit angehen

Erfahrungen des Ausschlusses prägen ein Leben lang. Deshalb ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfreie und inklusive Räume zur Verfügung zu stellen, die sie in ihrer Individualität wahrnehmen und ihre verschiedenen kulturellen, geschlechtlichen und sexuellen Identitäten ernst nehmen.

Kiel hat eine der höchsten Armutsquoten bei Familien mit betroffenen Kindern und Jugendlichen in Großstädten in Deutschland. In allen Stadtteilen gibt es Quartiere mit vielen einkommensarmen Familien. Wir befürworten die Umsetzung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene und wissen um die vielfältigen Initiativen innerhalb der Stadt für die Bewältigung von Einkommensarmut, wie beispielsweise das Netzwerk Kinderarmut e. V. und INKA e. V. Diese Initiativen sowie die bestehenden Präventionsangebote müssen weiterhin gefördert und gut aufeinander abgestimmt werden.

Der sozialpädagogische Blick muss auch in den Kindertageseinrichtungen weiter gestärkt werden. Nicht nur in Kindertageseinrichtungen braucht es Fortbildungen, damit pädagogische Fachkräfte armutssensibel handeln.

Wir wollen Initiativen wie die musikalische Früherziehung und damit kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche nicht nur in Gaarden ermöglichen. Jedes bedürftige Kind in Kiel braucht ein kostenloses, verbindliches Essensangebot in Kieler Bildungseinrichtungen. Wir wollen armutssensibles Handeln von pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften in Kiel fördern. Und wir machen uns stark für einen Hilfsfonds auf Stadtebene, der es Einrichtungen unbürokratisch und spontan ermöglicht, Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

Damit die Bildungsschere im Zeitalter der Digitalität nicht noch weiter aufgeht, brauchen Einrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Kiel eine digitale Infrastruktur, die Heranwachsenden die Entwicklung von Medienkompetenz jenseits der Schule ermöglicht.

Wir fordern ein Investitionsprogramm vom Land SH und unterstützen Konzeptionsentwicklung sowie Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte in Jugendzentren, Ganztags- und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns für Freiräume in der pädagogischen Arbeit ein, die die Nutzung von aktuellen sozialen Medien ermöglichen und in denen der Datenschutz nicht die pädagogischen Angebote bestimmt. Und wir wollen eSport-Angebote mit Begleitung von ausgebildeten Fach-

kräften in Jugendzentren und Sportvereinen fördern.

Die Vielfalt von Kindern und Jugendlichen in Kiel muss sich auch im Angebot der Bildungseinrichtungen widerspiegeln. Wir machen uns für die Umsetzung von Konzepten der Empathieförderung, Toleranz, Meinungsvielfalt, Inklusion und Anti-Rassismus sowie queere Jugendarbeit stark. Über die Einrichtung eines Jugendzentrums für queere Jugendliche in Kiel werden wir mit allen demokratischen Parteien in der Ratsversammlung ins Gespräch gehen.

Schule und Bildung

In Kiel haben wir eine bunte Schullandschaft – mit 35 Grundschulen, die nach der KiTa den Grundstein legen, mit 17 sehr individuellen Gemeinschaftsschulen, 11 Gymnasien, sechs Förderzentren (mit den freien Schulen) und vier leistungsstarken Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ). Für über 36.000 Schüler*innen und über 2.000 Lehrkräfte sind die Kieler Schulen Tag für Tag Lern- und Arbeitsstätte.

Die Landeshauptstadt Kiel ist Schulträgerin, jedoch nur begrenzt Schulgestalterin. Das heißt, wir haben als Kommune in der Hauptsache die Aufgabe, für „Hardware“ zu sorgen, also für ausreichend und gut ausgestattete Schulgebäude sowie Mensen und Sporthallen. Wir sind verantwortlich für Raumkonzepte, Ausstattung und die Schaffung von Schulplätzen über die Schulentwicklungsplanung. Wir stellen Sekretär*innen und Hausmeister*innen ein, beschäftigen Schulsozialarbeiter*innen, finanzieren Projekte der Schulsozialarbeit und sorgen für zusätzliches Personal in Schulen mit speziellem Bedarf.

Wir wollen, dass Bildungsgerechtigkeit nicht nur auf dem Papier steht. Stattdessen sollen die Unterstützungstrukturen im Kieler Bildungssystem dazu beitragen, dass vielfältige Bildungsbiographien gelingen können. Dazu möchten wir z. B. das Bildungsmanagement und die Unterstützung von Schüler*innen bei Übergängen weiter stärken. Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendliche sich gerne an ihrer Schule aufhalten und die Schule als Lebensort begreifen können. Schule sollte frei von Diskriminierung und Rassismus sein. Schulen sollen nachhaltiger gestaltet werden, sowohl in Bezug auf z. B. Klimaschutz und Gebäude als auch in Bezug auf die Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Wir möchten, dass Schulen integrale Bestandteile in den Quartieren werden, dass sie als Aufenthaltsort auch nach der Unterrichtszeit gedacht und genutzt werden können.

Unsere Schulen sollen fit fürs 21. Jahrhundert gemacht werden.

Wir werden:

- den Sanierungsstau beim Schul- und Sporthallenbau abbauen,
- Schule als Lebensort für alle attraktiv machen,
- die Schulen mit Land und Bund besser für den Ganzttag ausstatten,
- Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern weiterhin an der Gestaltung ihrer Schulen beteiligen, z. B. im Schulbau (Phase 0, bei der Gestaltung von Schulhöfen etc.),

- Fachkräftemangel bekämpfen,
- die Schulen mit nachhaltiger, digitaler Infrastruktur ausstatten und
- Inklusion zum Standard machen.

Schulen sanieren und bauen

In Kiel wohnen zunehmend mehr Familien, die Zahl der Schulkinder steigt in vielen Quartieren. Wir müssen daher nicht nur sanieren, sondern auch weitere Schulplätze für alle Altersstufen schaffen. Dazu gehören zwei neue Grundschulen in Gaarden und Meimersdorf und drei weitere Gemeinschaftsschulen in Kiel-Mitte, -Ost und -Süd.

Nach wie vor haben wir einen erheblichen Sanierungsstau, der mittlerweile vom Baudezernat systematisiert und priorisiert worden ist. Mit der neu geschaffenen Abteilung Bildungsbau im Kieler Rathaus gibt es feste Ansprechpartner*innen und transparente Strukturen. Viele grundlegende Informationen wie Sanierungsvorhaben, Denkmalschutz an Schröderschulen, der Aktionsplan Kieler Schulhöfe und die IT-Ausstattung der Schulen liegen jetzt systematisiert vor und können zur weiteren Planung genutzt werden. Wir müssen uns klar darüber werden, wie wir mit den in die Jahre gekommenen Schröderschulen in Kiel umgehen und wie moderne Pädagogik, Denkmalschutz und endliche Ressourcen in Einklang gebracht werden können.

An einigen Schulstandorten sind auch keine ausreichenden Sporthallenkapazitäten vorhanden – auch hier muss kurz- und mittelfristig ausgebaut werden, in einer flächenarmen Stadt wie Kiel keine leichte Aufgabe. Aus-, Um- und Neubau von Schulen und die Sanierung der alten Schulgebäude müssen wir in den nächsten Jahren gemeinsam im Blick haben. Dafür müssen in den kommenden Jahren immer wieder zu erhöhende Mittel in den Kieler Haushalt eingestellt werden, damit wir nicht nur den neu hinzukommenden Sanierungsfällen hinterher bauen. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen verstärkt werden, diese Mittel auch zu verbauen. Sämtliche im Konzept „Kiel macht Schule“ genannten Möglichkeiten der Prozessoptimierung, der General- und Totalvergabe und zusätzlicher Stellenbesetzung müssen verstärkt umgesetzt und kontinuierlich evaluiert werden.

Die Aufgaben der Schulhausmeister*innen müssen dringend neu definiert und erweitert werden und die Stellen ausreichend bezahlt werden. Durch die Ausstattung der Schulen mit innovativer Gebäudetechnik und IT sind vielfältige und anspruchsvollere Aufgaben dazugekommen. Das immer breiter werdende Aufgabenspektrum der Hausmeister*innen könnte durch Hilfskräfte (evtl. auch Springer) entsprechende Entlastung finden.

Hausmeister*innen sind – genauso wie Schulsekretär*innen – zentrale Stellen in jeder Schule mit vielen Koordinations- und oft schlecht zu definierenden Aufgaben, die aber unabdingbar sind für das Gelingen von Schule. Sollen Schulgebäude verstärkt ins Quartier geöffnet werden, sind sie als zentrale Stellen umso wichtiger.

Schulen im Quartier

Wir möchten, dass jeder Schulcampus fest verankert ist im Quartier und auch außerhalb der offiziellen Schulzeit von vielen Anwohner*innen als Begegnungsstätte genutzt werden kann. Denkbar ist auch die Nutzung für Kulturangebote, Stadtteilversammlungen und Kooperationen mit anderen Akteuren im Quartier. Die Schulen sollten sich für das Quartier und die Stadt öffnen und die Stadt sich für die Schulen öffnen.

Schule als Lebensort begreifen

Wir wollen die Schule nicht nur als Lernort, sondern auch als Lebensort begreifen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der Ganztagsbetreuung von großer Wichtigkeit. Dafür muss Schule ein Ort sein, zu dem Kinder und Jugendliche gerne gehen und an welchem sie sich gerne aufhalten. Dafür brauchen wir eine Steigerung der Aufenthaltsqualität an Schulen in vielerlei Hinsicht. Dazu gehören neben Klassenräumen, die auch neue Lernkonzepte zulassen, ausreichend große und gut ausgestattete Lehrer*innenzimmer, Räume für individuelles Lernen, Rückzugsräume, attraktive Mensen mit leckerem, nachhaltigem und gesundem Essen und Plätzen an der frischen Luft, Möglichkeiten zum Unterrichten im Grünen („Grüne Klassenzimmer“), abwechslungsreiche Schulhöfe und anregende und spannende Angebote auf dem Schulcampus für die Ganztagsbetreuung. Außerdem werden wir prüfen, wie wir Schüler*innen vor Ort die Möglichkeit geben können, ihr Essen unabhängig von der Mensa zuzubereiten.

Teilhabe in Schulen bestärken

Schule ist und soll noch mehr ein Ort der Teilhabe werden. Schule ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche Demokratie lernen können. Das Erlernen und Erleben von demokratischen Entscheidungen mit allen Facetten ist wichtig, um unsere Demokratie zu stärken und die Kinder und Jugendlichen zu selbstständigen, verantwortungsbewussten, ihre Interessen vertretenden Personen in unserem Gemeinwesen werden zu lassen. Wer Schule lediglich über sich ergehen lässt, wird auch später keinen Gewinn in gesellschaftlicher Beteiligung sehen.

Daher wollen wir die Kinder- und Jugendbeteiligung an Kieler Schulen stärken, um insbesondere diejenigen Schüler*innen zu beteiligen, für die formelle Beteiligungsstrukturen wie z. B. der Kinder- und Jugendbeirat eine hohe Schwelle darstellen. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Kinder- und Jugendbeirat immer erschreckend gering. Und nur ein Bruchteil der Schüler*innen geht in Jugendzentren und lernt dort das demokratische Miteinander. Deshalb sollte Beteiligung verstärkt dort stattfinden, wo alle jungen Menschen sind – in der Schule.

Wie kann Schulgemeinschaft gelingend gestaltet werden? Bei welchen Entscheidungen und wie können sich Schüler*innen beteiligen? Wie können sie Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung kennenlernen? Diese Themen müssen im Sinne einer gelebten Demokratie ganz vorne auf der Agenda stehen. Für deren Entwicklung sind Best-Practice-Beispiele zu finden und die Schüler*innenvertretungen, die Elternbeiräte und Kollegien zu beteiligen. Dafür gilt es, gemeinsam in der Kooperation von Kommune und Land neue Wege zu finden.

Schulen diskriminierungsfrei gestalten

Wir möchten ein wertschätzendes Klima der Anerkennung von Unterschiedlichkeiten an Schulen. Dieser tolerante Umgang mit Unterschieden ist die Grundlage für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft. Wer früh im Leben mit Vielfältigkeit in Kontakt kommt, vermeidet das Entstehen von Vorurteilen und baut Hemmungen ab.

Wir möchten prüfen, ob an Schulen sogenannte Awareness-Teams von Schüler*innen eingerichtet werden können. Diese können in Konfliktfällen schlichtend eingreifen und sensibilisieren für diskriminierendes Verhalten.

Auch in der Schulsozialarbeit sollen verstärkt Projekte gefördert werden, die sich mit Diskriminierung, Mobbing, queerer Jugendarbeit und Schule gegen Rassismus beschäftigen. Explizit wollen wir Tandem-Projekte für Schüler*innen mit Fluchterfahrung umsetzen.

Inklusion in Schulen zum Standard machen

Beim Schulbau ist der Fokus verstärkt auf die Umsetzung der Inklusion zu setzen. Bei jeder Sanierungsmaßnahme in Schulgebäuden, Sporthallen und Schulhöfen müssen immer die aktuellen Standards möglichst umfassend mit geplant und umgesetzt werden. Bei Neubauten ist das selbstverständlich, sollte aber auch weitere Maßnahmen wie die Toilette für alle umfassen.

Für eine gelungene Umsetzung von Inklusion brauchen die Schulen mehr Personal. Hierfür wollen wir uns bei Bund und Land einsetzen. Individuelles Lernen kann so ermöglicht wer-

den. Wir möchten weg von der Defizitorientierung und hin zu einer individuellen Betrachtung der*des Einzelnen und so die unterschiedlichen Fähigkeiten fördern und Bedürfnisse decken. Davon profitieren am Ende alle Schüler*innen. Auch im Sportbereich braucht es mehr inklusive Angebote, die von qualifiziertem Personal durchgeführt werden. Teilhabe aller muss sichergestellt sein (siehe Kapitel Stadt barrierefrei umgestalten).

Im Ganzttag gut lernen

Der Rechtsanspruch für die Betreuung von Grundschulkindern ist auf Bundesebene beschlossen worden. In den Schulen ist der Ganzttag nicht nur im Hinblick auf das Thema Bildungsgerechtigkeit von Bedeutung. Beim Ausbau der Betreuungsplätze müssen wir verstärkt die Qualität des pädagogischen Angebots sowie die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden im Blick haben.

Mit der Rahmenkonzeption „Ganzttag in Kiel“ haben wir eine Festschreibung der Angebotsqualität erreicht, auf der wir aufbauen können. Es braucht auf Landesebene einen Qualifikationsstandard für pädagogische Mitarbeiter*innen und eine ausreichende Grundfinanzierung für Ausbau und Betrieb. Wir unterstützen den Ausbau von offenen und gebundenen Ganzttagsschulen sowie betreuten Grundschulen.

Das alles stellt eine große Herausforderung für den Schulbau und die Personalgewinnung dar. Diesen Herausforderungen wollen wir uns stellen. Bei der Finanzierung sehen wir im Sinne der Konnexität auch das Land und den Bund in der Pflicht.

Kräfte an den Schulen bündeln

Mittlerweile arbeiten an Schulen neben den Lehrer*innen viele zusätzliche Unterstützungskräfte aus unterschiedlichen Bereichen, die von unterschiedlichen Akteur*innen bezahlt werden und unterschiedliche Zuständigkeiten haben.

An manchen Schulen arbeiten Kräfte von verschiedenen Trägern mit den Schüler*innen. Wir möchten, dass die Schüler*innen nicht von ständig wechselndem Personal betreut werden (Vor- und Nachmittag), sondern dass sie Hilfesysteme aus einer Hand bekommen. Wir streben an, dass der Ganzttag rechtlich anders aufgestellt wird, sodass z. B. Pooling ermöglicht werden kann. Daraus ergeben sich auch attraktivere Beschäftigungsverhältnisse für die Mitarbeitenden, verstärkte Möglichkeiten der Fortbildung und Supervision und das Anstoßen von Qualitätsprozessen durch den Schulträger.

Seit vielen Jahren wurde die Zahl der Schulsozialarbeiter*innen an den Kieler Schulen über das Soll hinaus erhöht. Der Erfolg gibt uns recht und zeigt uns, dass wir auf diesem Weg weitergehen sollten. Daher werden wir die Stundenzahl der Schulsozialarbeiter*innen pro Kieler Schule (derzeit mind. 1/2 Stelle pro Schule) kontinuierlich und ausgerichtet an den durch Sozialindikatoren nachgewiesenen Bedarfen erhöhen.

An den Förderzentren ist die Schulsozialarbeit in Kiel derzeit noch nicht etabliert. Das möchten wir ändern und auch den Förderzentren Stellen für Schulsozialarbeiter*innen mit speziell auf die dort lernenden Schüler*innen abgestimmten Kompetenzen einrichten.

Schulen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unterstützen

Auch Schulen müssen ihren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten. Das fängt beim Bau bzw. der Sanierung von Schulgebäuden, Sporthallen und Schulhöfen an, geht über energiesparendes Verhalten, Abfallvermeidung und Mobilität im Schulalltag bis hin zur Verpflegung und Lehrinhalten.

So sind Schulen energetisch zu sanieren und mit Solarthermie oder anderer nachhaltiger Nutzung wie Gründächern oder Spielflächen zu versehen. Ebenfalls möchten wir Fassadenbegrünung oder Solarthermie an Fassaden prüfen. Zudem müssen bei Neubauten Mobilitätskonzepte mitgedacht werden, die sogenannte Elterntaxis vermeiden. Wir streben die 15-Minuten-Stadt an, sodass auch Schulen gut ohne Pkw zu erreichen sind (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Besonders für kurze Beine braucht es kurze Wege.

Die Stadt Kiel hat sich auf den Weg gemacht, Zero Waste Stadt zu werden. Dies muss nach und nach auch in den Schulen umgesetzt werden (sogenannte Zero Waste Schulen). Dazu gehört eine ökologische Gestaltung der Mensen, das heißt, weniger Müll zu erzeugen, weniger Lebensmittel wegzuwerfen und nachhaltigere Ernährung zu fördern.

Die Schulverpflegung ebenso wie die Pausensnacks sollen schrittweise weiter ökologisch ausgerichtet und auf Biolebensmittel umgestellt werden. Dazu gehört die flächendeckende Aufstellung von Trinkwasserspendern an allen Schulen, ein Ziel, das sowohl der Gesundheit der Schüler*innen als auch der Sparsamkeit und der Müllvermeidung dient.

Wir möchten neben der Bildung für nachhaltige Entwicklung die Themen Klimaschutz, Meeresschutz, Ernährungsbildung und Demokratiebildung in Kieler Schulen verankern und stärken.

Die Möglichkeiten der Umsetzung möchten wir gerne als Pilotprojekt mit Einbindung von außerschulischen Bildungsträgern voranbringen. Dazu werden wir über die Landesverbände

einen Kommunikationsprozess mit dem Land anstoßen mit dem Ziel, zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, um Schulen auf ihrem Weg zu unterstützen. Wir möchten eine naturnahe abwechslungsreiche Gestaltung der Schulhöfe, Einrichtung von Schulgärten und die Aufstellung weiterer Fahrradständer vorantreiben. Schulhöfe müssen auch Schattenräume als Aufenthalt für heiße Sommertage bieten.

Schulen digitalisieren

In den beiden Corona-Jahren hat die Digitalisierung an und in Schulen einen großen Sprung gemacht. Manches ging vielleicht sogar zu schnell. Mit den Mitteln aus dem Digitalpakt Schule konnten IT-Geräte für Schüler*innen und Lehrpersonal angeschafft und an den Schulen verteilt werden. Nun gilt es, den notwendigen Support auf kommunaler Ebene dauerhaft zu etablieren, personell und finanziell (hier ist das Land gefragt) ausreichend auszustatten und für notwendige Ersatzgeräte und Netzwerke zu sorgen. Wir sind bei der Ausstattung unserer Schulen mit WLAN-Netz schon wirklich weit vorangekommen und werden weiter an flächendeckenden und stabilen Verbindungen in allen Räumen und Sporthallen arbeiten. Wir möchten bei der Fortschreibung der Ausbauplanung den Blick auch auf Neuentwicklungen im Sinne der Green IT richten (siehe Kapitel Digitalisierung nachhaltig gestalten – Green IT).

Die Potenziale außerschulischer Bildung nutzen

Die Bildungsregion Kiel hat sehr viel mehr zu bieten als allgemeinbildende und berufliche Schulen. Eine Vielzahl von informellen Bildungsorten ergänzt das Bild und ist bis heute ein z.T. noch ungehobener Schatz.

Außerschulische Bildungsträger sind wichtige Ergänzungen zu Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen. Hier sind praktische Erfahrungen „mit Kopf, Herz und Hand“ für die Kinder möglich und verstärken so die schulischen Lehr- und Lernleistungen. Insbesondere Kinder, denen das frontale Lernen und das lange Stillsitzen aus den verschiedensten Gründen schwer fallen, können sich so in anderen Kontexten erfahren und Bestätigung erfahren.

Die Möglichkeiten der außerschulischen Bildung als Ergänzung des KiTa- und Schulalltags in Kiel soll den Erzieher*innen und Lehrer*innen einfacher und umfassender zugänglich gemacht werden. Neben den klassischen Themen wie Kultur, Musik, Theater, Film, Natur und Umwelt sollen auch Bildungsangebote in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Bewegung, Handwerk, Wissenschaft, Technik, Nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung, Klimaschutz, politische Bildung etc. miteinbezogen werden.

Auch die Stadtbüchereien sollen nach dem Vorbild der Stadtteilbücherei Friedrichsort als dritter Ort für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden. Sie sind der passende Ort zum Erlernen von Medienkompetenz und verantwortungsvollem Umgang mit der Informationsflut des Internets. Die Hochschulen sind sehr wichtig für den Standort Kiel. Wir unterstützen den Ausbau, soweit wir es von kommunaler Ebene aus können, da die Hochschulen in Verantwortung des Landes liegen. Wir möchten sie enger mit der Wirtschaft verzahnen (siehe Kapitel Kiel als kreative und innovative Stadt für Gründer*innen, Wissenschaft und Unternehmen gestalten).

Wir stehen zur Volkshochschule als Institution des lebenslangen Lernens und der beruflichen Fort- und Weiterbildung.

Ausbildung fördern

Ziel der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung sollte sein, dass jeder junge Mensch eine möglichst passende Ausbildung bekommt, mit der alle ihre jeweiligen Fertigkeiten und Fähigkeiten am besten nutzen können.

Im Zuge des Fachkräftemangels in vielen handwerklichen Berufen ist klar, dass dort dringend Förderungsbedarf besteht. Das Handwerk ist mit seinen vielfältigen Berufen rund um Haus, Gewerbe und Mobilität unabdingbar für das Gelingen der Klimawende. Gemeinsame Kampagnen mit den Schulen, Handwerkskammern und der Kieler Wirtschaftsförderung können hier den richtigen Trend setzen (siehe Kapitel Handwerk und Dienstleistungen als essenziell begreifen). Zu einem Gelingen dieses Vorhabens tragen besonders die vier RBZ bei, die weit über Kiel hinaus strahlen. Hier werden Menschen für die dringend benötigten Berufe ausgebildet.

Die Stadt Kiel ist ebenso Ausbildungsbetrieb und soll deshalb die Zahl attraktiver Ausbildungsplätze erhöhen. Mit den Jugendberufsagenturen (JBA) hat Kiel überregional anerkannte Einrichtungen geschaffen, um jungen Menschen bei der Wahl ihrer Ausbildung zu unterstützen und zu beraten. Die Arbeit der JBA sollte evaluiert und bei Bedarf angepasst und weiter ausgebaut werden.

Eine Stadt, die an die Zukunft denkt

Als Stadt an der Ostsee haben wir einen Blick für die Dinge, die größer sind als wir selbst. Wir wollen eine Stadt sein, die notwendige Transformationen frühzeitig angeht und gestaltet. Das heißt, wir wollen bei der Digitalisierung deutlicher vorankommen und streben eine digitale Verwaltung an, die nicht mehr hinterherhinkt, sondern – ganz im Gegenteil – Vorbild und ein Motor für Transformation in der Stadt ist. In der Wirtschaft befindet sich bereits eine ganze Menge im Umbau.

Diese Prozesse wollen wir beschleunigen, stärken und unterstützen. Uns ist es wichtig, dass Wirtschaftsprozesse früher reflektiert und auf soziale und ökologische Wirkweisen abgeklopft werden. Wir sehen uns hierbei aber nicht in einer Konkurrenz oder gar einem Widerspruch mit wirtschaftlichen Akteur*innen, sondern verfolgen einen kooperativen Ansatz, der auf die Bedenken der Wirtschaft eingeht und Gemeinsamkeiten nutzt.

Die Förde ist ein Erholungsort für alle, sie sichert Arbeitsplätze in der Wissenschaft, im Tourismus, Verkehr und in der Wirtschaft, sie ist ein wichtiges Reservoir für die biologische Vielfalt, und auch ein Transportweg. Von oben betrachtet gibt sie unserer Stadt ihr Gesicht. Wir wollen die maritime Wirtschaft, die Ökologie und den Erholungsort Kieler Förde nachhaltiger aufstellen und die Meeresschutzkompetenz an der Förde auch in der Förde entfalten.

Keine Krise bedroht unsere Gesellschaft und Zivilisation so drastisch wie die Klimakrise. Sie zu bekämpfen ist Kernstück unserer Politik und jeder unserer Beschlüsse und Vorschläge soll auf Klimaverträglichkeit geprüft werden. Die Bekämpfung der Klimakrise ist für uns eine interdisziplinäre Aufgabe, die eine Fokussierung verlangt. Für uns stellt es sich so dar: Wenn wir die Klimakrise durch die durch uns beschriebenen gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Wirtschaft, Energie, Verkehr etc. rechtzeitig in ausreichendem Maße abmildern können, gewinnt unsere Gesellschaft massiv an Lebensqualität. Sollte dies jedoch nicht gelingen, gefährden wir den Fortbestand unserer zivilisatorischen Grundlagen. Um dies zu verhindern, wollen wir in Kiel vorangehen.

Klimakrise stoppen

Eine klimagerechte Stadt ist eine lebenswerte Stadt mit sauberer Luft, sauberer Energie, sicherer und preiswerter Mobilität, ist eine leisere Stadt und hat eine gesündere und resilientere Umwelt.

Wir danken der Klimagerechtigkeitsbewegung, dass sie zum einen das Bewusstsein der Bevölkerung für die Klimakrise gesteigert hat und zum anderen die Politik, auch uns, ständig unter Druck setzt, Maßnahmen zu erlassen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das 1,5-Grad-Ziel versucht, den menschengemachten globalen Temperaturanstieg durch den Treibhauseffekt auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Wir werden:

- Maßnahmen aus den Masterplänen „100% Klimaschutz“ und „Mobilität“ und dem Positionspapier „Kiel klimaneutral 2035?!“ schneller umsetzen,
- alle zukünftigen Beschlüsse der Landeshauptstadt Kiel auf das 1,5-Grad-Ziel prüfen,
- die Dezernate und Ausschüsse neu zuschneiden, sodass Klimaschutz mehr Gewicht bekommt und
- das derzeit in Arbeit befindliche Klima-Folgekonzept kritisch unter die Lupe nehmen.

1,5-Grad-Ziel erreichen

Mit dem „Masterplan Mobilität“ und dem „Masterplan 100% Klimaschutz“ hat die Landeshauptstadt Kiel eine gute Grundlage, auf der wir der Klimakrise begegnen können. Um die Ziele des Pariser Klimavertrags umzusetzen und deutlich unter 2 Grad, möglichst unter 1,5 Grad zu bleiben, müssen wir jedoch deutlich schneller Klimaneutralität erreichen, als es in diesen Masterplänen vorgesehen ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die im Positionspapier „Kiel klimaneutral 2035?!“ vorgeschlagenen Maßnahmen mit Unterstützung des Landes und des Bundes umgesetzt werden.

Klimaschutz in Rat und Verwaltung verankern

In jedem Fall müssen der Klimaschutz und eine klimafreundliche Transformation massiv beschleunigt werden. Grünes Handeln in der Rathauskooperation hat dazu in den letzten Jahren bereits beigetragen. Durch die Ausrufung des Klimanotstandes konnten Maßnahmen be-

schleunigt werden und bereits zweimal konnte die Landeshauptstadt Kiel den European Energy Award für sich gewinnen.

Leider werden nach wie vor die Klimaziele nicht in alle Entscheidungen der Kommune mit einbezogen oder sie werden nur unzureichend gewichtet. Daher fordern wir die Umsetzung eines allgemeinen Klimavorbehalts, dessen erster Schritt mit der Prüfung der Auswirkungen auf das Klima im Jahr 2019 zwar beschlossen, aber von der Verwaltung noch nicht umgesetzt ist. Das heißt, dass jede Maßnahme auf ihre Kompatibilität mit dem 1,5-Grad-Ziel untersucht wird und falls sie nicht mit dem Ziel in Einklang steht, nicht durchgeführt wird. Dafür muss ein Index zur Bewertung von Nachhaltigkeit erstellt werden. Wie im Jahr 2021 beschlossen, muss jeder Haushaltsposten der Landeshauptstadt Kiel auf seine Wirkung für das Klima hin untersucht werden. Die Umsetzung werden wir weiter konstruktiv begleiten. Zudem streben wir eine Öko-Bilanzierung aller Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Kiel an. Für den kommunalen Haushalt begleiten wir die weitere Entwicklung von Kennzahlen, die im Zusammenhang mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit stehen (siehe Kapitel Haushalt transparent gestalten).

Aus unserer Sicht werden Fragen des Klimaschutzes in der Kieler Verwaltung zwar ernst genommen, jedoch in der Praxis an vielen Stellen untergewichtet. Zudem gehen die Fragen der ökologischen Auswirkungen unseres Lebens und Handelns weit über die Frage des Klimaschutzes hinaus. Der Schutz von Arten ist wesentlich für eine lebenswerte, klimaresiliente und nachhaltige Stadt. Um Klima- und Umweltfragen ganzheitlich zu betrachten, fordern wir eine neue Zuschneidung der Ausschüsse der Stadt Kiel. Bisher wird das Thema Klima in vielen Ausschüssen separat behandelt und das Thema Umwelt im Innen- und Umweltausschuss. Um dem Thema sowohl in seiner Relevanz als auch in seiner interdisziplinären Wirkweise gerecht zu werden, möchten wir einen neuen Klimaschutz- und Umweltausschuss sowie ein entsprechendes Klimaschutz- und Umweltdezernat schaffen, das auch Wirtschaft und Innovation beinhaltet.

Klimaanpassung angehen

Wir werden uns auch in Kiel in den nächsten Jahren mit den realen Folgen der menschengemachten Klimakrise frühzeitig auseinandersetzen müssen. Wir wollen die Stadt so schnell wie möglich so umbauen, dass sie keine Treibhausgase mehr ausstößt. Allerdings findet die Klimakrise bereits statt. Wir haben bereits mehr als 1° Klimaerhitzung erreicht und 1,5° einzuhalten ist in Anbetracht der bisherigen nationalen und internationalen Schritte und Erfolge kaum noch wahrscheinlich. Selbst wenn wir die Erderwärmung auf 1,5° begrenzen können, wird sich unser Klima verändern, daher müssen wir nicht nur die Erderwärmung verlangsamen, sondern uns auch an Klimafolgen anpassen. Auch wir in Kiel müssen uns langfristig darauf einstellen. Wir wollen erforschen, welche Auswirkungen die Klimakrise auf unsere Stadt haben wird und wie wir uns vor diesen Auswirkungen frühzeitig schützen können. Dazu wollen wir eine Studie mit

kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsempfehlungen in Auftrag geben.

Wir werden die Ausgestaltung des Klimafolgen-Konzeptes weiter begleiten. Wichtige Punkte sind für uns die Entsiegelung von Flächen, Fassadengrün, Gründächer, naturnahe Gestaltung der Wasserkante, Blühwiesen, mehr Stadtnatur, Schutz kritischer Infrastruktur, naturnahe Gestaltung von Schulhöfen, Hitzeaktionspläne, Wasserbrunnen in der Stadt, der Umgang mit Wasser und vieles mehr. Wir werden erste Maßnahmen für Klimaresilienz und -anpassung noch in der nächsten Wahlperiode realisieren.

Zudem soll auch das Smart City-Konzept mit dem Klimaschutz verbunden werden, um Nachhaltigkeitspotenziale zu heben und einen digitalen Zwilling für die Abschätzung von Wetterereignissen nach dem Vorbild von Göteborg zu schaffen. Ein digitaler Zwilling ist ein digitales Modell, mit dem Ereignisse und Szenarien visuell dargestellt werden.

Kieler Energie- und Wärmewende

Schleswig-Holstein ist Energiewendeland Nummer eins. Wir wollen in Kiel unseren Beitrag dazu leisten und daher unsere Flächen effizient nutzen. Damit die Energiewende gelingt, darf die Wärmewende nicht aus dem Blick verloren werden.

Wir werden:

- Leitlinien zum zukunftsgerechten Bauen verabschieden,
- netto keine Flächen versiegeln,
- die Sanierungsquote von Gebäuden steigern und so Energie sparen,
- kein Dach mehr ohne Solarzellen oder Grün bauen,
- öffentliche Dächer mit Solarzellen nachrüsten,
- Windenergie nach Kiel bringen,
- Fachkräfte für die Energiewende gewinnen und
- die Mehrheit der Stadtwerke zurück in kommunale Hand bringen

Bauen klimafreundlicher gestalten

Mehr als die Hälfte des Primärenergiebedarfs Deutschlands entfällt auf Wärme. Gleichzeitig werden dabei nur etwa 16% erneuerbare Energien genutzt. Erfolgreicher Klimaschutz setzt daher das Gelingen der Wärmewende voraus. Weil Wladimir Putin seit dem russischen Angriff auf die Ukraine Gas als Waffe einsetzt, droht akut eine Gasnotlage. Deshalb muss die Wärmewende ein vorrangiges Politikziel jeder demokratischen Partei unseres Landes sein. Hierzu wollen wir in Kiel unseren Beitrag leisten, der sich an den für 1,5 Grad nötigen Maßnahmen orientiert.

Heute errichtete Neubauten werden oft noch bis ins nächste Jahrhundert genutzt. Klimaneutralität bis 2035, 2040 oder auch 2045 setzt damit voraus, dass gerade die Gebäude, die heute errichtet werden, von Beginn an klimaneutral sind. Dies kann erfolgen, indem sie komplett mit regenerativen Energien versorgt werden oder indem sie als Passiv- oder, besser, Plus-Energie-Häuser gebaut werden. In die Abwägung zwischen diesen Möglichkeiten muss auch die „graue Energie“ einfließen, die für den Bau der Häuser aufgewendet wird und die heute oft in der glei-

chen Größenordnung liegt wie die „rote Energie“, die während der gesamten Lebensdauer des Hauses für Wärme aufgewendet wird.

Daher werden wir uns für Leitlinien der Stadt Kiel zum zukunftsgerechten Bauen einsetzen, die u. a. folgende Aspekte einbeziehen:

- Energiebedarf der Häuser für Beheizung und Warmwasserbereitung;
- Art der Bereitstellung benötigter Energie (Fernwärme, Solarthermie, kalte Nahwärme mit Wärmepumpen etc.);
- Eignung für die aktive (Solarthermie, Photovoltaik, auch an den Fassaden) oder passive Nutzung von Solarenergie (Ausrichtung, Dachneigung, Fenster u. a.);
- verwendete Baustoffe und daraus resultierende CO₂-Emissionen beim Bau des Hauses (z. B. Ersatz von Beton durch nachwachsende Rohstoffe wie etwa Holz);
- recyclinggerechtes Bauen, das die weitestgehende Trennbarkeit und Wiederverwertbarkeit der verwendeten Baustoffe am Ende der Lebensdauer der Häuser ermöglicht;
- Klimafolgenanpassung (Dach- und Fassadenbegrünung, reflektierende Farben der Außenhülle etc.);
- Einbettung in ein Quartierskonzept mit Car-Sharing, Ladesäuleninfrastruktur, quartiersgebundenen Wärmespeichern und einer effizienten Nutzung von Fläche (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung);
- Berücksichtigung des Mikroklimas.

Die Leitlinien sind so abzufassen, dass Neubauten ausschließlich klimaneutral errichtet werden. Neben Wohngebäuden sollen sie auch, ggf. in modifizierter Form, gewerbliche Liegenschaften umfassen. Sie werden Grundlage aller Planungen und Verträge, die im städtischen Einflussbereich liegen (Bebauungspläne, Grundstückskaufverträge, Erbpachtverträge etc.). Wir müssen Lehren für zukünftige Neubaugebiete (wie das MFG-5-Gelände) aus den veralteten Bebauungsplänen des Neubaugebiets im Kieler Süden ziehen.

Ökologischer mit Flächen umgehen

Laut Landesentwicklungsplan dürfen nur noch 1,2 m² pro Tag versiegelt werden. In Kiel gibt es genügend bereits versiegelte Fläche, die bebaut werden kann. Wir werden daher netto keine weitere Fläche mehr versiegeln. Die Versiegelung für Neubaugebiete muss an anderer Stelle durch Entsiegelung ausgeglichen werden. Ebenfalls muss mehr in die Höhe gebaut werden, beispielsweise auf/über Gebäuden der Nahversorgung. Höheres Bauen lindert die Flächenkonkurrenz zu anderen Nutzungen der Fläche, wie Grün-, Erholungs-, Spiel- und Gewerbefläche (siehe Kapitel Fläche effizient und ökologisch nutzen). Nachverdichtungen sind klimaverträglicher als Neubau auf „der grünen Wiese“ und daher zu bevorzugen, solange sie nicht gegen das Klimafolgen-Konzept verstoßen. Selbstverständlich soll es keine Neubaugebiete in Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten geben.

Sanierungen vorantreiben

Ebenso wollen wir die Wärmewende bei den Bestandsgebäuden voranbringen. Kommunale Einflussmöglichkeiten bestehen hier vor allem durch Information, Beratung und Förderung. Ein hervorragendes Instrument hierfür ist das Programm „Energetische Stadtsanierung“ (KfW 432), in dem Quartierskonzepte und Umsetzungsbegleitungen in Form von Sanierungsmanagements aus Mitteln des Bundes sowie des Landes zu 90 bzw. 95% gefördert werden. Mit ihnen können u. a. Konzepte zur klimaneutralen Energieversorgung erarbeitet und umfassende Sanierungsberatungen gefördert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass während der nächsten Wahlperiode für mindestens 75% aller Haushalte in Kiel Quartierskonzepte erstellt werden, an die sich in der Regel ein Sanierungsmanagement zur Umsetzung anschließt. Bei der Auswahl der Quartiere und der Ausgestaltung der Inhalte setzen wir uns dafür ein, dass der Fokus auch auf umfassende Beratungen gelegt wird: Gerade dort, wo eine regenerative Versorgung über Wärmenetze nicht realisierbar ist, wächst die Bedeutung umfangreicher Sanierungsberatungen zu Einsparmöglichkeiten und dezentraler regenerativer Energienutzung.

Kiel braucht eine Vervierfachung der Sanierungsrate auf ca. 4% pro Jahr. Das bedeutet eine Sanierung von ca. 740 Ein- und Zweifamilienhäusern sowie 440 Mehrfamilienhäusern pro Jahr. Energetische Sanierungen müssen unabhängig vom üblichen Sanierungszyklus (50-70 Jahre) erfolgen. Dafür nötig sind erheblich veränderte, rechtliche Rahmenbedingungen sowie ausreichend Geld, Material und Handwerker*innen. Wir wollen regenerativ gespeiste Wärmenetze massiv ausbauen und die energetische Sanierung besonders auf Gebäude fokussieren, die nicht ans Wärmenetz angeschlossen werden können.

Mit diesen Maßnahmen bei Neubauten und im Bestand leisten wir einen Beitrag dazu, dass Wohnen bezahlbar bleibt – nicht nur heute, sondern auch in den kommenden Jahrzehnten bei

weiter steigenden Energiekosten. Die Steigerungen der Energiepreise und die Diskussionen um unsere Versorgungssicherheit u. a. durch den russischen Angriff auf die Ukraine haben deutlich gemacht, wie wichtig die Senkung des Energiebedarfs und der Umstieg auf regionale, erneuerbare Energieträger für jeden einzelnen Haushalt sind.

Wind & Solar deutlich ausbauen

Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Energiekrise sollten Kiel und die benachbarten Gemeinden ihrer Verantwortung für Klimaschutz und Versorgungssicherheit nachkommen und prüfen, ob auch über die bereits ausgewiesenen Vorranggebiete hinaus nicht doch weitere Flächen für Windenergie geeignet sein könnten. Wir sind uns dessen bewusst, dass dies auch unterstützende Initiativen auf Landesebene erfordert. So wollen wir den geplanten, aber 2016 gestoppten interkommunalen Windpark Meimersdorf/Flintbek mit 6 Rotoren à 3 Megawatt wieder aufleben lassen und verwirklichen. Mindestens zwei der Rotoren sollen als Bürger*innenanlagen finanziert werden. Eine möglichst kleine Fläche wird dafür aus dem ca. 1000 ha großen Landschaftsschutzgebiet zwischen Eidertal und Klosterforst Preetz entlassen.

Die durch uns vorangebrachte Abschaltung des Kohlekraftwerks in Kiel hat die gesamtstädtische Klimabilanz deutlich entlastet. Das an seine Stelle getretene Küstenkraftwerk der Stadtwerke Kiel wird jedoch mit Erdgas, das heißt mit einem fossilen Brennstoff, betrieben. Erdgas kann unter anderem durch sogenannten Methanschluß ebenfalls große Mengen Treibhausgas in die Atmosphäre einbringen. Dies hängt sowohl von der Bauweise des Kraftwerks wie der gesamten Gaslieferkette ab. Wir fordern daher von den Stadtwerken systematische Messungen zur Erfassung des Methanschlußes und unterstützen die Planungen der Kieler Stadtwerke, schrittweise das Kraftwerk auf Großwärmepumpen und 100% grünen Wasserstoff umzustellen. Wir wollen diesen Plan zusätzlich beschleunigen.

Die im Jahr 2022 eingeführte Förderung von Solarthermie- und Photovoltaikanlagen auf Gebäuden in Kiel ist einer unserer energiepolitischen Erfolge. Der Ausbau der Solarenergienutzung ist ein wichtiger Baustein der regionalen, erneuerbaren Energiegewinnung. Er sollte auch durch Beratungs- und Serviceangebote z. B. der Stadtwerke in Kooperation mit dem Handwerk vorangetrieben werden. Alle Bürger*innen – also sowohl Eigentümer*innen als auch Mieter*innen – sollen zudem die Möglichkeit haben, sich über Bürger*innenkraftwerke an der Stromerzeugung zu beteiligen und damit die Energiewende in die eigene Hand zu nehmen. Dazu getroffene Beschlüsse der Ratsversammlung sollen zügig umgesetzt werden. Hier wollen wir auch den Rückenwind durch die Verbesserungen der regulatorischen Rahmenbedingungen nutzen, die das grün geführte Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesregierung angestoßen hat. Auch hier braucht es mehr Beratung über technische Möglichkeiten und Förderprogramme.

Langfristiges Ziel ist, dass kein geeignetes Dach ohne Photovoltaik-Anlage, ökologisch wertvolle Begrünung oder Wohn- und Freizeitnutzung mehr vorhanden ist. Der Beschluss zu einem Modellprojekt für Bürger*innenkraftwerke soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Aus den Erfahrungen sollen weitere Projekte angestoßen werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt nur noch „echten“ Ökostrom bezieht, bei dem der Herkunftsnachweis an die Stromlieferung gekoppelt ist. Idealerweise handelt es sich um Strom aus lokalen Bürger*innenkraftwerken.

Zur Energie- und Wärmewende gehören auch Energieeffizienz und -ersparnisse. Hierfür muss es mehr und niedrigschwellige Energieberatung geben. Besonders die Verbraucherzentralen sind dafür geeignet.

Ein Engpass der dezentralen Umsetzung der Energiewende ist der Fachkräftemangel bei Energieberater*innen, im Handwerk etc. Hier soll die Stadt gemeinsam mit Schulen, Hochschulen, der Kieler Wirtschaftsförderung, Jobcenter, Arbeitsagentur, Kammern und Verbänden Programme erarbeiten, die die Attraktivität des Berufsfeldes Klimaretter*in erhöhen und deutlich machen und die entsprechende Aus- und Weiterbildungen forcieren. Ohne das Handwerk schaffen wir die Klimawende nicht. Zudem soll geprüft werden, ob ein Bundesfreiwilligendienst auch in diesem Bereich angeboten werden könnte.

Die Transformation hin zu einer klimagerechten Stadt erfordert viele kleine Projekte für Dach-Photovoltaik, das Aufstellen von E-Ladesäulen und vieles mehr. Wir wollen, dass diese Projekte, insofern sie wirtschaftlich tragfähig geplant sind, nicht am fehlenden Kapital scheitern. Crowdfundings sowie Crowdinvestments können eine zusätzliche Möglichkeit der Projektfinanzierung sein.

Stadtwerke in Stadthand bringen

Um die Begleitung der Stadtwerke zu sichern, sollte die Stadt die ihr zustehenden Aufsichtsratsmandate bei den Stadtwerken wieder vollständig selbst besetzen. Unser energiepolitisches Ziel bleibt zudem der Rückkauf von mindestens 2% der Anteile an den Stadtwerken, damit die Landeshauptstadt Kiel wieder die Anteilsmehrheit mit mindestens 51% besitzt. Die Stadtwerke müssen auch als kommunales Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich agieren. Primäres Ziel sollte dabei jedoch keine Rendite gemäß den Erwartungen von Finanzinvestor*innen sein, sondern eine am Interesse der Bürger*innen der Stadt orientierte Daseinsvorsorge.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Dekarbonisierungsstrategie der Stadtwerke und werden ihre Umsetzung in den kommenden Jahren konstruktiv-kritisch begleiten. Dabei wer-

den wir nach Möglichkeiten suchen, die Strom- und Fernwärmeproduktion für Kiel schon vor dem Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten.

Naturschutz

Die Biodiversitätskrise ist die zweite ökologische Krise, in der wir uns neben der Klimakrise befinden. Diese beiden Krisen hängen unmittelbar miteinander zusammen und verstärken sich.

Wir werden:

- Kiel zur Meeresschutzstadt machen,
- Biodiversität in der Förde erhalten,
- die Kieler Wälder erhalten,
- das Meimersdorfer Moor wieder vernässen,
- Insekten schützen,
- Kennzeichnung und Kastration für Katzen verpflichtend machen und
- Taubenschläge einrichten.

Ostsee schützen

Das Meer ist für Kiel Identität, Erholungsraum, Tourismus-, Wirtschafts- und Standortfaktor zugleich. Dazu ist es Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir wollen das Ökosystem Meer schützen und den Namen Meeresschutzstadt mit Inhalt füllen. Dazu möchten wir zum einen Naturräume an der Förde möglichst natürlich gestalten, zum anderen aber auch den Menschen die Möglichkeit geben, das Meer erleben zu können, und den Zugang zum Wasser ermöglichen. Konkret bedeutet das, dass wir auch unter Wasser darauf achten, vielfältige Ökosysteme zu schaffen, um die Biodiversität des Meeres zu fördern. Konkret werden wir diesen Aspekt z. B. bei der Neugestaltung des Strandes in Hasselfelde verfolgen.

Wir wollen den Lebensraum Förde dadurch schützen, dass wir den Eintrag von Mikroplastik und Schadstoffen reduzieren. Ein Mittel hierbei ist die Installation von technischen Filteranlagen, um zu vermeiden, dass Reifen- und Bremsabrieb bei Regen direkt von den Straßen in die Förde eingetragen werden. Außerdem soll geprüft werden, wie die Stadt Kiel darauf einwirken kann, dass keine toxischen Antifoulingschiffslacke mehr in Kieler Sportboothäfen und beim Seehafen verwendet werden dürfen. Wir wollen uns u. a. für eine Unterschutzstellung der Braunalgenbestände vor der Kiellinie einsetzen. Damit uns der Lebensraum Meer langfristig auch in seiner

Funktion als Tourismus- und Wirtschaftsfaktor erhalten bleibt, möchten wir ein Konzept für nachhaltigen Tourismus entwickeln lassen. Es gibt bereits ein Tourismuskonzept, in dem nachhaltiger Tourismus und das Thema Kreuzfahrten unterrepräsentiert sind. Das wollen wir ändern. Darüber hinaus wollen wir Kiel zum Zentrum für eine nachhaltige maritime Wirtschaft machen. Dazu gehören für uns sowohl kleine, mittelständische bis hin zu industriell geprägten Unternehmen, als auch maritime Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung (siehe Kapitel Maritime Wirtschaft stärken).

Um die enge Verbindung zwischen Kiel und dem Lebensraum Meer, der wiederum eng mit dem Thema Klima und Klimawandel verbunden ist, zu vermitteln, ist eines unserer zentralen Projekte in der nächsten Wahlperiode, ein Meeresvisualisierungszentrum für Kiel auf den Weg zu bringen. Das Zentrum soll ein Umweltbildungs-, wie auch ein touristischer Anlaufpunkt mit überregionaler Strahlkraft sein, der zum einen die Herausforderungen beim Schutz der Meere und des Klimas aufzeigt, gleichzeitig aber auch für diesen komplexen Lebensraum begeistern soll. Hierfür sollen Fördermittel von Land und Bund in Anspruch genommen werden. Daneben wollen wir auch kleinere Umweltbildungsangebote rund um das Thema Meer fördern. So sollen z. B. rund um die Küstenlinie herum Bildungstafeln oder -stelen aufgebaut werden, die interdisziplinär mit Inhalten bestückt werden. Denkbar wäre hier eine mögliche Kooperation mit den in Kiel ansässigen Hochschulen mit ihren unterschiedlichen Expertisen.

Wälder & Moore erhalten und vernässen

Moore und Feuchtgebiete sind für den Schutz des Klimas unerlässlich, weil in Torf sehr viel Kohlenstoff gespeichert wird. Daher müssen Moore wie das Meimersdorfer Moor wiedervernässt werden. Wir wollen das zusammenhängende Gebiet Meimersdorfer Moor, Meimersdorfer Bahnhof und Vieburger Gehölz als Landschaftsschutzgebiet ausweisen, wie in der Landschaftsrahmenplanung (LRP) vorgeschlagen. Die Moorkoppel darf nicht entwässert werden.

Die Stadt Kiel hat auf unsere Initiative die Erarbeitung eines Schutzkonzepts für den Wald beschlossen, das sich am Naturwald orientieren soll. Dies wollen wir konstruktiv-kritisch begleiten. Wir wollen den kommerziellen Holzeinschlag dort beenden und den Kieler Stadtwald, um seinen langfristigen Erhalt zu sichern, in eine Stiftung überführen. Unser Ziel ist es, den Baumbestand im Kieler Stadtgebiet zu erhöhen. Dies soll durch standortgerechte, an ökologischen und klimaangepassten Kriterien orientierte und der essbaren Stadt gerechte Bepflanzung erfolgen.

Wir wollen den Kieler Grüngürtel schützen und zu den bis jetzt geplanten Bauprojekten im Bereich des Grüngürtels keine weiteren hinzufügen. Die bisher geplanten Bauprojekte wollen wir überprüfen und gegebenenfalls verhindern. Langfristig wollen wir Lücken im Grüngürtel

wieder schließen, sollte sich die Möglichkeit dazu ergeben.

Tierschutz forcieren

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die Finanzierung des Tierheims am Uhlenkrog gesichert. Dafür stehen wir auch weiterhin. Wir möchten auch Stadtauben schützen und gleichzeitig ihre Population kontrollieren, indem wir sogenannte Taubenschläge bauen. Dort können sie geschützt brüten und nächtigen. Durch einen gesicherten Zugang zu artgerechtem Futter werden die Tauben weniger aufdringlich bei der Futtersuche und ihr Gesundheitszustand verbessert sich. Gleichzeitig werden die Taubenhinterlassenschaften auf einige wenige Plätze konzentriert und somit die Stadt in der Fläche entlastet. Zudem können dort die Eier der Tauben gegen Attrappen ausgetauscht und so die Taubenpopulation verringert werden. Der erste Taubenschlag ist im Innenstadtbereich geplant und beschlossen. Wir fordern einen weiteren Taubenschlag auf dem Ostufer im Bereich Gaarden. Davon würden sowohl die Tauben als auch die Menschen profitieren.

Aus dem gleichen Grund fordern wir die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen, um die streunende Katzenpopulation zu verringern. Eine verringerte Katzenpopulation würde auch den Vogelschutz fördern, da viele Vögel streunenden Katzen zum Opfer fallen. Haushalte mit geringem Einkommen, die die Kosten einer Kastration nicht tragen können, werden durch das Projekt der Tierärztekammer mit Unterstützung des Landes, das regelmäßig kostenlose Kastrationen anbietet, gefördert. Züchter*innen sollen Ausnahmegenehmigungen erhalten können, insofern Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt werden kann.

Wir befürworten ein Wildtierverbot in Zirkussen und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Kommunen die Möglichkeit bekommen, ein solches Verbot aussprechen zu können. Wir werden prüfen, ob wir über Vorgaben bei der Flächenvergabe an Zirkusse hierauf einwirken können.

Zum Schutz der Biodiversität ist Insektenschutz essenziell. Dazu fordern wir ein ökologisches und smartes Beleuchtungskonzept, mehr Blühwiesen und eine Biodiversitätsstrategie. Die Stadt benutzt bereits seit vielen Jahren keine Pestizide mehr. Zudem braucht die Stadt Kiel eine extensive Grünflächenpflege, insektenfreundliche Bepflanzung (auch im Blühhhythmus, damit die nektarsaugenden Insekten über das Jahr immer etwas zu fressen finden) und Strukturvielfalt in Grünflächen und Insektenhotels.

Freizeitfischerei möchten wir besser kontrollieren, weil dort häufig Regelungen missachtet werden. Besonders im Schilfbereich ist Angeln für den Fischbestand kritisch. Die Biodiversität muss nicht nur an Land, sondern auch im Wasser geschützt werden.

Wirtschaft transformieren

Die Wirtschaft Kiels steht vor einer großen Transformation. In Zukunft muss unser Wirtschaften klimaneutral geschehen. Aber wir wollen nicht nur eine ökologische Wirtschaft, sondern auch eine soziale. Arbeitnehmer*innen haben andere Ansprüche an ihre Arbeitsstellen. Die Arbeitsstelle muss familienfreundlicher und flexibler sein, auch Homeoffice und Teilzeit werden sich weiter verbreiten. Wir arbeiten immer länger, auch auf Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer*innen müssen Arbeitgeber*innen sich daher einstellen. Diese sozial-ökologische Transformation möchten wir in Kiel aktiv gestalten.

Wir werden:

- Kiel als Wissenschaftsstandort weiter ausbauen,
- nachhaltiges Gründertum und Start-ups fördern,
- Gewerbeflächen effizienter nutzen,
- unsere Wirtschaft sozial-ökologisch umbauen, nachhaltige, innovative maritime Wirtschaft fördern,
- den Hafen ökologisch umbauen und
- Kiel als Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft weiter etablieren.

Kiel als kreative und innovative Stadt für Gründer*innen, Wissenschaft und Unternehmen gestalten

Kiel weist eine robuste Gewerbesteuerstruktur auf: wenige große Player und eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen. Diese Struktur gilt es weiter zu fördern, klimaneutral zu transformieren und auf Nachhaltigkeit auszurichten. Wir möchten Gründertum erleichtern. Neue Unternehmen und Start-ups, die sich hier ansiedeln möchten, müssen sich jedoch am Gemeinwohl orientieren. Als Stadt haben wir Einfluss darauf, welches Gewerbe wir in der Stadt fördern möchten und welches nicht. Social Entrepreneurship wollen wir im Besonderen fördern. Dafür sind Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu unterstützen, auch für Schüler*innen.

Für die Bewältigung der großen Herausforderungen durch Klimawandel, Meeresschutz Artenvielfalt, Flucht, Ressourcenknappheit und sozialer Ungleichheit wird es entscheidend sein, neue

Ideen und Innovationen in Form von konkreten Konzepten und technischen Lösungen zu entwickeln.

Kiel hat hierfür als Standort von vier Hochschulen und weiteren wichtigen Forschungseinrichtungen wie dem Geomar und dem Institut für Weltwirtschaft in Kombination mit einer vielfältigen Landschaft kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der neu entstandenen Kreativszene die besten Voraussetzungen. Unser Ziel ist es, ein Klima zu etablieren, das mit Einbindung der Hochschulen und der Kreativszene in der gesamten Wirtschaft nachhaltige Veränderungsprozesse voranbringt und Kiel zu einem Ort macht, an dem die Lösungen der Zukunft erdacht und realisiert und somit zukunftsfähige Arbeitsplätze für alle Kieler*innen geschaffen werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft ist deshalb für uns ein Standortfaktor, weil wir Freiräume für Kreativität schaffen und damit die Entwicklung von Ideen befördern wollen. Die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft geht für uns immer einher mit einer starken Kulturlandschaft und der Förderung der großen Vielfalt von Kulturinitiativen in den Stadtteilen und der zentralen Kultureinrichtungen im Zentrum (siehe Kapitel Kunst und Kultur).

Ein wichtiges Thema hierfür sind Gründungen von Unternehmen mit Zukunftsideen sowie die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Hochschulen und Studierenden bei der Entwicklung innovativer und nachhaltiger Produkte. Ein weiterer Punkt ist die stärkere Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Stadtgesellschaft. Kooperationen mit Unternehmen, Forschungsprojekte im Stadtraum und die Einbindung der Hochschulen bei der Stadtentwicklung sind wichtige Aspekte, die unsere Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik in den nächsten Jahren prägen sollen.

Das Gründen von nachhaltigen Start-ups möchten wir erleichtern, indem wir unsere Kreativ- und Innovationszentren weiter unterstützen und ausbauen. Die Förderung der Kreativzentren OpenCampus, AnsharCampus, Alte Mu und Kreativwerft wollen wir weiterführen.

Die Kooperation mit den Innovations- und Transfereinrichtungen Wissenschaftszentrum, TransMarTech, Transferpark und Kitz sowie den Hochschuleinrichtungen für Gründungsförderung wie ZfE, StartUp Office und Exist soll gestärkt werden, indem eine selbstorganisierte Koordinierungsstelle geschaffen wird. So wollen wir die Verzahnung mit den Hochschulen vorantreiben und die Anzahl von Ausgründungen vergrößern. Damit verfolgen wir das Ziel, auch in Kiel Einrichtungen wie einen gemeinsam getragenen Accelerator für die Unterstützung nachhaltiger Start-ups und einen Campus für nachhaltige Unternehmensentwicklung zu schaffen. Initiativen wie der Gründer*innen-Stammtisch und die Stadtmacher*innen werden weiter unterstützt.

Für die Start-up-Kultur und die Wirksamkeit der Kreativ-, Transfer- und Innovationseinrichtungen ist die internationale Ausrichtung Kiels eine wichtige Voraussetzung. Deshalb wollen wir Projekte der Einrichtungen im deutsch-dänischen sowie im Ost- und Nordseeraum weiter unter-

stützen. Gleichzeitig werden wir die Kooperation mit internationalen Einrichtungen und Netzwerken wie Do-School etc. weiter stärken.

Für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft, genauso wie für die Hochschulen und die Gründungskultur ist eine schnelle und zuverlässige digitale Infrastruktur vonnöten. Eine digitale Kommunikation mit dem Rathaus ist Voraussetzung für den Erfolg (siehe Kapitel Verwaltung digitalisieren).

Gewerbeflächen effizient nutzen

Wirtschaftliche Entwicklung braucht Gewerbeflächen. Gleichzeitig muss die Zeit der Versiegelung von Flächen vorbei sein. Wir Grüne halten dies nicht für einen Widerspruch, sondern für eine Aufgabe, Flächen intelligenter zu nutzen. Kiel hat bereits sehr viel Gewerbefläche, die aber bisher nicht effizient genutzt wird. So möchten wir die Wertschöpfung pro m² Gewerbefläche erhöhen. Da wir Wohnen und Arbeiten näher zusammenbringen möchten, befürworten wir Wohnungsbau in Gewerbegebieten.

Wir verfolgen hierfür folgende Leitsätze:

- keine Gewerbegebietsentwicklungen, für die Flächen versiegelt werden müssen.
- Neugestaltung vorhandener Gewerbegebiete durch Flächenkauf und die Nutzung von Chancen für Unternehmensverlagerungen.
- Kopplung von Flächenvergaben an sozialen, innovativen und ökonomischen Mehrwert eines Unternehmens für die Stadtentwicklung.
- die Planung des Unternehmens für seine nachhaltige Entwicklung.
- Reservierung von Flächen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen und die Ausgründung von Start-ups.

Nachhaltig wirtschaften

Unternehmen aller Größen stehen vor der Lösung gewaltiger Herausforderungen, wenn sie dauerhaft bestehen wollen. Die Veränderungsprozesse durch Digitalisierung, Klimaneutralität, Neuordnung internationaler Lieferketten und Ressourcenknappheit führen dazu, dass viele Produkte von heute schon in wenigen Jahren nicht mehr marktfähig sein werden. Die Unterneh-

menslandschaft in Kiel ist geprägt von wenigen, sehr gut aufgestellten mittleren und größeren Unternehmen und vielen kleineren Unternehmen.

Gerade kleinere Unternehmen verfügen häufig nicht über die Ressourcen, um Veränderungsprozesse rechtzeitig anzugehen, und brauchen Unterstützung. Aber auch größere Unternehmen brauchen Impulse von außen, damit Veränderungen rechtzeitig angegangen werden und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Für Kiel bieten sich große Chancen im Technologietransfer aus den Hochschulen und ganz besonders im Feld der maritimen Technologien. Hier können die Wirtschaftsförderung und die Kooperation mit Kreativ-, Transfer- und Innovationszentren ansetzen und gemeinsam zielgerichtet auf Basis der von uns initiierten Innovationsstrategie unterstützen.

Nachhaltige Wirtschaft bedeutet für uns aber auch, dass wir Initiativen unterstützen, die Ressourcenverbrauch und -verschwendung an allen Stellen entgegenwirken.

Wir wollen Unternehmen im Lebensmittelbereich dazu anhalten, die Verschwendung von Lebensmitteln zu beenden, indem sie beispielsweise „Containern“ erlauben oder vermehrt der Tafel spenden, und stärker auf den Vertrieb regionaler Lebensmittel zu setzen. Gleichzeitig unterstützen wir bestehende und neue Vertriebswege für regionale Lebensmittel wie die Wochenmärkte, Marktschwärmer und Start-ups im Lebensmittelbereich. Wir möchten, dass die Stadt eine digitale Lebensmittelplattform für den Kauf und Verkauf von regionalen und saisonalen Lebensmitteln zur Verfügung stellt. Die Plattform sorgt für die Zahlungsabwicklung und bietet ein Logistiknetz an, über das die Artikel abgeholt und zu den Kund*innen im Stadtgebiet gebracht werden.

Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlökonomie sind Ziele unserer Wirtschaftspolitik. Aus unserer Sicht sollten Unternehmen der Zukunft keine Produkte mehr vertreiben, für deren Bestandteile ihre spätere Weiterverwendung nicht geklärt ist („reuse, remake, recycle“), und sie sollten nicht Renditeinteressen von Kapitalgeber*innen, sondern der Rendite der Allgemeinheit, also dem Gemeinwohl, dienen. Wir wollen die Kieler Wirtschaft dafür gewinnen, sich eindeutig zu den Zielen Klimaneutralität, Zero Waste, soziale Gerechtigkeit und Fairer Handel zu bekennen, damit Kiel zu einem Standort wird, der eindeutig für eine zukunftsgerechte Wirtschaft steht.

Unternehmen, die über reine Beratung hinaus von Programmen der Wirtschaftsförderung profitieren, sollen Corporate Social Responsibility-Standards einführen und umsetzen. Das schaffen wir mit der Kooperation von Kreativ-, Transfer- und Innovationseinrichtungen und der Kieler Wirtschaftsförderung (KiWi). Wir streben an, dass Kiel die erste deutsche Großstadt wird, die sich als Gemeinwohl-Kommune zertifizieren lässt. Nach dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber werden wirtschaftliche Akteur*innen in Bezug auf ihre Auswirkungen auf

Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Mitbestimmung bewertet. Dies geht Hand in Hand mit den Sustainable Development Goals (SDG) mit einem klar wirtschaftlichen Fokus. Als erster Schritt sollen die städtischen Gesellschaften sukzessive beginnen, extern auditierte Gemeinwohlbilanzen und -berichte zu erstellen, um Nachhaltigkeitspotenziale aufzudecken.

Wir werden darauf hinwirken, dass die Strukturen der Wirtschaftsförderung in Kiel klarer und eindeutiger auf das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaft ausgerichtet werden und sich in die Strategie für eine klimaneutrale Stadt einfügen. Hierfür streben wir die Schaffung eines neuen Dezernats für Wirtschaft, Klima, Umwelt und Innovation an.

Nachhaltiger Tourismus - Hafen dekarbonisieren

Kiel entwickelt sich mehr und mehr zu einer Adresse für Städtetourismus. Dafür wollen wir dringend ein Konzept entwickeln, wie die touristischen Angebote nachhaltig und auf den Meeresschutz ausgerichtet werden können. Nachhaltiger Tourismus zeichnet sich z. B. durch umweltfreundliche Mobilität, ressourcenschonendes Bauen, Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und Müll aus. Mit dem Kiel Marketing e. V. fördert die Stadt den Zusammenschluss vieler am Tourismus beteiligter Unternehmen. Wir schlagen vor, die Förderung von Kiel Marketing e. V. an die Voraussetzung knüpfen, dass ein Konzept für nachhaltigen Tourismus in Kiel entwickelt wird, zu dem sich alle Akteure bekennen sollen.

Ein wichtiger Aspekt des Städtetourismus ist die Kreuzfahrt. Kiel hat mit dem Tiefwasserhafen mitten in der Stadt ein Alleinstellungsmerkmal, aber auch eine herausgehobene Verantwortung. Auf der einen Seite ist die Schifffahrt dem Flugverkehr sicherlich zu bevorzugen, aber auf der anderen Seite hat besonders der Kreuzfahrttourismus erhebliche Sozial- und Umweltfolgen, insbesondere an den Zielorten. Der ökonomische Nutzen für die Reiseziele ist meist gering, da weder Hotels noch Gastronomie bei All-Inclusive Angeboten profitieren. Dazu kommen geringe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen an Bord. Wir wollen Kiel zu einem klima- und umweltfreundlichen Schifffahrtsstandort machen und auch die sozialen Folgen der Kreuzschifffahrt, sowohl für die Besatzung als auch für die Bevölkerung der Zielorte thematisieren und angehen.

Wir verfolgen deshalb das Ziel, in Kooperation mit anderen Häfen der Ostsee, auf die Kreuzfahrtindustrie Einfluss zu nehmen, um ihre Angebote an einem Konzept der Nachhaltigkeit auszurichten. Hierzu soll die Stadt ein Interreg-Ostseeprojekt zusammen mit möglichst vielen anderen Häfen auf den Weg bringen, mit dem unter anderem ein Zertifizierungsverfahren für ökologische Häfen eingeführt wird.

Die Förde ist bereits stark befahren. Wir wollen daher keinen weiteren Ausbau des Kreuzfahrt-tourismus und des internationalen Fährverkehrs. Langfristig wollen wir die Zahl der Kreuz-fahrtschiffe in Kiel verringern. Die Kreuzfahrt klimaneutral umzubauen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Das liegt auch an den langen Lebenszyklen der Schiffe und Innovationszyklen der Schiffbauunternehmen. Daher müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden.

Zudem ist ein glaubwürdiges Image des Kieler Hafens als Standort für nachhaltigen Touris-mus die beste Versicherung für die eigene wirtschaftliche Zukunft. In den vergangenen Jahren ist es mit der von uns vorangebrachten Strategie für einen ökologisch ausgerichteten Hafen zwar schon vorangegangen, jedoch müssen die Schritte in diese Richtung schneller und größer werden. Eine Stadt am Meer wie Kiel muss hierbei Vorreiterin sein und sollte diesen Vorsprung auch als potenziellen Standortfaktor und nicht nur als bevorstehende Hürde betrachten.

Für uns ist klar, dass ab 2028 keine Fahrzeuge mehr fossile Treibstoffe am Kieler Hafen tanken können. Wir wollen, dass der Port of Kiel bis 2028 klimaneutral ist. Alle Anleger müssen zeit-nah mit Landstromanschlüssen ausgestattet werden. Eine Nutzung dieses Anschlusses soll ver-pflichtend sein. Wir möchten zudem die Anliegergebühren je nach Umweltfreundlichkeit des Antriebes staffeln. Kiel muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Innovationen zu fördern und einzufordern. Zusammen mit anderen Häfen sollen die Reedereien angehalten werden, die Um-stellung auf Wasserstoff voranzutreiben und sich für den Meeresschutz und die Nachhaltigkeit an Bord einzusetzen. Um den Flugverkehr und den Autoverkehr zu den Kreuzfahrtschiffen zu verringern, fordern wir, dass in den Tickets die Zugfahrt enthalten ist.

Zu einem ökologisch verträglichen Hafen gehört auch die weitere Verlagerung von Gütern auf die Schiene, insbesondere im Zuge des weiteren Ausbaus des Ostuferhafens. Allgemein muss die Logistik klimafreundlicher vorangebracht werden (siehe Kapitel Klimafreundliche Logistik etablieren).

Maritime Wirtschaft stärken

Der Meeresschutz ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit und Kiel ist ein international sehr bedeutsamer Standort für den Meeresschutz, weil sich nur an wenigen Orten so viel Kompetenz zu den Meeren findet wie hier.

Dementsprechend wollen wir die maritime Wirtschaft und maritime Technologien mit einer klaren Orientierung auf die ökologisch verträgliche Nutzung der Meere stärken. Mit der Schaf-fung des TransMarTech im Zentrum für Maritime Technologie (ZMS) wurde die dafür erforder-liche Struktur geschaffen, die wir weiter als die zentrale Kooperationsstelle stärken wollen. Das TransMarTech bildet zusammen mit der Bildungs- und Vernetzungsplattform Ocean Summit das

Rückgrat des Ansatzes, Kiel als Meeresschutzstadt zu entwickeln und alle Akteur*innen einzubinden (Geomar, Kiel Marine Science, Maritimes Cluster Norddeutschland etc.).

Am Beispiel der Algenproduktion, wodurch viele andere umweltbelastende Stoffe ersetzt werden können und gleichzeitig enorme regionale Wertschöpfung entstehen kann, wollen wir aufzeigen, wie sich die Meere nachhaltig nutzen lassen.

Für die Entwicklung der maritimen Wirtschaft aus den Forschungen der Hochschulen heraus ist die Schaffung eines Startkapitalfonds von zentraler Bedeutung, die es ermöglicht, Prototypen zu realisieren und die Marktfähigkeit von Produkten herbeizuführen.

Mit dem Aufbau eines Meeresvisualisierungszentrums wollen wir die Unterwasserwelt digital erlebbar machen und die großen Themen der ökologischen Belastung der Meere ins Bewusstsein rufen (siehe Kapitel Ostsee schützen).

Sozialwirtschaft unterstützen

Eine regional verankerte und nachhaltig ausgerichtete Sozialwirtschaft ist Rückgrat einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Ob im Bereich des Wohnungsbaus, der Carearbeit oder der Lebensmittelbranche: Je stärker die Verbindung der Unternehmen mit der Region, desto besser ist das für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt.

Gleichzeitig bietet die Sozialwirtschaft große Chancen, bislang nicht bezahlte Arbeit im sozialen und kulturellen Sektor in Wert zu setzen und sichere Arbeitsplätze für Menschen zu schaffen, die aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder Gefahr laufen, herauszufallen.

Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass regionale, nachhaltige sozialwirtschaftliche Unternehmen gezielt Unterstützung finden und Vorrang vor anderen Unternehmen bekommen, wenn die Stadt die Möglichkeit hat, über Aufträge und Flächen-/Immobilienvergaben zu entscheiden.

Handwerk und Dienstleistungen als essentiell begreifen

Für uns Grüne sind Handwerk und Dienstleistungen Grundpfeiler einer regionalen nachhaltigen Wirtschaft und der Klimawende. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode eine Initiative der Stadt, der Handwerkskammer, der Kieler Wirtschaftsförderung, der Industrie- und Handelskammer und der Schulen für eine Stärkung der Berufe und der Berufsausbildung anstoßen.

Für uns Grüne steht eine hohe Quote an Studierenden nicht im Widerspruch dazu, das Hand-

werk zu stärken. Für viele Ausbildungsberufe ist eine Hochschulausbildung eine wertvolle Ergänzung. Wir gehen davon aus, dass berufliche Umorientierung in zukünftigen Generationen aufgrund laufender wirtschaftlicher Veränderungen normaler sein wird. Dafür ist eine breite Ausbildung wichtig. Gleichzeitig werden die Anforderungen in vielen Handwerks- und Dienstleistungsberufen weiter steigen, weshalb eine zusätzliche Hochschulausbildung im Anschluss an eine Lehre sehr vorteilhaft sein kann. Deshalb ist es wichtig, dass die anwendungsorientierte Ausbildung an den Hochschulen gestärkt wird, wofür sich die Stadt beim Land einsetzen soll.

Nicht aufrüsten aber ausrüsten

Wir Grünen haben generell eine kritische Haltung zur Rüstungsindustrie, weil Waffen letztendlich immer für kriegerische Auseinandersetzungen gedacht sind. Gleichzeitig sind wir gerade vor dem Hintergrund der Kriege in Syrien und der Ukraine realistisch genug, zu sehen, dass Verteidigungs- und Interventionsmöglichkeiten wichtig sind, um Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.

Kiel ist schon seit seiner Entwicklung zur Großstadt vor 150 Jahren eine Schmiede der Rüstungsindustrie. Waffen und Schiffe, die hier gebaut werden, finden sich in allen Teilen der Welt. Viele internationale Verbindungen gehen auf die Rüstungsindustrie zurück, genauso wie viele Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Wir treten dafür ein, dass die Stadt Flächenvergaben an Unternehmen der Rüstungsindustrie begrenzt und dass sich auch Rüstungsunternehmen an Standards der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls anpassen.

Neue Arbeit und gut arbeiten

Die neue Arbeitswelt ist spätestens seit Beginn der Coronapandemie in einer unaufhaltsamen Entwicklung. Damit ergeben sich viele Chancen für eine lebensfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt durch Verbindung von Homeoffice, Arbeit im Coworking Space und Arbeit im Betrieb. Die Verbindung von Familie und Beruf kann in vielen Berufen erleichtert werden. Mobilitätsanforderungen ändern sich, wenn das Pendeln zur Arbeit verringert werden kann. Auch wird sich die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen verändern. Zum Konzept einer nachhaltigen Wirtschaft gehört für uns das Thema Gesundheit und Arbeit genauso wie die Familienfreundlichkeit von Betrieben. Homeoffice-Regelungen sind Bundesgesetzgebung. Wir unterstützen flexible Regelungen, jedoch muss dies einhergehen mit ausreichender Kinderversorgung und der Möglichkeit, weiterhin einen Arbeitsplatz außerhalb der eigenen vier Wände zu nutzen.

Für uns Grüne ist es wichtig, die soziale Absicherung gerade der Gruppen zu verbessern, die am Rande des Erwerbslebens stehen und keine gesicherten Arbeitsverhältnisse haben. Wir wollen,

dass die Stadt Projekte fördert, in denen Arbeitsplätze für Menschen entstehen, die länger erwerbslos oder von Erwerbslosigkeit bedroht sind. Wir wollen diesen Menschen eine Perspektive in unserer sozialen Gemeinschaft geben, egal, ob für sie ein Einkommen entsteht oder nicht.

Und wir setzen uns für eine Honorarordnung für Künstler*innen und Kulturschaffende und für gute Arbeit in der Verwaltung ein (siehe Kapitel Gute Arbeit in der Verwaltung).

In der nächsten Wahlperiode werden wir vorschlagen, ein kommunales Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen für Menschen zu schaffen, die vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind.

Chancen der KielRegion nutzen

Die KielRegion bietet für Kiel und seine Nachbarkreise große Chancen, weil viele Aufgaben gemeinsam besser zu bewältigen sind als alleine. Das betrifft Fragen der Mobilität, der Gewerbeentwicklung, des Wohnungsbaus, der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung usw.. An der Entwicklung der SprottenFlotte, genauso wie an der Landschaft von Coworking Spaces kann beispielhaft aufgezeigt werden, welche Synergien sich bei einer engen Kooperation ergeben.

Wir werden uns deshalb für einen engeren Regionalverbund einsetzen und sind auch bereit, der Übertragung von Entscheidungskompetenzen an einen Verbund zuzustimmen, soweit eine demokratische Kontrolle durch von den Kommunalparlamenten gewählte Personen ermöglicht wird. Die Gremien eines Regionalverbundes sollen ausschließlich durch gewählte Vertreter*innen der Selbstverwaltungen und nicht durch Vertreter*innen der Verwaltungsspitzen besetzt werden.

Finanzpolitik nachhaltig gestalten

Ein nachhaltiger Haushalt bedeutet für uns, dass wir die Stadt zukunftssicher gestalten wollen. Dazu braucht es Investitionen in Mobilität, Bildung, Klimaschutz und Wohnen. Es ist wichtig, diese Investitionen zu tätigen, denn sie reduzieren bei langfristiger Betrachtung Kosten und entlasten unseren Haushalt.

Wir wollen eine klimagerechte Mobilität, die jede*n von A nach B bringt, gut ausgebildete Menschen, bezahlbaren Wohnraum für alle und eine Stadt, die auf die zukünftigen extremen Wetterereignisse infolge der Klimakrise vorbereitet ist.

Wir werden:

- den Haushalt für jeden und jede transparent und verständlich machen,
- die Messbarkeit der Wirkung von Maßnahmen vorantreiben,
- die Einnahmen der Stadt erhöhen und
- nachhaltig in die Zukunft investieren.

Haushalt transparent gestalten

Die meisten Ausgaben im Haushalt sind Pflichtaufgaben, das heißt, wir sind durch Landes- oder Bundesgesetze dazu verpflichtet, diese Aufgaben auszuführen und die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir wollen es den Bürger*innen der Landeshauptstadt Kiel leichter machen, zu verstehen, wofür und warum die Stadt Geld ausgibt. Transparenz ist für uns kein Selbstzweck, sondern nimmt die Bürger*innen mit und gibt ihnen ein Verständnis dafür, warum gewisse Ausgaben getätigt werden und andere nicht.

Die Landeshauptstadt Kiel hat sich mit dem Tool `haushalt.digital` bereits auf den Weg gemacht. Dieses Tool bietet zwar Transparenz, jedoch keine einfache Handhabbarkeit und Übersichtlichkeit für Laien. Wir möchten, dass jeder und jede nachvollziehen kann, wofür wir Geld ausgeben und woher unser Geld kommt. Dazu muss den Menschen als Erstes die Menge an Geld veranschaulicht und ins Verhältnis gesetzt werden, mit dem die Stadt Kiel haushaltet. Damit klar ist, wie viel Geld uns zur Verfügung steht und wie viel bereits durch die erwähnten Pflichtaufgaben oder Personal gebunden ist. Zudem muss bei Investitionen transparent gemacht werden, wie hoch jeweils Eigenanteil und Förderungen sind und woher diese Förderungen kommen. Erhobene Gebühren müssen auskömmlich sein und für die Bürger*innen transparent dargestellt.

werden. Es muss deutlich werden, welche Beträge nicht bei der Stadt, sondern z. B. beim Bund landen (etwa die Gebühren für die Ausweisdokumente). Zur Transparenz gehört auch, dass deutlich wird, wie viel Aufwandsentschädigungen unsere ehrenamtlich agierenden Rats- und Ausschussmitglieder bekommen. Das Thema Haushalt ist bisher elitär und wenig zugänglich. Wir halten eine offene und einfache Kommunikation für notwendig, um dies zu ändern. Es muss von der Stadt stetig kommuniziert werden, wie viel einzelne Maßnahmen kosten: via Social Media, in Pressemitteilungen sowie in den Beschlussvorlagen und Mitteilungen der Ratsversammlung.

Erhobene Gebühren müssen auskömmlich sein und für die Bürgerinnen und Bürger transparent dargestellt werden. Es muss deutlich werden, welche Beträge nicht bei der Stadt, sondern z. B. beim Bund landen, hier nennen wir die Ausweisdokumente. Zur Transparenz gehört auch, dass deutlich wird, wie viel Aufwandsentschädigungen unsere ehrenamtlich agierenden Rats- und Ausschussmitglieder bekommen.

Das Thema Haushalt ist bisher elitär und wenig zugänglich. Wir halten eine offene und einfache Kommunikation für geboten, um dies zu ändern. Es muss von der Stadt stetig kommuniziert werden, wie viel einzelne Maßnahmen kosten: sei es via Social Media, in Pressemitteilungen sowie in den Beschlussvorlagen und Mitteilungen der Ratsversammlung.

Haushalt wirkungsorientiert aufstellen

Essenziell für einen nachvollziehbaren Haushalt ist die Messbarkeit der Wirkung von Maßnahmen, damit klar wird, welches Geld zu welchen Verbesserungen geführt hat. Der sogenannte wirkungsorientierte Haushalt muss umgesetzt werden. Dazu müssen Kennzahlen und Messinstrumente eingeführt werden, um den Haushalt wirksam zu steuern.

Wir fordern daher einen sozial-ökologischen Kriterienkatalog, der jede Ausgabe und Maßnahme auf Gender- und Klimagerechtigkeit sowie auf die anderen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) hin überprüft. Kostenintensive und wirkungslose Maßnahmen werden dadurch verhindert und die Gelder können zukunftsorientiert eingesetzt werden.

Maßnahmen, die in guter Absicht eingeführt wurden, jedoch geringe Wirkung zeigen, müssen auch gestrichen werden dürfen, damit Maßnahmen nicht unter allen Umständen als Erfolg dargestellt und verteidigt werden „müssen“. Dafür brauchen wir eine offene und ehrliche Fehlerkultur.

Wirkungsorientierung bedeutet auch, dass alle Förderungen auf ihre Wirkung hin untersucht werden und gegebenenfalls nicht verlängert werden. Nachhaltige Finanzpolitik heißt für uns auch, dass jedes Projekt und jede Institution die gleichen Chancen auf Förderung haben und es keine Gießkannen-Geldverteilung nach dem Motto „Das haben wir schon immer so gemacht“ gibt. Jeder und jede Fördermittelempfänger*in muss sich einer Evaluation nach Wirkung stellen. Um Planungssicherheit zu schaffen, haben wir die Förderrichtlinie so überarbeitet, dass nun 5-jährige Förderungen möglich sind. Diesen Zeitraum möchten wir Fördermittelempfänger*innen in der Regel zugestehen.

Die Wirkung von bereits finanzierten Maßnahmen muss nicht nur während der Planungsphase beurteilt, sondern auch während des Prozesses ständig überprüft werden. Das heißt konkret, dass beschlossene Maßnahmen im Laufe des Prozesses auch abgebrochen werden können, wenn sich abzeichnet, dass die Wirkung nicht mehr erzielt wird oder Kosten explodieren. Diese Wirkungsorientierung wünschen wir uns schon bei Beschlussvorlagen, wie es in Flensburg bereits der Fall ist. Jede Beschlussvorlage soll so aufgebaut sein, dass neben dem Antrag und der Begründung (bisher) die Zielsetzung und Messbarkeit sowie die wahrscheinlich eingesetzten Ressourcen (Geld, Personal) und wo sie herkommen dargelegt werden müssen. So müssen sich alle Ausschüsse auch mit der Finanzierbarkeit auseinandersetzen. Zudem fordern wir, dass auch in Ausschüssen außerhalb des Finanzausschusses viertel- oder halbjährlich ein Bericht des Finanzdezernenten auf der Tagesordnung steht.

Haushaltsmittel auskömmlich einnehmen und effizient ausgeben

Wir möchten insgesamt keine Kürzungen innerhalb der Dezernate/Haushaltstöpfe. Wir sind uns aber sicher, dass finanzielle Mittel in jedem Dezernat/Haushaltstopf infolge der (eben beschriebenen) kritischen Evaluation frei werden. Diese Mittel werden jedoch nicht ausreichen, um unser dargelegtes Programm gegenzufinanzieren. Daher brauchen wir neue Einnahmen auf der einen Seite und weniger Ausgaben auf der anderen Seite.

Kiel weist eine robuste Gewerbesteuerstruktur auf, wenige große Player und eine Vielzahl von klein- und mittelständischen Unternehmen. Diese Struktur gilt es weiter zu fördern, um weiterhin hohe Gewerbesteuereinnahmen zu generieren oder diese sogar zu steigern (siehe Kapitel Wirtschaft transformieren). Attraktiv für kleine und mittelständige Unternehmen zu bleiben und noch attraktiver zu werden, bringt Menschen in Arbeit und sorgt neben den Steuereinnahmen für eine Reduzierung sozialer Hilfen.

Die Einnahmeseite möchten wir über eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in Kiel erhöhen. Die bisher geübte Praxis, den Autoverkehr über kostenfreie Stellplätze im öffentlichen Raum zu subventionieren, möchten wir abschaffen (siehe Kapitel Parkraumbewirtschaftung

ausweiten). Um einen günstigeren und besser ausgebauten ÖPNV zu finanzieren, möchten wir eine Umlagefinanzierung anstoßen, bei der sich alle an der Finanzierung des ÖPNVs beteiligen. Dazu fordern wir eine rechtliche Grundlage der Landesregierung.

Darüber hinaus möchten wir prüfen, ob ein Sanktionieren von Zweckentfremdung von Wohnraum wie z. B. Leerstand lohnenswert ist (siehe Kapitel Wohnen bezahlbar machen).

Des Weiteren wollen wir privates Kapital mobilisieren und die Menschen an der Rendite beteiligen, wie es bereits beim Küstenkraftwerk geschehen ist. Dies kann die Akzeptanz von zukunftsweisenden Baumaßnahmen fördern und nimmt die Stadtgesellschaft mit.

Wir haben ein hohes Interesse daran, die Fördertöpfe von Land, Bund und EU zu nutzen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Förderungen nicht immer mit unseren Zielen übereinstimmen oder dass Gelder zu früh oder zu spät über Förderungspakete bereitgestellt werden. Förderanträge müssen in der Regel vor Maßnahmenbeginn gestellt werden, oft unter hohem Zeitdruck. Dies ist eine Praxis, die auch dazu führt, dass Maßnahmen, die die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt realisieren will, vorgezogen werden müssen.

Die im Schulbau bereits umgesetzte, transparente und priorisierende Planung der Maßnahmen, die wir für alle Bauvorhaben der Stadt umgesetzt wissen wollen, kann mit dieser Förderkultur torpediert werden. Hier besteht Handlungsbedarf.

Wir haben ein hohes Interesse an einer lebendigen Stadt im regen Austausch mit dem Umland, wir sind Landeshauptstadt und werden und wollen auch so wahrgenommen werden. Auch aus diesem Grund ist Kiel Anlaufstelle für viele Menschen mit Problemlagen, denen kleinere Gemeinden nicht oder nur als ungenügend wahrgenommene Unterstützung geben können. Hier ist ebenso das Gespräch zu suchen wie bei der Finanzierung des Fährverkehrs, der Arbeitnehmer*innen aus den Umlandgemeinden nach Kiel bringt.

Nachhaltig investieren und Klimaschädliches deinvestieren

Zudem wollen wir Kiel zur Divestment-Stadt nach dem Vorbild des Landes machen und dazu auch unsere Sitze in Verwaltungs- und Aufsichtsräten (sowie vergleichbaren Gremien) nutzen, um nicht nur die Gelder der Stadt selbst, sondern auch die Gelder der städtischen Liegenschaften und Beteiligungen in nachhaltige Investitionen zu überführen.

Sobald unser Haushalt im Minus ist, muss die kommunale Finanzaufsicht diesen genehmigen. Die Finanzaufsicht setzt leider auf eine kurzfristige und nicht nachhaltige Finanzpolitik. Dies erschwert unsere notwendigen Investitionen für die Zukunft. Wir setzen uns daher auf Landes-

ebene für eine Reform der kommunalen Finanzaufsicht bzw. des Haushaltsrechts ein, um erforderliche Investitionen in die Zukunft nicht als genehmigungspflichtig zu werten.

Die kommunale Selbstverwaltung stellt mit ihren Investitionsplänen im Rahmen der Haushaltsaufstellung zielgenau auf, welche Pläne sie für die Stadt hat, und mit welchen Bauvorhaben sie diese umzusetzen gedenkt. Außerdem folgt sie den Anforderungen, die sich aus der Bereitstellung von Infrastruktur für die öffentlichen Belange ergeben. Die vom Land geforderte Umsetzungsquote von 60% wird angestrebt und mit eingesetzten Steuerungsgruppen in ihrer Umsetzung überwacht.

Die als willkürlich wahrgenommene Kürzung der Investitionsmittel kann nicht hingenommen werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen muss gestärkt und ernst genommen werden. Im Gegenzug erwarten wir, dass die Konnexität gewahrt wird: Wer bestellt, soll auch zahlen.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Kiel

Alter Markt 9

24103 Kiel

T: 0431 59 33 8 30

kgf@gruene-kiel.de

www.gruene-kiel.de

Spendenkonto:

Förde Sparkasse - IBAN: DE36 2105 0170 0091 0325 57 | BIC: NOLADE21KIE

V.i.S.d.P.: BÜNDNIS/DIE GRÜNEN Kreisverband Kiel

Ina Hagemann, Alter Markt 9, 24103 Kiel



 gruene-kiel.de

 [/gruenekiel](https://facebook.com/gruenekiel)

 [@gruenekiel](https://twitter.com/gruenekiel)

 [@gruenekiel](https://instagram.com/gruenekiel)

 [#kielbegrünen](https://twitter.com/kielbegrünen)

Jetzt Mitglied werden und mitmachen!

gruene.de/mitglied-werden